



Plenarprotokoll

141. Sitzung

Mittwoch, 23. Februar 2022

Völkerrechtsbruch durch Russland nicht hinnehmen	10652	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3665	
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3662		Daniel Günther, Ministerpräsident.	10653
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	10652	Serpil Midyatli [SPD].....	10655
„Zurück zur Normalität“.....	10652	Tobias Koch [CDU].....	10658
Regierungserklärung Drucksache 19/3661		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10662
Schleswig-Holstein kehrt zurück zur Normalität	10652	Christopher Vogt [FDP].....	10666
		Lars Harms [SSW].....	10670
		Jörg Nobis [AfD].....	10673
		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/3665.....	10675

Gemeinsame Beratung		Özlem Ünsal [SPD].....	10691
		Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10692
a) Beschulung von Schülerinnen und Schülern in coronabeding- ter Isolation, Quarantäne oder Beurlaubung	10675	Dennys Bornhöft [FDP].....	10693
		Lars Harms [SSW].....	10694
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3629		Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 19/3474.....	10696
b) Psychosoziale Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und Prävention und Frühinterventi- on stärken	10675	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der Digita- lisierung und Bereitstellung von of- fenen Daten und zur Ermöglichung des Einsatzes von datengetriebenen Informationstechnologien in der Verwaltung (Digitalisierungsgesetz)	10696
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3648		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3267	
c) Wege aus der Pandemie für un- sere Schulen	10675	Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt-, Agrar- und Digitalisie- rungsausschusses Drucksache 19/3635 (neu)	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3649		Oliver Kumbartzky [FDP], Be- richterstatter.....	10696
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	10675	Ole-Christopher Plambeck [CDU].	10696
Martin Habersaat [SPD].....	10678	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	10697
Tobias von der Heide [CDU].....	10680	Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10698
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10681	Stephan Holowaty [FDP].....	10700
Anita Klahn [FDP].....	10683	Lars Harms [SSW].....	10702
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	10685	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	10703
Volker Schnurrbusch [AfD].....	10687		
Beschluss: 1. Die Berichtsansträge Drucksachen 19/3629 und 19/3649 haben durch die Bericht- erstattung der Landesregierung ih- re Erledigung gefunden 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/3648.....	10688	Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 19/3267 in der Fassung der Drucksache 19/3635 (neu).....	10704
Bericht zum Aktionsplan „Echte Vielfalt“	10688	Bericht zum Projekt „Modellregion Schlei“	10704
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3474		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3586	
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	10688	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	10705
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	10690	Heiner Rickers [CDU].....	10706

Birte Pauls [SPD].....	10707	* * * *
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10709	Regierungsbank:
Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10710	Daniel Günther, Ministerpräsident
Oliver Kumbartzky [FDP].....	10710	
Lars Harms [SSW].....	10711	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Johannes Callsen [CDU].....	10712	
Beschluss: Der Berichts Antrag Druck- sache 19/3586 hat durch die Be- richterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden.....	10713	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge- sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei- ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Versorgung Kinder psychisch kranker Eltern	10713	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen- schaft und Kultur
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3643		Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich- stellung
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	10713	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita- lisierung
Bernd Heinemann [SPD].....	10714	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10715	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Dennys Bornhöft [FDP].....	10716	
Lars Harms [SSW].....	10717	
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	10718	* * * *
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/3643.....	10719	
Landesstrategie Künstliche Intelli- genz	10719	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3645		
Daniel Günther, Ministerpräsident.	10719	
Ole-Christopher Plambeck [CDU].	10721	
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	10722	
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10723	
Stephan Holowaty [FDP].....	10724	
Lars Harms [SSW].....	10726	
Beschluss: Der Berichts Antrag Druck- sache 19/3645 hat durch die Be- richterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden.....	10727	

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 57. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl. Von hier aus wünschen wir gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist heute Nachmittag von der Landesregierung Minister Dr. Buchholz nicht anwesend. An der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist Minister Claussen.

Nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung haben die Abgeordneten Dirschauer und von Sayn-Wittgenstein mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sind.

Ich höre, es gibt Probleme mit der Akustik. Sind die behoben? - Danke.

Meine Damen und Herren, ich erinnere Sie daran, dass im Rahmen der Plenartagung angesichts der aktuellen Situation auch an den Sitzplätzen eine Maske getragen werden muss. Wie Ihnen bekannt ist, bieten FFP2-Masken einen besseren Schutz als einfache medizinische Masken. Ich bitte also die Damen und Herren Abgeordneten hier im Saal und alle hier im Saal Anwesenden, Masken zu tragen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat im Wege der Dringlichkeit einen Antrag vorgelegt:

Völkerrechtsbruch durch Russland nicht hinnehmen

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3662

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse also über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 19/3662 abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln bejaht.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 34 A in die Tagesordnung einzureihen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer und Ge-

schäftsführerinnen mögen sich über die Redezeiten verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs machen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 6, 9, 10, 12 bis 15, 34, 36 bis 43, 45, 46 und 54 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 7, 35, 44, 49, 50 und 53.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 17 und 52, Menstruationsartikel kostenlos zur Verfügung stellen; die Tagesordnungspunkte 21, 31 und 32, Anträge zur Beschulung von Schülerinnen und Schülern in coronabedingter Situation; die Tagesordnungspunkte 22 und 23, Die landesweite Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen braucht den Dialog mit allen Beteiligten sowie Gleichstellung der allgemeinen und der beruflichen Bildung auch in der Berichterstattung; und die Tagesordnungspunkte 25, 26 und 28, Anträge zu Coronamaßnahmen und Corona-Schutzimpfung in Schleswig-Holstein.

Ein Antrag zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegt nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 57. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause voraussichtlich bis 18 Uhr und Freitag ohne Mittagspause bis circa 13 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen wir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags heute Gäste. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

„Zurück zur Normalität“

Regierungserklärung
Drucksache 19/3661

Schleswig-Holstein kehrt zurück zur Normalität

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3665

Das Wort hat der Ministerpräsident Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gradmesser für sämtliche Pandemie-maßnahmen sind und bleiben die Stabilität der Gesundheitsversorgung im Land und der Schutz der vulnerablen Gruppen. Das Gesundheitssystem darf nicht überlastet werden. Darum geht es, das steht für uns an erster Stelle.

Deshalb haben wir die Schutzmaßnahmen während der Pandemie immer wieder angepasst. Jetzt sind wir erfreulicherweise an einem Punkt, an dem die sehr strikten Beschränkungen nicht mehr nötig sind, um die Schutzziele zu erreichen. Beim Blick in die Krankenhäuser sehen wir deutlich: Auf den Intensivstationen droht keine Überlastung. Wir sind weit entfernt von Szenarien, in denen wir Covid-19-Patienten nicht behandeln können. Nehmen wir die erfolgreiche Impfkampagne in Schleswig-Holstein hinzu, dann sehen wir: Die meisten Menschen haben inzwischen einen guten Immunschutz aufgebaut.

In Schleswig-Holstein sind 79,9 % der Gesamtbevölkerung zweifach geimpft. 65,7 % haben eine Auffrischungsimpfung erhalten. In der Gruppe der über 60-Jährigen sind 92,7 % grundimmunisiert, und 87,1 % haben eine Auffrischungsimpfung erhalten. Wir sind somit bei ähnlich guten Impffzahlen wie unsere dänischen Nachbarn. In Deutschland sind wir in allen Altersgruppen auf Spitzenplätzen, oft sind wir auf Platz eins. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei allen helfenden Händen, die diese Impfkampagne in unserem Land möglich machen - bei den Impfstellen, unsere Ärztinnen und Ärzten, dem gesamten medizinischen Personal. Was hier geleistet wird, ist wirklich enorm, und an dieser Stelle sage ich wirklich ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich will mich an dieser Stelle aber auch ausdrücklich bei unserem Gesundheitsminister, bei Heiner Garg gemeinsam mit Matthias Badenhop bedanken. Es gäbe viele Gründe, sich während der Pandemie in den letzten zwei Jahren für umsichtiges Entscheiden zu bedanken. Ich glaube, dass diese Impfkampagne, dieser wichtige Schlüssel in der Pandemie so herausragend läuft, liegt einfach auch an einer sehr

guten Organisation in diesem Bereich, und das habt ihr richtig klasse gemacht. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn wir dann noch die überwiegend milderen Omikronverläufe und die damit gesunkene Krankheitslast berücksichtigen, sind die tiefgreifenden Eingriffe in Freiheitsrechte nicht länger angemessen und auch nicht länger zu begründen. Auch in der kritischen Infrastruktur gibt es keinerlei Entwicklung, die zur Besorgnis Anlass gäbe.

Insgesamt ist damit das persönliche Risiko für die meisten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner so weit gesunken, dass wir jetzt sagen können: Wir sind an einem Wendepunkt in der Pandemie angekommen. - Das ist nicht nur die Meinung der Landesregierung, das sagt auch unser Expertenrat, das sagen auch die Expertinnen und Experten der Bundesregierung und in anderen Ländern.

Es ist deshalb an der Zeit, dass wir nun umsichtig den Weg zurück in die Normalität einschlagen. Die Einschränkungen, die wir alle gemeinsam haben hinnehmen müssen, und die Anstrengungen, die wir gemeinsam unternommen haben, zahlen sich jetzt aus. Für die Bereitschaft, diesen Weg mitzugehen, bin ich allen Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein zutiefst dankbar.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Jetzt führt unser gemeinsamer Weg endlich wieder in Richtung Normalität. Der Bund-Länder-Gipfel in der vergangenen Woche hat diesen Kurs bestätigt. Somit werden vier Wochen vor Ostern die allermeisten Corona-Schutzmaßnahmen wegfallen. Das bundesweit einheitliche Vorgehen zeigt, dass sich diese Einschätzung in allen Ländern durchgesetzt hat. Insbesondere mit den norddeutschen Ministerpräsidenten waren wir hier im engen Austausch, haben gemeinsam für diesen Weg gestritten, und - das sage ich sehr deutlich - ohne die klare Positionierung insbesondere der SPD-Ministerpräsidenten vier Tage vor der Ministerpräsidentenkonferenz wäre es nicht möglich gewesen, diesen Weg gemeinsam durchzusetzen. Ich finde, das darf man an der Stelle sagen, auch Richtung Sozialdemokraten in den anderen Ländern. Da haben wir wirklich auch gemeinsam gekämpft. Es war wichtig, dass wir das zusammen durchgesetzt haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Andere EU-Länder haben sich für weitreichende Öffnungen entschieden, und die Situation ist unter Kontrolle geblieben. Auch scheint der Scheitelpunkt der Omikron-Infektionswelle in den meisten OECD-Staaten bereits überwunden. Das kann uns darin bestärken, dass wir die richtige Richtung eingeschlagen haben.

Schleswig-Holstein ist in den vergangenen zwei Jahren mit seinen transparenten Stufenplänen gut gefahren. Jetzt gibt es drei klare Schritte Richtung Normalität, wobei wir den ersten Schritt bereits am Samstag gegangen sind. Da haben wir die Kontaktbeschränkungen für private Treffen zum Teil aufgehoben. Sind alle geimpft oder genesen, gibt es keine Beschränkungen mehr. Das gilt auch für private Veranstaltungen in Lokalen und Restaurants.

Große Erleichterung gibt es ab dem 3. März 2022 in den Bereichen Freizeit, Kultur, Sport, Gastronomie und bei Hoteliers, indem wir zum 3-G-Modell zurückkehren.

Am 20. März laufen schließlich die meisten gravierenden Maßnahmen aus. Lediglich Vorgaben zum Tragen von Schutzmasken werden noch etwas länger bleiben. Wir werden weiter achtsam bleiben, das ist vollkommen klar.

Ich sage es sehr deutlich: Mit dem Frühlingsbeginn kehrt endlich mehr Leben in das Land zurück. Kulturschaffende, die Veranstaltungsbranche und Sportbegeisterte atmen schon jetzt spürbar auf.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Landessportverband meldet, dass wieder viele Mitglieder in die Sportvereine eintreten. Auch das ist eine erfreuliche Nachricht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auch in den Schulen und Kitas bewegen wir uns zurück in die Normalität. In den Schulen fällt die Kohortenregelung ab dem 3. März 2022 weg. Das Testen ist ab dem 20. März nicht mehr verpflichtend, sondern freiwillig. Spätestens mit Beginn der Osterferien fällt auch die Maskenpflicht im Schulunterricht. Das sind alles wichtige Signale, die jetzt gesendet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

An dieser Stelle wende ich mich bewusst auch an alle Bürgerinnen und Bürger, die bei diesem Schritt skeptisch sind oder zumindest Bedenken haben, die sich fragen: Bin ich oder sind meine Kinder und

Großeltern dann noch ausreichend gut geschützt? - Diese Sorgen verstehe ich ausdrücklich, aber besonders für Kinder waren die letzten zwei Jahre in der Pandemie eine ganz besondere Belastung und Herausforderung. Unser Expertenrat, aber auch der der Bundesregierung haben darauf hingewiesen, dass die Zahl der psychischen Belastungen deutlich gestiegen ist. Das nehmen wir sehr ernst. Deshalb ist der Weg in die Normalität besonders für unsere Kinder ein sehr wichtiger.

Ich kann Ihnen aber sagen: Schleswig-Holstein wird weiterhin berechenbar und verlässlich agieren, so wie wir es auch in den letzten zwei Jahren getan haben. Wir werden die Situation weiterhin mit unseren Expertinnen und Experten beraten und eng abstimmen. Es zahlt sich aus, dass eine Vielzahl von Fachrichtungen von Anfang an einbezogen gewesen ist. Damit ist gewährleistet, dass die medizinischen und psychologischen Aspekte ebenso in die Entscheidung einfließen wie der Rat von Bildungsfachleuten und Wirtschaftsexperten.

Sie haben es letzte Woche auch bei der Anhörung erlebt, und deswegen äußere ich an dieser Stelle einmal meinen Dank an Helmut Fickenscher, Anne Marcic, Philipp Rosenstiel, Jan Rupp, Klaus Rabe, Uta Fölster, Kerstin von der Decken, Kamila Jauch-Chara, Frank Roselieb, Gabriel Felbermayr und Stefan Kooths, die ehrenamtlich neben dem, was sie ansonsten leisten, diese Beratungstätigkeit ausgeübt haben. Ich bin diesen Menschen, diesen Frauen und Männern, zutiefst dankbar, was sie in den vergangenen zwei Jahren in dieser Pandemie geleistet haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dank der großen medizinischen Erfolge - von der Vorbeugung durch Impfung bis zu den immer besseren Therapiemöglichkeiten - können wir es vertreten, inzwischen anders mit dieser Pandemie umzugehen. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt, an dem eigenverantwortliches Handeln zum Maß aller Dinge wird.

Es ist richtig, dass der Staat in diesem Stadium der Pandemie wieder mehr Verantwortung an die Bürgerinnen und Bürger zurückgibt. Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben bewiesen, dass sie damit sehr gut umgehen können. Daher bin ich sicher, dass wir weiterhin gut aufeinander aufpassen werden. Allen ist klar: Rücksicht bleibt weiterhin wichtig, um gefährdete Menschen zu schützen. Zur Eigenverantwortung gehört es, Schutzmasken bei Bedarf freiwillig zu tragen. Die eingeübten Abstands- und Hygieneregeln und das

(Ministerpräsident Daniel Günther)

freiwillige Tragen der Maske sind jetzt die angemessenen Schritte, mit denen jeder und jede einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Die beschlossenen Schritte werden von unseren Expertinnen und Experten weiter begleitet. Wir werden weiterhin ein Auge auf die Krankenhausstationen haben. Der Weg, den wir jetzt einschlagen, ist vernunftbegleitet und muss es auch bleiben. Bei aller Freude über ein Ende der Einschränkungen, die ich selber genauso spüre wie, glaube ich, alle Bürgerinnen und Bürger müssen wir uns unsere Weitsicht trotzdem erhalten. Dazu gehört es, dass der Bund eine allgemeine Impfpflicht einführt, um für den Herbst vorbereitet zu sein.

Ich sage ganz klar: Wir ins Schleswig-Holstein haben unsere Impfquoten erreicht. Nur für uns bräuchten wir diese Impfpflicht nicht. Doch solange die Impfquoten in anderen Bundesländern nicht erreicht sind, bekommen auch wir immer wieder die Folgen zu spüren, etwa indem wir Notfälle von dort in unseren Kliniken versorgen müssen. Deswegen bleibt eine gut vorbereitete Impfpflicht für mich ein Zeichen von Weitsicht, die wir entsprechend durchsetzen müssen, und das entspricht auch unserer Strategie in Schleswig-Holstein, mit der wir gut gefahren sind: klare Regeln, nachvollziehbare Indikatoren, wann welcher Schritt angemessen ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Krankenhäusern und Arztpraxen, in den Pflegeheimen und bei den Rettungsdiensten wird ab dem 15. März 2022 die Impfpflicht gelten. Schleswig-Holstein wird sie auch umsetzen, mit Ermessensspielraum für die Gesundheitsämter, denn diese Maßnahme ist nicht nur ein demokratisch beschlossenes Gesetz, sondern sie ist vor allem sinnvoll. Denn damit wird klar gesagt: Der Schutz der Patientinnen und Patienten, der Pflegebedürftigen geht vor. Er steht über der individuellen Entscheidung, sich impfen zu lassen oder es nicht zu tun.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort an alle, die mit der Impfung noch zögern. Das Impfen bleibt wichtig, damit wir die Normalität dauerhaft erreichen können. Es ist schön, dass wir alle, im Übrigen auch die Ungeimpften, jetzt wieder große Freiheiten zurückbekommen. Ich sage an der Stelle aber auch noch einmal sehr, sehr deutlich: Das verdanken gerade die freiwillig Ungeimpften der Solidarität aller, die sich bislang haben impfen lassen. Das darf man an der Stelle nicht vergessen, und es muss auch jeder für sich persönlich bewerten, der sich freiwillig gegen eine Impfung entschieden hat,

dass er den Weg in die Freiheit der Solidarität vieler anderer Menschen, die sich schon haben impfen lassen, zu verdanken hat.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen ist vielleicht auch der neue Impfstoff Novavax eine Möglichkeit für Menschen, die sich bisher noch nicht dieser Gemeinschaft angeschlossen haben. Mein Appell ist: Bitte warten Sie nicht darauf, ob und wie eine Impfpflicht aussehen wird! Helfen Sie jetzt mit, die Impflücke zu schließen, damit wir die Freiheit dauerhaft genießen können!

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Wochen schrittweise wieder in Richtung Normalität gehen, ohne dabei die Risiken aus dem Blick zu verlieren. Damit bleibt Schleswig-Holstein seiner Linie treu mit klaren Schritten, einem nachvollziehbaren Regelwerk und den richtigen Vorkehrungen für den Herbst. Das ist eine echte Perspektive für Gesellschaft und Wirtschaft. Die haben wir uns alle miteinander in Schleswig-Holstein hart erarbeitet. Danke an alle, die diesen Weg weiter gemeinsam mit uns gehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Frau Oppositionsführerin, die Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich meiner Erleichterung Ausdruck geben, dass die derzeitige Omikronwelle nicht die verheerenden Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem hat, die die Expertinnen und Experten noch Anfang Dezember befürchten mussten.

(Zuruf: Hört, hört! - Zuruf AfD: Das war im Dezember schon klar!)

Damals hatten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entsetzt feststellen müssen, dass Omikron die Impfung bei der Infektion viel häufiger überwindet als die Vorgängervarianten. Wir müssen allerdings aufpassen, die falschen Schlüsse aus der derzeitigen Entspannung zu ziehen; denn selbstverständlich haben die Schutzmaßnahmen und die Ver-

(Serpil Midyatli)

nunft vieler Menschen, die sich an Schutzmaßnahmen gehalten haben, dazu beigetragen.

Ja, Omikron ist harmloser als Delta, aber nicht harmlos. Die Wissenschaft schätzt, dass bei Omikron das Virus selbst zwar zu einer Reduktion der schweren Verläufe auf circa ein Drittel der Fälle führt, die höhere Ansteckungsrate dafür aber bis zu zehnmal mehr Fälle produziert. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, so gut rechnen kann auch ich.

Dass wir ohne die Impfung am Ende also mehr als eine Verdreifachung der schweren Fälle gehabt hätten, ist unbestritten. Zum Glück - ich sage bewusst zum Glück, denn selbstverständlich war das alles nicht - hat sich herausgestellt, dass die Impfung, besonders der Booster, auch immer noch hervorragend gegen die schweren Verläufe schützt und diese auf unter ein Zehntel reduziert. Vor allem deshalb haben wir in der Omikronwelle erheblich weniger schwere Verläufe als in der Deltawelle.

Ein Blick allerdings auf die Sterberaten in die USA zeigt, was passiert, wenn Omikron auf eine Bevölkerung mit relativ schlechter Boosterquote trifft. Dort überstieg die Zahl der Toten mit über 2.500 pro Tag sogar die der Deltawelle.

Wer jetzt also über die harmlosere Omikronwelle redet und dabei die herausragende Rolle der Impfung unter den Tisch fallen lässt, leistet dem verhängnisvollen Trugschluss, wir könnten zukünftig auf Impfung verzichten, Vorschub.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bin ich Gesundheitsminister Karl Lauterbach dankbar, dass er gleich nach der Amtsübernahme das vorher zögerlich betriebene Boosterprogramm vorangetrieben hat. An dieser Stelle spreche ich allen Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien hier im Hause meinen ausdrücklichen Dank aus, dass wir alle nie einen Zweifel daran haben aufkommen lassen, dass die Impfungen der entscheidende und nachhaltige Weg aus der Pandemie sind.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Ich bin überzeugt, dass dieses geschlossene Auftreten der demokratischen Parteien in Schleswig-Holstein ein entscheidender Faktor für die hohe Impfbereitschaft in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung gewesen ist. Ich kann es nicht häufig genug sagen: Es waren die Menschen, die sich haben impfen lassen und die sich weiterhin impfen lassen, die

es uns jetzt überhaupt ermöglichen, stufenweise andere Maßnahmen zurückzunehmen.

(Beifall SPD)

Meine Fraktion steht hinter dem von Olaf Scholz und Karl Lauterbach vorgeschlagenen Stufenplan. Besonders hervorzuheben ist, dass Olaf Scholz auch als Bundeskanzler seinen als Bundesfinanzminister begonnenen Kurs beibehält und Kurzarbeitergeld und Überbrückungshilfen erneut verlängert.

(Beifall SPD - Zuruf)

Das ist gut für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das ist gut für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

Selbstverständlich ist aber auch die ständige Überprüfung, ob die tatsächliche Pandemielage die angekündigten Lockerungen auch zulässt. Soweit ich weiß, führen die Viren, Herr Koch, keine Terminkalender, und unsere Pläne über Öffnungen sind den Viren egal.

Ich möchte, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Denken wir nur an Ihren Paradigmenwechsel nach den Sommerferien - an die Ankündigungen des Kollegen Koch von der CDU, der schon vor den Herbstferien das Ende der Deltawelle hat kommen sehen, an das Hin und Her bei der Maskenpflicht an den Schulen und zuletzt an die vielen Infektionen aufgrund der offenen Clubs zu Weihnachten.

Die SPD-Landtagsfraktion hat Ende 2020 eine Ampel für die Coronamaßnahmen vorgeschlagen, weil zumindest uns vollkommen klar war, dass die Pandemie noch viel länger dauern würde als von vielen erwartet.

Auch wir sehen es als den richtigen Zeitpunkt an, die Ampel jetzt auf Gelb und im März auf Grün zu schalten. Aber eine Ampel kennt dabei nicht nur eine Richtung. Wir müssen jederzeit bereit sein, rechtzeitig wieder auf Gelb oder auf Rot zu schalten, wenn die Situation es erfordert.

Bezüglich des sogenannten Basisschutzes möchte ich eindringlich an alle appellieren, nicht zu früh die Masken in den Innenräumen infrage zu stellen.

(Beifall SPD)

Die Expertinnen und Experten sind sich einig: FFP2-Masken sind der beste Infektionsschutz gegen Aerosole, wie sie sich in Innenräumen immer bilden. Viele finden die Masken zwar lästig, sie sind aber objektiv der geringste Eingriff in die persönliche Lebensgestaltung.

(Serpil Midyatli)

Zurück zur Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler: Die vielen Protokollnotizen der meist CDU-geführten Länder dienen wohl mehr der eigenen Profilierung, als dass man sie als hilfreich bezeichnen könnte. Dazu gehört leider auch die Pressekonferenz von Daniel Günther am Vortag der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler.

Es ist absurdes Ritual, dass Daniel Günther in Kenntnis der Beschlusslage - das haben Sie gerade hier sogar noch selber ausgeführt - schon einen Tag vorher für Schleswig-Holstein fast genau das verkündet, von dem er genau weiß, dass es einen Tag später eh beschlossen wird.

(Unruhe)

Das machen Sie doch nur, um das als eigene Ideen verkaufen zu können.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, unterlassen Sie bitte solche durchschaubaren Spielchen!

(Lachen CDU)

Die Bevölkerung hat es schon schwer genug, alle Veränderungen der Maßnahmen nachzuvollziehen. Was sollen denn die Menschen damit anfangen, wenn Sie Dienstag Ihren Plan verkünden, und Mittwoch kommt der Plan von der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler? Klar, wir alle wissen, dass es sich, bis auf einen Unterschied bezüglich der Ungeimpften, um das Gleiche handelt, weshalb Sie nach der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler in Ihrer sehr kurzen Pressekonferenz auch nichts mehr zu verkünden hatten.

(Zurufe)

Die Menschen da draußen haben aber andere Sorgen, als im Tagesabstand Maßnahmenkataloge zu vergleichen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Überlassen Sie das Irrlichtern doch lieber Markus Söder. Er kann das tatsächlich auch besser.

Apropos Markus Söder: Anstatt sich einmal mit seiner eigenen desaströsen Coronabilanz zu beschäftigen - oder vielleicht gerade deshalb -, kündigt er, unverantwortlich, wie er nun einmal ist, auch einen offenen Rechtsbruch bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht an. Selbstverständlich stößt die einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht nur auf Zustim-

mung. Das wissen wir alle. Sie ist aber nun einmal gesetzlich beschlossen, und zwar auch von Markus Söder.

Anstatt zu zündeln, erwarte ich von jeder Landesregierung ein Umsetzungskonzept, das auch auf die Sorgen und Ängste der Menschen in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Arztpraxen, Tageskliniken, Reha und vielen mehr eingeht. Dazu habe ich in Ihrer Regierungserklärung deutliche Ansagen und Pläne vermisst, Herr Günther.

Die Menschen, die dort arbeiten, haben Großartiges geleistet. Deshalb haben sie ein Recht darauf, dass man ihnen erklärt, warum die Impfpflicht notwendig ist. Ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen ist aber die von einem Boulevardblatt verbreitete Falschbehauptung, dass Karl Lauterbach erklärt habe, dass die Intensivstationen nie überlastet gewesen seien. Wahr ist: Nie waren alle Intensivstationen gleichzeitig überlastet; aber natürlich haben viele Intensivstationen und damit die dort arbeitenden Pflegerinnen und Pfleger sowie Ärztinnen und Ärzte über die Belastungsgrenze hinaus geschuftet. Oder hat die Bundeswehr nur so zum Spaß im November Intensivpatientinnen und -patienten mit dem Airbus verlegt? Haben wir das in der Tat alle miteinander vergessen?

(Beifall SPD)

Dazu, verehrte Kolleginnen und Kollegen, darf es nie wieder kommen.

Mit Sorge betrachte ich die nachlassende Impfbereitschaft, die auch auf dem anfangs erläuterten Trugschluss beruht, dass die Omikronvariante an sich harmlos sei.

Werden wir es denn nie lernen? Wie häufig wurde die Pandemie schon vorzeitig für beendet erklärt? Haben wir aus den Versäumnissen von 2020 und 2021 wirklich nichts gelernt? Wie häufig wollen wir dann noch von einer neuen Variante überrascht werden? Teile der Weltbevölkerung haben keinen bis mangelhaften Impfschutz. Das ist ein Paradies für die Entwicklung neuer Varianten. Glaubt jemand, die nächste Variante schickt uns vorher eine Postkarte: „Ich mache gerade Urlaub in Südamerika, komme frisch mutiert im Oktober wieder!“

(Zuruf: Wie lustig!)

Genau deshalb brauchen wir nach wie vor die Impfpflicht, auch wenn ich verstehe, dass man lieber über Lockerung spricht als über diese Impfpflicht.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Serpil Midyatli)

- Wir brauchen vermutlich die Impfpflicht in der Bevölkerung, liebe Eka. Wir sprechen hier nicht nur sozusagen für dich oder für den Ministerpräsidenten, sondern es geht hier auch darum, den Menschen zu erklären, warum wir die allgemeine Impfpflicht in Deutschland brauchen. Wir brauchen die Impfpflicht vermutlich nicht mehr hinsichtlich der Omikronvariante, aber wir brauchen sie in unserem gesetzlichen Instrumentenkasten, damit wir sie nutzen können, wenn wir sie dann brauchen. Ich plädiere deshalb für eine Lösung, die eine Pflicht zur Impfung gegen Covid grundsätzlich ermöglicht und die bei Bedarf aktivierbar ist.

Eine Feuerwehr kann man auch nicht erst dann einrichten, wenn es schon brennt. Klar, Freiwilligkeit ist immer besser als Pflicht. Aber wenn es gar nicht anders geht, verpflichten wir übrigens auch bei der Feuerwehr Menschen zum Dienst. Wir sind uns wohl einig, dass der verantwortungsvolle Dienst in der Feuerwehr für die Allgemeinheit mit mehr Gefahren verbunden ist als eine Impfung.

(Beifall SPD)

Die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger hat uns durch diese Pandemie getragen. Sie hat aber auch große Einschränkungen und Belastungen mit sich gebracht, vor allem für die Kinder, für die Jugendlichen und für die jungen Erwachsenen. Sie haben zwar nicht die größten direkten gesundheitlichen Gefährdungen durch Corona, aber eine sehr starke sekundäre Kranklast durch physische und psychische Erkrankungen zu tragen. Zudem haben sie viel erduldet, und das in ihren entscheidenden Lebensjahren.

Wenn ich daran zurückdenke, was ich alles in dem Alter habe erleben dürfen, und mein Leben damals mit dem Leben und dem Coronaalltag meiner beiden Söhne vergleiche, dann merke ich, da blutet mir tatsächlich das Herz. Aber meine Söhne sind noch relativ privilegiert.

Ich bin im Plattenbau groß geworden, in einem sogenannten schwierigen Quartier. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Da wird einem auch ohne Corona nichts geschenkt, und der Weg zu den Hilfsangeboten ist weit. Das gilt im doppelten Sinne. Corona hat gerade für diese Menschen alles noch verschärft. Egal, wer die Landesregierung führt oder zukünftig führen wird: Gerade für diese benachteiligten Quartiere benötigen wir ein massives Unterstützungsprogramm, damit die sowieso schon schlechteren Zukunftsaussichten der dort lebenden Kinder und Jugendlichen schlicht nicht noch weiter verschlechtert werden.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich befürchte nämlich, das gesamte Ausmaß der Pandemie haben wir noch nicht ansatzweise erfasst. Deshalb müssen wir das massiv anpacken. Da hätte ich mir in der Regierungserklärung verbindlichere Ansagen gewünscht.

Auch ich sehe einen Lichtblick am Ende des Tunnels. Im Frühjahr und im Sommer werden wir alle durch- und vor allem auch aufatmen können. Wir sollten aber nicht in Partystimmung verfallen und die Zeit sinnlos verstreichen lassen. Wir müssen alles dafür tun, dass wir im Herbst nicht noch einmal von einer völlig überraschenden Entwicklung überrollt werden.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Eka von Kalben, wenn wir am 20. März 2022 weitgehend zur Normalität zurückkehren, dann liegen fast auf den Tag genau zwei Jahre Coronapandemie hinter uns, zwei Jahre, die für alle Bürgerinnen und Bürger mit weitreichenden Einschränkungen verbunden waren, zwei Jahre, die für alle Infizierten mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und möglicherweise langfristigen Folgen einhergingen, und nicht zuletzt zwei Jahre, in denen die Coronapandemie bundesweit über 120.000 Todesfälle gefordert hat.

Trotzdem lautete der meistgehörte Satz in Schleswig-Holstein: Bei uns im Land sind wir vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen. In den ersten Wellen hatten wir fast immer die niedrigste Impfquote und die niedrigsten Infektionszahlen - -

(Heiterkeit)

In den ersten Wellen hatten wir fast immer die niedrigsten Infektionszahlen. Unsere Impfquote gehört zu den höchsten bundesweit.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Beides zusammen hat dazu geführt, dass Schleswig-Holstein im Bundesvergleich eine der niedrigsten Sterblichkeitsraten aufweist.

Mit der Omikronvariante schien all dies plötzlich nicht mehr zu gelten. Auf einmal war Schleswig-

(Tobias Koch)

Holstein ein Corona-Hotspot mit der höchsten Inzidenz bundesweit. Tatsächlich bestand der Unterschied hauptsächlich darin, dass sich die Omikronwelle nicht wie die bisherigen Coronawellen von Süden nach Norden, sondern diesmal umgekehrt, von Dänemark ausgehend von Norden nach Süden, ausgebreitet hat und Schleswig-Holstein deshalb als erstes Bundesland betroffen war.

Selbst die Diskothekenbesuche über die Weihnachtsfeiertage, die von der Opposition versucht wurden, zum Disko-Gate hochzustilisieren, haben nach Auskunft der Experten nur im einstelligen Prozentbereich zur Omikronwelle beigetragen. Auch mit frühzeitig geschlossenen Diskotheken wäre die Entwicklung kaum anders verlaufen, als wir sie jetzt erlebt haben.

Frau Kollegin Midyatli, von Anfang an ließ sich zudem aufgrund der Berichte aus Südafrika vermuten, dass die Omikronvariante zwar ansteckender, aber zugleich weniger gefährlich ist. Erfreulicherweise hat sich diese Annahme bestätigt: Omikron hat nur in wenigen Fällen zu schweren Krankheitsverläufen geführt, und noch seltener war dies der Fall, wenn ein erhöhter Impfschutz mit der dritten Impfung gegeben war.

Die Befürchtungen beim Auftreten von Omikron drehten sich vielmehr um die Frage, ob unser Gesundheitssystem durch das Auftreten einer Vielzahl von zeitgleichen Erkrankungen überlastet werden könnte. Aus dem gleichen Grund stand die Gefahr eines Zusammenbruchs von kritischer Infrastruktur im Raum, also die Befürchtung, dass durch die reihenweise Erkrankung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Strom- und Wasserversorgung, die Telekommunikation, die Müllabfuhr und so weiter nicht mehr aufrechterhalten werden könnten. Um diese Risiken abzuwehren, haben wir trotz des milderen Krankheitsverlaufs bei Omikron verstärkte Schutzmaßnahmen ergriffen.

Nun kann niemand wissen, wie die Entwicklung ohne diese Vorkehrungen verlaufen wäre. Auf jeden Fall können wir heute feststellen, dass die als möglich erachteten Szenarien allesamt verhindert werden konnten und nicht eingetreten sind. Ich finde, das ist ein großer Erfolg.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit dem Höchstwert am 27. Januar 2022 mit einer Inzidenz von 1.053 fallen die Infektionszahlen in Schleswig-Holstein kontinuierlich.

(Widerspruch Dr. Kai Dolgner [SPD])

Auch wenn die Inzidenz in der Omikronwelle viel an Aussagekraft verloren hat, so können wir heute doch feststellen, dass Schleswig-Holstein mittlerweile wieder die niedrigste Inzidenz bundesweit aufweist.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Selbst der in Schleswig-Holstein erreichte Peak der Omikronwelle mit der eben genannten Inzidenz von 1.053 lag weit niedriger als in allen anderen Bundesländern. In Bremen wurde ein Spitzenwert von über 1.600 erreicht, in Hamburg waren es sogar 2.300. Auch wenn wir in die anderen norddeutschen Flächenländer schauen, so lag der Höchstwert in Niedersachsen bei über 1.300, und in Mecklenburg-Vorpommern sind es aktuell sogar über 1.400.

Auch für Omikron lässt sich daher sagen: Schleswig-Holstein ist gut durch die fünfte Welle gekommen, und zwar besser als alle anderen Bundesländer.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn aber die Infektionszahlen bei uns im Land seit nunmehr fast vier Wochen kontinuierlich fallen und damit auch keine Überlastung des Gesundheitssystems oder der kritischen Infrastruktur mehr droht, dann gibt es keinen Grund, die bestehenden Schutzmaßnahmen länger als notwendig aufrechtzuerhalten.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die Zahlen steigen doch wieder!)

Es war deshalb von der Landesregierung vollkommen richtig, die Rückkehr zur Normalität einzuleiten. Bundesweit einheitliche Regelungen haben natürlich ihre Vorteile in Sachen Kommunikation und Verständlichkeit. Wenn sich aber Sachverhalte grundlegend unterscheiden, weil die Zahlen bei uns im Land niedrig sind und sinken, in anderen Bundesländern dagegen hoch sind und weiter steigen, dann erfordert die Verhältnismäßigkeit im Zweifelsfall auch unterschiedliche Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern.

Unverständlich war deshalb einzig und allein die Kritik der SPD, die vor zu frühen Lockerungen und einem schleswig-holsteinischen Sonderweg warnte - wir haben es hier gerade noch einmal gehört. Ich würde mir wünschen, dass die SPD die gleichen Maßstäbe an sich selbst anlegt. Da fordern die Sozialdemokraten noch vor drei Wochen eine Aufhebung der Schulpflicht und ein Verbot von Klassenfahrten,

(Tobias Koch)

(Widerspruch SPD)

nur um dann selbst einen Präsenzparteitag mit 200 Delegierten vor Ort in einer Halle durchzuführen.

(Zurufe SPD - Glocke Präsidentin)

- Das hätten Sie sich vielleicht vorher überlegen sollen. - Dabei haben wir doch extra die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen, Kandidatenaufstellungen digital durchzuführen, so wie es die Grünen gemacht haben, oder man hätte den Parteitag auch in den März 2022 verschieben können, so wie wir das als Union gemacht haben.

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Kollege Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

Tobias Koch [CDU]:

Kollege Habersaat ruft oft genug und laut dazwischen, deswegen möchte ich die Zwischenfrage jetzt nicht zulassen.

Extratouren ja, aber nur für die SPD, das scheint hier das Motto der Sozialdemokraten zu sein.

(Beifall CDU)

Auch über den SPD-Spitzenkandidaten kann man sich mittlerweile nur noch wundern. Da geht er aufgrund der bedauerlichen Coronainfektion seiner Tochter in die häusliche Selbstisolation und nimmt deshalb nicht am besagten Präsenzparteitag der SPD teil. Anstatt sich aber von zu Hause aus digital zuzuschalten, fährt er in die SPD-Landesgeschäftsstelle. Maximale Vorsicht sieht anders aus!

(Vereinzelter Beifall CDU)

Nur einen Tag später wird bei ihm tatsächlich eine Coronainfektion diagnostiziert, was aufgrund des engen Kontakts in der Familie auch nicht besonders überraschend ist. Mit seinem Verhalten hat er also aller Wahrscheinlichkeit nach die in der SPD-Landesgeschäftsstelle anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einem Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Daran führt kein Weg vorbei.

(Zurufe SPD)

Genauso grenzwertig war das Verhalten eine Woche später. Am siebten Tag der Quarantänezeit nimmt der SPD-Spitzenkandidat

(Zurufe SPD)

- an Ihrer Stelle würde ich mich über dieses Verhalten auch aufregen -

(Beifall CDU)

an einer Demonstration mit mehreren tausend Personen teil. Formal sind die Auflagen damit sicherlich eingehalten worden, aber wie sagte die Oppositionsführerin jüngst:

„Wie so oft gibt es hier zwei Ebenen: Das, was erlaubt sein mag - und das, was sich eigentlich verbieten sollte.“

(Beifall CDU)

Letzteres umso mehr, als dass der SPD-Spitzenkandidat für jenes Wochenende in die Bundesversammlung gewählt worden war. Ganz losgelöst von allen Coronafragen ist es schon ein erstaunliches Demokratieverständnis des SPD-Spitzenkandidaten, wenn er diese Wahl des Landtags so geringschätzt, dass er trotz offensichtlich überstandener Coronainfektion nicht an der Wahl des deutschen Staatsoberhauptes teilnimmt.

(Zurufe SPD)

Ich frage mich: Warum eigentlich nicht? Wer am Samstag demonstrieren kann, kann doch auch am Sonntag den Bundespräsidenten wählen, oder nicht?

(Beifall CDU)

Völlig absurd wird die Kritik der SPD, wenn man sich die Entscheidungen des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten anschaut.

(Unruhe)

Was unsere Landesregierung einen Tag vor der MPK vorgelegt hat, ist seit letztem Mittwoch bundesweit Konsens. Und was macht die Oppositionsführerin? Sie bedankt sich bei Olaf Scholz für die gleichen Maßnahmen, die sie einen Tag vorher noch als verfrühte Lockerungen bezeichnet hat, und fordert Jamaika zum Handeln auf. Das ist doch wirklich absurd; absurder geht es nicht, wie die SPD hier agiert!

(Beifall CDU und FDP)

Der von mir sehr geschätzte Kollege Christopher Vogt hat in der letzten Landtagsdebatte vollkommen zu Recht von einem Paradigmenwechsel bei der SPD gesprochen, und das sieht man an dieser Stelle ganz deutlich.

(Tobias Koch)

Ich will die Oppositionsführerin jetzt nicht noch einmal mit dem Satz ärgern, dass wir uns Ralf Stegner zurückwünschten,

(Tobias von der Heide [CDU]: Bravo! - Beifall CDU)

aber man merkt schon den Unterschied: Zu seiner Zeit als SPD-Fraktionsvorsitzender gab es einen gemeinsamen Kurs von Regierung und Opposition in den grundlegenden Fragen der Pandemiebekämpfung.

(Zurufe SPD)

Seit einem halben Jahr betreibt die SPD nunmehr aber Fundamentalopposition und meint, jede Entscheidung der Landesregierung massiv kritisieren zu müssen. Das ist keine gute Taktik in solchen Krisenzeiten; da ist mehr Gemeinsamkeit gefragt, als Sie sie hier in den letzten Monaten bewiesen haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, auch bei der Rückkehr zur Normalität bleiben wir vorsichtig. Es gibt deshalb nicht den einen Freedom-Day, an dem alle Beschränkungen schlagartig aufgehoben werden, sondern wir gehen - wie es der Ministerpräsident erläutert hat - stufenweise vor.

(Zurufe AfD)

Mit der Aufhebung der Kontaktbeschränkungen ist der erste Schritt am Wochenende bereits in Kraft getreten, so wie es die Vereinbarung auf der MPK vorsieht. In der nächsten Woche gehen wir dann von 2 G Plus auf 3 G zurück, damit auch Ungeimpfte mit einem tagesaktuellen negativen Test wieder Zugang zu den entsprechenden Bereichen erhalten. Noch zwei Wochen später fallen dann auch diese Auflagen, so wie es die Landesregierung vor der MPK angekündigt hat und wie es auf der MPK auch beschlossen worden ist.

Wer das als zu frühzeitig erachtet, liebe SPD, dem sei in Erinnerung gerufen, dass auch die Berliner Ampel diese Maßnahmen des Infektionsschutzgesetzes aller Voraussicht nach nicht über den genannten Termin hinaus verlängern wird. Wenn dann auch noch vor Ostern die Maskenpflicht entfallen kann, dann haben wir endlich unser normales Leben wieder zurück.

Dabei vergessen wir auch Kinder und Jugendliche nicht. Zu ihrem Schutz werden wir bis zum 20. März 2022 an den Schulen weiterhin dreimal die Woche testen, ebenso die Umfeldtestung im Ki-

tabereich fortsetzen und ab dem 20. März 2022 ein freiwilliges Testangebot unterbreiten.

Gerade von ärztlicher Seite werden wir immer stärker auf die psychischen Folgen für Kinder und Jugendliche durch Beschränkungen der sozialen Kontaktmöglichkeiten hingewiesen. Deshalb war und ist es richtig, den Präsenzunterricht möglichst umfangreich aufrechtzuerhalten und nicht den Vorschlägen der SPD nach Rückkehr zum Wechselunterricht oder zum Distanzlernen zu folgen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, die Rückkehr zur Normalität bedeutet nicht, dass das Coronavirus verschwunden ist und die Pandemie für alle Zeiten hinter uns liegt. Wir haben in den letzten 24 Monaten die jahreszeitlichen Zyklen erlebt, die uns immer im Sommer haben aufatmen lassen, nur um uns dann im Herbst mit voller Wucht wieder einzuholen.

Der beste Schutz vor der nächsten Coronawelle ist und bleibt eine möglichst hohe Impfquote, und zwar auf jeden Fall mit dem Booster, der dritten Impfung, und möglicherweise auch mit einer vierten Impfung, wie sie vonseiten der STIKO für Menschen ab 70, Immungeschwächte und medizinisches Personal empfohlen wird.

Deshalb werden wir auch die Debatte über eine Impfpflicht weiterhin führen müssen. Im Hinblick auf die Omikronvariante wäre sie aktuell unverhältnismäßig, weil sie dafür viel zu spät kommt. Das habe ich bereits im Januar an dieser Stelle gesagt.

Im Hinblick auf zukünftige Mutationen sieht diese Abwägung aber gänzlich anders aus. Wir können nicht erst dann wieder anfangen, über eine Impfpflicht zu diskutieren, wenn die nächste Mutation bereits da ist. Deshalb brauchen wir bereits jetzt eine gesetzliche Grundlage für eine mögliche Impfpflicht. Mir scheint der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür der richtige Weg zu sein. Ich freue mich, feststellen zu können, dass sich auch die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende heute für genau dieses Modell ausgesprochen hat. Das ist der Vorschlag, der vonseiten CDU/CSU auf dem Tisch liegt.

Mit einem solchen Gesetz hätten wir eine Impfpflicht im Instrumentenkasten - so, wie Sie es formuliert haben - und könnten jederzeit schnell und zielgerichtet handeln, insbesondere, wenn mit dem Gesetz auch ein Impfregeister eingeführt wird und

(Tobias Koch)

damit Klarheit über den Impfstatus aller Bürgerinnen und Bürger besteht.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Wir werden dieses Thema sicherlich am Freitag weiter vertiefen, wenn das Thema Impfen als gesonderter Tagesordnungspunkt vorgesehen ist. Es bleibt aber zu hoffen, dass der Bundestag in Kürze zu einer abschließenden Entscheidung kommt. Es war immerhin im Dezember 2021, als sich Olaf Scholz für eine Impfpflicht ausgesprochen hat. Seitdem sind bald drei Monate vergangen. Wir brauchen endlich Klarheit über das weitere Vorgehen bezüglich einer Impfpflicht.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Meine Damen und Herren, wir haben lange genug unter diesem Virus gelitten. Jetzt wollen wir unser normales Leben zurück. Die Entscheidungen der letzten Tage ermöglichen dies, und das ist gut so. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wegen seiner Erkrankung kann an der heutigen Sitzung ebenfalls nicht der Landtagspräsident Klaus Schlie teilnehmen. Daher von hier aus herzliche Genesungswünsche.

(Beifall)

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident spricht von einem Weg in die Normalität. Das macht Hoffnung - Hoffnung für all diejenigen, die in den letzten zwei Jahren unter der Pandemie gelitten haben.

Ich denke vor allem an die Kinder, die lange Zeit keinen oder kaum Kontakt zu Gleichaltrigen hatten, die nicht in die Kita durften und die Probleme beim Distanzlernen hatten, die nicht zum Fußball oder auf den Spielplatz durften, Kinder, die unter vermehrten Spannungen und Problemen in der Familie litten und im schlimmsten Fall Opfer häuslicher Gewalt wurden, Kinder, die ihre Großeltern nicht besuchen durften, Kinder, denen das Gefühl gegeben wurde, gefährlich zu sein.

(Claus Schaffer [AfD]: Das habt ihr doch gemacht mit dieser Politik! - Jörg Nobis [AfD]: Das habt ihr mit dieser Politik doch gemacht!)

Ich denke an Jugendliche, die ihre Peergroup nicht sehen durften, die auf teilweise engstem Raum mit ihren Eltern und teilweise mit kleineren Geschwistern eingesperrt waren - gerade in bestimmten Quartieren; Frau Midyatli hat es ausgeführt -, die nicht in die Schule durften, die ihren Frust nicht beim Sport ausleben konnten, junge Leute, welche die aus ihrer Sicht vielleicht beste Zeit Ihres Lebens verpasst haben,

(Jörg Nobis [AfD]: Das war doch Ihre Politik!)

die auf Abschlussbälle, die Party zum 18. Geburtstag, Festivals oder Work and Travel verzichten mussten.

Ich denke an die Eltern, die darunter litten, dass es ihren Kindern schlecht ging, die Kinderbetreuung, Distanzlernen und Arbeit unter einen Hut bringen mussten, allen voran die Alleinerziehenden.

Natürlich denke ich auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unsicheren Jobs, an Menschen, die im Homeoffice depressiv wurden, die hohe Überlastung in manchen Berufen, das Infektionsrisiko, dem insbesondere Pfl egende und Erziehende ausgesetzt waren - auch in der Jugend- und Behindertenhilfe. Das wird oft vergessen.

Ich denke an Jugendverbände, denen der Nachwuchs entgleitet, an Unternehmer, an die Gastronomie, an den Handel und an die Kulturschaffenden.

Ja, die überwiegende Mehrheit im Land hat unter der Pandemie gelitten, aber manche eben mehr als andere.

Der Ministerpräsident ist in seiner Rede bereits ausführlich auf die geplanten Schritte eingegangen. Das muss ich jetzt hier nicht wiederholen. Die Frage ist: Wird ab dem 20. März 2022 alles wieder gut, normal?

(Beate Raudies [SPD]: Hat Herr Koch doch gerade gesagt!)

Ja, vieles wird jetzt wieder besser. Das Leben wird für viele Menschen wieder fröhlicher, angenehmer und unbeschwerter. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass dieses Jahr Wacken-Tickets endlich genutzt werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Eka von Kalben)

Aber es bleiben Folgen. Das sind zum einen finanzielle beziehungsweise wirtschaftliche Probleme, das sind zum anderen vor allem psychische Probleme, welche durch die Pandemie ausgelöst oder verstärkt wurden. Das sind die Belastungen durch Long Covid, und das ist die Trauer um Verstorbene, um Menschen, von denen wir wegen der Corona-Maßnahmen nicht einmal persönlich Abschied nehmen konnten.

Die Probleme, die Belastungen, die Trauer, das alles wird nicht mit einem Schlag vorbei sein. Deshalb wird auch nicht alles sofort normal sein. Wir als Gesellschaft und Politik müssen auch nach dem 20. März 2022, wenn viele Menschen ihre Freiheiten genießen, für diese Menschen, die weiter unter den Folgen leiden werden, da sein,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

und zwar an erster Stelle für diejenigen, die Angst haben müssen, sich mit dem Virus zu infizieren, denn diese Gruppe Menschen wird es weiterhin geben.

Es gibt noch einen anderen Punkt, der mir sehr wichtig ist. Die Regierungserklärung spricht von einem Weg in die Normalität. Dabei geht es aber - da dürfen wir uns nichts vormachen - um die Normalität der Mehrheitsgesellschaft. Viele Menschen haben es zum Beispiel als Zumutung empfunden, Masken zu tragen. Ich gehöre auch dazu. Da konnte das Personal in Krankenhäusern und Arztpraxen nur den Kopf schütteln. Was für die Mehrheitsgesellschaft eine Zumutung ist, ist für diese Berufsgruppen Normalität.

(Claus Schaffer [AfD]: Das lässt sich doch nicht vergleichen!)

Ja, viele Menschen haben in der Pandemie darunter gelitten, dass ihr Fitnessstudio zu war oder andere Freizeitmöglichkeiten eingeschränkt sind - wie im Fall der freiwillig Ungeimpften, die zum Teil vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Für viele Menschen ist aber genau das Normalität, und zwar oft für viele Jahre, Jahrzehnte oder ihr ganzes Leben lang, weil sie entweder kein Geld haben oder aus anderen Gründen von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgenommen sind, zum Beispiel Menschen mit Behinderung.

Für all diese Menschen sind Essengehen, Shoppen, Theater, Konzerte, Urlaubsreisen der Luxus der Mehrheitsgesellschaft. Lockdown ist für sie bittere Normalität.

Vielleicht - ich weiß, das klingt jetzt etwas stimmungsbremmend - helfen uns diese Erfahrungen, die wir in der Pandemie gemacht haben, empathischer zu sein, wenn es um genau diese sozialpolitischen Fragen geht, indem wir sagen: „Das war eine Zeit, in der wir alle unter diesen Einschränkungen gelitten haben“, und daher mit anderem Blick auf die Menschen zu gucken, die diesen Einschränkungen immer unterliegen. Normalität darf also nicht bedeuten: Wir tun so, als habe es Corona nie gegeben, und machen genauso weiter wie vorher.

Meine Damen und Herren, was haben wir in den letzten zwei Jahren gelernt?

Erstens. Unsere Bewertung dessen, was systemrelevant ist, hat sich verändert. Ja, das ist natürlich die kritische Infrastruktur, aber eben nicht nur. Insbesondere für unsere psychische Gesundheit sind auch die sogenannten Freizeitbereiche systemrelevant; das sind beispielsweise auch die Dorfgasthöfe. Überall dort treffen sich Menschen, tauschen sich aus und überwinden ihre Einsamkeit. Kunst und Kultur sind kein Nice-to-have. Trinken, essen, schlafen - das alles reicht nicht zum Leben. Sie kennen vielleicht das Bilderbuch über Frederick die Feldmaus, die nicht Nahrung sammelt, sondern Sonnenstrahlen, Farben und Wörter und ihrer Familie so über den Winter hilft. Daran musste ich in dieser Zeit des Lockdowns oft denken.

Zweitens. Wir haben gelernt, wie wichtig die Präsenzpflicht an Schulen ist und dass Homeschooling in Deutschland nicht ohne Grund verboten ist. Kinder und Jugendliche brauchen nicht nur Unterricht, sondern sie brauchen auch Nähe und Präsenz. Ja, es gibt ein Dilemma zwischen dem Recht auf Schule und die eigene Peergroup auf der einen Seite und dem Schutz vor Corona auf der anderen Seite. Das ist auch der Grund, weshalb wir uns im ersten Lockdown anders - aus meiner Sicht, aus heutiger Sicht falsch - entschieden haben. Die uns beratenden Expertinnen und Experten, aber auch die Fachverbände wie die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin oder der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte halten die psychosozialen Folgen von Distanzunterricht für schwerwiegender als die gesundheitlichen Folgen einer Infektion.

Das kann im Einzelfall, wenn ein Kind schwer von Covid betroffen ist, eine wirklich schwierige Abwägung sein; im Einzelfall kann das auch genau andersherum aussehen. Aber für die überwiegende Mehrzahl der Kinder - das sagen die Expertinnen und Experten; das hat in unserer Anhörung Frau Jauch-Chara auch noch einmal eindringlich gesagt -

(Eka von Kalben)

ist die Gefahr größer, wenn wir sie nicht im Präsenzunterricht unterrichten.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit dem Bund haben wir vieles angestoßen, um die Folgen für die jüngere Generation abzumildern. Das ist gut. Aber der jüngste Expertenbericht der Bundesregierung macht noch einmal sehr deutlich, dass Angebote für Kinder und Jugendliche, die vergangene Zeit aufzuarbeiten, nicht kurzfristig auslaufen dürfen. Das ist ein Langstreckenlauf. Da gibt es noch sehr viel zu tun, und da geht es nicht nur um Lernrückstände.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Drittens hat die Pandemie auch gezeigt, wie angewiesen wir auf ein gut funktionierendes Gesundheitssystem sind, auf die Gesundheitsämter, auf Menschen, die in sogenannten Care-Berufen andere Menschen betreuen, umsorgen, pflegen und heilen. Auch hier sollten wir durch die Pandemie endlich dazugelernt haben.

Es gibt einen immensen Fachkräftemangel, insbesondere in der Pflege - auch schon vor Corona. Die Arbeitsbedingungen und Löhne müssen dringend gerechter werden. Wir brauchen endlich eine höhere Wertschätzung für die Menschen, die für uns da sind, wenn wir am schwächsten sind - von der Geburt bis zum Hospiz.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Claus Schaffer [AfD]: Was wir nicht brauchen, ist eine einrichtungsbezogene Impfpflicht!)

Viertens. Die Digitalisierung muss vorangetrieben werden, denn ohne einen vernünftigen Datenaustausch lassen sich Pandemien in der Zukunft nicht gut bekämpfen. Ohne stabiles Netz können Menschen nicht in Videokonferenzen sitzen, oder alle sind genervt, und ohne digitale Schule und Schülerinnen und Schüler schaffen wir keine Bildungsgechtigkeit.

Der fünfte und letzte Punkt, den ich an dieser Stelle nennen möchte, ist die Feststellung, dass unsere Wissenschaft in Deutschland wettbewerbsfähig ist. Das hat sie insbesondere bei der schnellen und guten Impfstoffentwicklung gezeigt. Das macht Hoffnung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Das macht Hoffnung nicht nur für die Bewältigung zukünftiger Pandemien, sondern auch für die nötige

ökologische Transformation zur Bekämpfung des Klimawandels. Bei der Bewältigung der Klimakrise gibt es gegenüber der Pandemie einen entscheidenden Vorteil: Im Gegensatz zu Viren kann Temperatur nicht mutieren, ihr Anstieg ist sehr, sehr vorhersehbar. Lassen Sie uns bitte auch hier endlich mit derselben Ernsthaftigkeit auf die Wissenschaft hören wie beim Thema Corona!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ja, für viele Menschen im Land wird das Leben jetzt hoffentlich wieder unbeschwerter und bunter. Ein Ende der Coronakrise ist vermutlich in Sicht. Dafür spricht sehr viel. Trotzdem müssen wir aufmerksam bleiben und dürfen nicht übermütig werden. Deshalb möchte ich auch keine Versprechungen machen. Wir wissen nicht, was im nächsten Herbst oder Winter passiert, denn das Virus wird bleiben. Das ist etwas, was viele Menschen bemerken. Sie sagen: Ja, es ist toll, dass es jetzt Hoffnung für den Frühling und den Sommer gibt! Aber gerade in meinem Gespräch mit den Gastwirten, das ich gerade geführt habe - deswegen habe sie vorhin auch noch einmal erwähnt -, kam heraus, dass ihnen das gar nicht so viel nützt. Sie haben gesagt: Ja, es ist schön, wenn ich im Frühjahr und Sommer wieder die Tische rausstellen kann; das konnte ich letztes Jahr auch. Aber was ist mit der Planbarkeit? Was ist mit dem Personal, wenn ich ihm sage: „Was im Herbst ist, weiß ich nicht“? - Ich kann das gut verstehen, deshalb ist es auch wichtig, dass die Bundesregierung gesagt hat: Es wird weiter eine Förderung geben.

Es ist aber falsch anzunehmen, dass wir versprechen könnten, dass im Herbst alles anders ist. Das ist einfach nicht möglich, das können wir nicht. Deshalb komme ich zu dem Punkt, was wir als Vorbereitung auf den Herbst tun müssen. Das ist, das Impfen voranzubringen. Lieber Herr Günther, ich finde es großartig, dass Sie an dieser Stelle eine so deutliche Position zur Impfpflicht vertreten haben. Das ist ein wichtiges Signal hier aus Schleswig-Holstein, aus der schleswig-holsteinischen Regierung. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir müssen jetzt schon auf den Herbst schauen. Zwei Herbste hatten wir und viele in der Bevölkerung das Gefühl, dass Corona immer wieder überraschend kam - so, wie auch Weihnachten jedes Jahr wieder überraschend kommt; nur nicht so schön. Der Vergleich ist blöd, ich nehme ihn zurück.

(Eka von Kalben)

Ich möchte damit sagen: Wir müssen den Sommer dazu nutzen, uns auf einen eventuell bevorstehenden Herbst mit Corona vorzubereiten. Dazu gehört an erster Stelle das Impfen. Dazu gehört etwas, was vielleicht banal klingt, aber trotzdem wichtig ist: Wir brauchen ausreichend Personal für Kita und Schule, damit im Herbst Kita und Schule nicht geschlossen werden müssen. Wir brauchen sie nicht nur in Aufholprogrammen, sondern strukturell. Wir brauchen eine Resilienzbildung in Kitas und Schulen und einen Ausbau psychotherapeutischer Angebote.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir brauchen quasi eine digitale Boosterung der gesamten Gesellschaft im Bildungsbereich, aber auch im Gesundheitswesen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor allem müssen wir weiterhin unsere Kommunikation nach außen verbessern. Denn politische Entscheidungen, die nicht verstanden werden, werden auch nicht akzeptiert. Für die Akzeptanz ist es nicht hilfreich, wenn sich Menschen nicht gesehen oder verstanden fühlen und von ihnen Politik als arrogant empfunden wird.

Herr Günther, ich finde es als Bürgerin dieses Landes ausgesprochen hilfreich, wenn Sie vor einer Ministerpräsidentenkonferenz sagen, wie Ihre Haltung als schleswig-holsteinische Regierung ist, wenn Sie dort hingehen. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn Sie vorher in der Öffentlichkeit sagen, mit welchen Zielen Sie an der MPK teilnehmen wollen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns das Beste aus der Coronapandemie machen, indem wir die bisherigen Erkenntnisse nutzen - nicht nur für den weiteren Umgang mit der Pandemie, sondern auch für die Bewältigung weiterer Krisen unserer Zeit wie den Klimawandel und die massive soziale Ungleichheit.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern, auch wenn er mir jetzt irgendwie meinen Schluss total versaut hat. Trotzdem gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Werte Kollegin Frau von Kalben, das tut mir furchtbar leid. - Aber klären Sie mich auf, vielleicht habe ich etwas missverstanden. Herr Günther hat bei seiner Pressekonferenz nicht etwa verkündet, welche Haltung er auf der MPK einnimmt - dazu war längst ein Papier rumgeschickt worden -, sondern er hat einen eigenen Stufenplan vorgestellt.

Wenn er vorher eigene Maßnahmen verkündet, ist das ein Unterschied zu dem, was Sie gesagt haben. Als Ergebnis blieb deshalb auch nur übrig, dass die eine Verordnung einen Tag kürzer gültig war. Das war das Ergebnis der Pressekonferenz. Die Pressekonferenz hatte nach meiner Wahrnehmung - das mögen Sie anders wahrgenommen haben - mitnichten zum Thema: „Ich fahre jetzt dahin und möchte das und das!“, sondern er hat gesagt: „Das und das wird in Schleswig-Holstein gemacht!“ -, oder ich habe die Berichterstattung komplett missverstanden.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Wo ist denn das Problem?)

- Für mich war das kein Problem, das hat sich nicht als Problem dargestellt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich habe erfahren, dass die Regierung einen Plan hat, wie sie dort reingeht, der den damals schon bekannt gegebenen Vorschlägen für die Ministerpräsidentenkonferenz sehr ähnlich gewesen ist. Ich weiß aber auch nicht, wo das Problem ist, dass man einen ähnlichen Vorschlag vorlegt. Dass man in Schleswig-Holstein in der Omikronwelle ein Stück weit früher losgelegt hat als in anderen Ländern, war auch bekannt. Insofern, lieber Herr Dr. Dolgner, sehe ich den Punkt nicht. Ich persönlich fand das eine hilfreiche Pressekonferenz. Wenn sie Sie verwirrt hat, tut mir das für Sie sehr leid.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich schließe mit dem Dank an die Regierung - allen voran an den Gesundheitsminister und sein Verordnungsteam, das in den letzten Jahren wirklich Unglaubliches geleistet hat. - Vielen Dank.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach nunmehr zwei Jahren Pandemie und Pandemiebekämpfung können wir die coronabedingten Einschränkungen schrittweise auslaufen lassen und zum - zumindest rechtlichen - Normalzustand zurückkehren. Ich will sehr deutlich sagen: Für die FDP-Fraktion ist dies ein Anlass zu großer Freude.

(Beifall FDP)

Es ist natürlich richtig, dass die Pandemie noch nicht überstanden ist. Es wird nach dem 20. März 2022 in unserem Leben auch noch nicht gleich alles wieder so sein wie vor der Pandemie.

(Beate Raudies [SPD]: Aber Herr Koch hat das gesagt! - Weiterer Zuruf SPD)

- Das mag sein, Frau Kollegin. Für mich ist hier entscheidend, was ich sage, und nicht, was andere sagen. Das kann ich auch Sozialdemokraten nur raten.

(Heiterkeit und Beifall FDP, vereinzelt SPD und SSW)

- Ich nehme immer alle Meinungen auf, auch Ihre, Frau Kollegin!

(Heiterkeit)

Ob sie durchdringt, ist eine andere Frage. Es droht aber - das ist entscheidend und auch für die SPD-Fraktion eine wichtige Erkenntnis - absehbar keine Überlastung des Gesundheitssystems mehr. Das konnten wir über die gesamten zwei Jahre in Schleswig-Holstein erfolgreich abwenden, es war immer der Grund für unsere Maßnahmen.

Es stimmt natürlich, was Frau Midyatli an dieser Stelle gesagt hat: Wir konnten und mussten hier bei uns auch Patientinnen und Patienten beispielsweise aus Frankreich oder aus Bayern aufnehmen. Zumindest der französische Präsident hat sich dafür - ich finde: bemerkenswerterweise - bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Uniklinikums bedankt. Das war ein großer freundschaftlicher Dienst. Wir haben es gern gemacht. In der Not muss man zusammenstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Viele Folgen der Pandemie und der Pandemiebekämpfung werden uns in der Tat noch länger beschäftigen, wie zum Beispiel die angesprochenen psychischen Belastungen vieler Menschen - nicht nur der jüngeren Menschen, sondern oft auch der älteren Menschen -, die wirtschaftlichen Folgen oder die gesundheitlichen Folgen. Auch die Defizite bei der Bildung kann man nicht wegdiskutieren. Da muss man sich überall nichts vormachen: Damit werden wir noch lange zu kämpfen haben. Damit werden wir umgehen müssen. Die Experten im Land und im Bund haben zuletzt gerade mit Blick auf Kinder und Jugendliche noch sehr eindrücklich darauf hingewiesen.

Das Aufheben der Maßnahmen ist auch kein Gnadenakt oder ein Geschenk der Regierung, wie man manchmal beim Lesen von Pressekommentaren vermuten mag,

(Vereinzelter Beifall FDP)

sondern es ist rechtlich geboten. Nicht die Rücknahme der Maßnahmen muss begründet werden, sondern deren Verlängerung.

(Beifall FDP, Werner Kalinka [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kommt sich schon etwas blöd vor, dass man immer darauf hinweisen muss, aber dort sind im Laufe der zwei Jahre teilweise die Maßstäbe verrutscht.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Im Vergleich zu mehreren Nachbarstaaten ist Deutschland beim Aufheben der Einschränkungen des öffentlichen Lebens nicht gerade voreilig. Das kann man nicht behaupten, wenn man sich andere europäische Staaten anguckt. Allerdings ist die Omikronwelle bei uns auch später gestartet als anderswo und geht somit auch später zu Ende.

Omikron ist - wie zu Beginn dieser Welle von vielen Experten mit Blick auf die Daten aus Südafrika erwartet - zum Glück deutlich weniger gefährlich als die vorhergegangenen Virusvarianten. Allerdings ist die Krankheit noch immer nicht harmlos; vor allem für ältere und vorerkrankte Menschen bleibt sie gefährlich.

Der aber mittlerweile sehr hohe Immunschutz in der Bevölkerung - vor allem durch die Impfungen - macht einen ganz erheblichen Unterschied im Vergleich zu früheren Wellen aus. Viele Menschen - auch geimpfte Menschen - stecken sich derzeit an,

(Christopher Vogt)

aber die Verläufe sind im Vergleich zu den früheren Varianten meistens relativ mild. Insofern ist es gut, dass Schleswig-Holstein beim Impfen und vor allem beim Boostern bundesweit ganz vorn dabei ist.

Das ist ein großer Erfolg - es wurde schon gesagt - vor allem für den Gesundheitsminister und sein Ministerium. Ich möchte aber auch sehr deutlich sagen: Daran haben viele Menschen mitgewirkt, von der Kassenärztlichen Vereinigung, von der Bundeswehr, aber auch von den Hilfsorganisationen. All diesen Menschen danke ich ganz herzlich und schließe auch ganz ausdrücklich die Arztpraxen ein, die auch einen großen Dienst geleistet haben. Vielen Dank!

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Impfquote in Schleswig-Holstein ist aktuell eher mit der von Dänemark vergleichbar als mit der von Bayern, Sachsen oder auch Thüringen. Ich hoffe, dass die bevorstehende Auslieferung des proteinbasierten Impfstoffes Novavax dazu führen wird, dass sich viele noch skeptische Menschen jetzt ebenfalls impfen lassen werden. Es wäre für sie persönlich gut, und es wäre für uns alle gut, weil es unser Gesundheitssystem entlasten wird. Es sollte allerdings auch weiterhin vor Ort Angebote mit den bisherigen Impfstoffen geben. Es gibt wenige, es gibt sie aber immer noch. Ich höre immer wieder von Bürgermeistern, von Kirchen und von Vereinen, dass immer noch Menschen kommen, die Aufklärung brauchen und einfordern und sich dann überzeugen lassen. Deswegen macht es Sinn, diese Angebote fortzuführen.

Meine Damen und Herren, die Omikronwelle ist innerhalb Deutschlands bei uns früher gestartet als anderswo. Das wurde schon hinreichend kommentiert. Somit konnte die Welle hier auch früher wieder gebrochen werden. Momentan sehen wir bei den Inzidenzen eine Seitwärtsbewegung, zuletzt sogar einen leichten Anstieg. Wir sind aber weit von dem entfernt, was in anderen Regionen mit Inzidenzen von Zigtausend zu sehen ist. Wir können auch damit umgehen. Das ist der entscheidende Unterschied.

Deswegen ist es auch richtig und notwendig gewesen, dass unser Bundesland bei den Öffnungsschritten bundesweit vorangegangen ist. Das war auch rechtlich geboten, Frau Midyatli. Das möchte ich noch einmal sehr deutlich sagen. Ich verstehe das Problem der SPD nicht. Ich verstehe, dass Sie es nicht mögen, wenn der Ministerpräsident viel beachtete Pressekonferenzen gibt. Aus meiner Sicht

aber war es notwendig, dass aus Schleswig-Holstein das politische Signal gesendet wird, was wir jetzt machen werden.

Ich möchte noch einmal deutlich darauf hinweisen: Die MPK ist ein wichtiges bundesweites Abstimmungsgremium, man kann dort aber nur politische Abstimmungen besprechen. Man kann dort nicht rechtlich verbindliche Dinge entscheiden. Verantwortlich für das, was hier in Schleswig-Holstein passiert, ist diese Landesregierung. Sie nimmt diese Verantwortung wahr. Es ist kein Grund, dies zu kritisieren, sondern ich finde es genau richtig, wie der Ministerpräsident es gemacht hat. Daniel Günther, ich danke Ihnen ausdrücklich dafür. Ich danke auch ausdrücklich unserem grünen Koalitionspartner, dass wir diesen Weg gemeinsam beschritten haben. Das war richtig und ein klares Signal an die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe auch nach wie vor - oder: immer mehr - ein Störgefühl, wenn von Lockerungen gesprochen wird.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Dieser Begriff mag zum Strafvollzug passen, aber nicht zum Umgang mit mündigen Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wirklich an der Zeit, dass die Eigenverantwortung dauerhaft gestärkt wird. Wir dürfen uns auch nicht an den Ausnahmezustand gewöhnen. Manchmal hat man bei einigen den Eindruck, dass sie das sozusagen als Normalzustand angenommen haben. Wir dürfen uns nicht an diesen Ausnahmezustand gewöhnen. Die Maßnahmen waren wichtig, aber sie belasten unsere Gesellschaft auch in erheblichem Maße und treffen vor allem in der Tat junge Familien, aber auch Gewerbetreibende wie Gastronomen, Einzelhändler oder aber Kulturschaffende, die eben ganz anders als andere gesellschaftliche Gruppen betroffen sind.

Ich möchte kurz etwas zum Thema Impfpflicht sagen. Die Debatte startete ja unter anderen Voraussetzungen, nämlich bei der Deltawelle. Ich bin deutlich skeptischer geworden, ob die Impfpflicht kommt. Ich bin auch skeptischer geworden, ob sie in der Form durchsetzbar ist. Es ist ja keine sterile Impfung. Es prophylaktisch zu machen, ist schwierig. Das sollte im Bundestag sehr vernünftig und faktenorientiert debattiert werden. Ich bin skeptisch.

(Christopher Vogt)

tisch, ob sie noch kommt. Vermutlich wird sie ab einem bestimmten Alter in Deutschland kommen, zum Beispiel ab 50. Darauf deutet ja in der politischen Debatte einiges hin.

Ich sage aber auch, dass zum Beispiel in Österreich als bisher einzigem Land die Impfpflicht eingeführt wurde und sich zumindest Teile der Politik dort wieder ein Stück weit davon verabschieden werden. Es ist schon schwierig, wenn gerade CDU- und CSU-Länder eine einrichtungsbezogene Impfpflicht einfordern, massiv Druck machen, auch zeitlichen Druck, sie beschließen und dann kurz vor der Frist sagen: Mensch, es gibt ja viele Pflegekräfte, die sich trotzdem nicht impfen lassen wollen! - Was für eine Erkenntnis! Das war doch immer das große Thema. Ich muss ganz ehrlich und sehr deutlich sagen: Was Herr Söder dort angerichtet hat, auch mit Blick auf das Vertrauen in unseren Rechtsstaat, war katastrophal.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es ist auch nicht herausragend logisch, von der Ampel eine allgemeine Impfpflicht einzufordern, wenn man die einrichtungsbezogene in Bayern schon nicht umsetzen will.

(Lebhafter Beifall AfD)

Er tut es jetzt in Bayern, aber Gesetze sollte man vielleicht prüfen, bevor man sie beschließt. Das ist insgesamt ein guter Rat.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Hans-Jörn Arp, ich hör auch gleich auf. Ich habe mich aber auch über Herrn Bouffier gewundert, der sich nach der Ministerpräsidentenkonferenz hingestellt und über die böse FDP geschimpft hat, die dafür gesorgt habe, dass die allermeisten Maßnahmen am 20. März auslaufen. Jetzt sehe ich - ich glaube vorgestern - in einer Pressekonferenz Herrn Bouffier, und er sagt: Hessen hebt die Maskenpflicht in den Schulen am 7. März auf. Auch das ist nicht herausragend logisch, und da darf man sich nicht wundern, dass man an einigen Stellen nicht so richtig ernst genommen wird.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

In den nächsten Wochen geht es noch um die sogenannten niedrigschwelligen Basisschutzmaßnahmen, wie es im besten MPK-Deutsch heißt. Worum geht es da? Es geht darum, ob die Länder die Ermächtigung, die Möglichkeit kriegen, für einige Zeit Masken - zum Beispiel in Schulen oder im ÖPNV - einzusetzen. Die SPD hat sich auch heute

sehr stark für FFP2-Masken ausgesprochen. Ich finde die auch gut.

(Serpil Midyatli [SPD]: Die Experten haben sich dafür ausgesprochen!)

- Ja, die weisen aber auch darauf hin, dass FFP2-Masken gut sind und besser als die normalen Masken, dass aber OP-Masken für viele Menschen sozusagen der bessere Mittelweg sind, weil man sie eben nicht ständig vom Mund wegzieht.

Ich war vor einiger Zeit für ein paar Tage in Österreich. Dort gilt überall eine FFP2-Maskenpflicht. Ich sage Ihnen: Das führt dazu, dass jeder zweite die nicht richtig trägt, sondern die immer irgendwo zur Seite hat, weil die Leute zu wenig Luft bekommen, gerade wenn sie arbeiten müssen. FFP2-Masken sind gut, sie müssen aber auch richtig getragen werden. Deswegen sind OP-Masken auch ein wichtiger Schutz. Dieses Hochhalten der FFP2-Masken sollte man nicht übertreiben.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich sage auch ganz deutlich: Die niedrigschwelligen Basisschutzmaßnahmen, die über den 20. März hinaus wahrscheinlich gelten werden, müssen klar befristet sein. Es wird auch um Tests gehen müssen. Aus meiner Sicht müssen Tests vor allem für Heime und Krankenhäuser erforderlich sein. Die Konzentration auf den Schutz der vulnerablen Gruppen ist in den kommenden Wochen und im Zweifel Monaten sehr wichtig. Darum müssen wir uns kümmern.

Ein Problem bei der zweiten Welle war, dass wir den Schutz der Heime nicht so hinbekommen haben, wie wir es - im Nachhinein betrachtet - vielleicht hätten tun können. Insofern: Auf den Schutz der vulnerablen Gruppen müssen wir uns jetzt konzentrieren. Das ist wichtig.

(Beifall FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, ich will noch kurz etwas zum Zustand unserer Gesellschaft sagen. Ehrlich gesagt, in den letzten zwei Jahren sind unübersehbar neue Gräben in unserer Gesellschaft entstanden und bestehende wurden vertieft. Egal, welche Haltung man hat, ich finde, als Demokrat muss man ein Interesse daran haben, dass wir diese Gräben wieder zuschütten und dass wir wieder ins Gespräch kommen. Auch wenn man die andere Meinung überhaupt nicht nachvollziehen kann, braucht man eine gewisse Toleranz und Gelassenheit im Umgang miteinander. Das müssen wir ein Stück weit wieder lernen und uns auf die Fahnen schreiben.

(Christopher Vogt)

Wir haben auch in Schleswig-Holstein viele Demonstrationen, die sogenannten Spaziergänge. Ich finde es richtig, dass die Polizei angemessen damit umgeht. Auch hier muss ich sagen: Ein Lob an unsere Landespolizei. Ich finde, sie geht dort vernünftig damit um.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir müssen uns vielleicht noch mehr Mühe geben, Menschen zu überzeugen. Das hat allerdings zweifelsohne auch viel mit der Debatte über die Impfpflicht zu tun. Solange diese Frage nicht beantwortet ist, werden diese Diskussionen auch ein Stück weit weitergehen. Das hat aber auch mit Maßnahmen zu tun, die wirklich nicht unser Wunsch waren und die sich auch nicht bewährt haben, wie zum Beispiel 2 G im Einzelhandel. Auch dies hat sicherlich eine Rolle gespielt.

Meine Damen und Herren, es hat auch eine Rolle gespielt, und man sieht das auch an den Zahlen der Demonstrationen in anderen Bundesländern, was zum Beispiel die Bayerische Landesregierung, aber auch der Hamburger Senat beim Thema Information gemacht hat. Stichwort ist die Inzidenz bei Geimpften und bei Ungeimpften. Dort wurde mit falschen Informationen gearbeitet. Ob das wesentlich und willentlich passiert ist, ist eine andere Frage. Aber ich finde, man hätte sich stärker dafür entschuldigen müssen. Ehrlich gesagt, das war auch für unsere Maßnahmen hier in Schleswig-Holstein kontraproduktiv. Das hat einfach Glaubwürdigkeit gekostet.

(Beifall FDP)

Ich will kurz etwas sagen, was richtigerweise von Vorrednern angesprochen wurde, nämlich die hohen Belastungen gerade für Jugendliche und für Familien mit Kindern. Ich kenne das persönlich. Man hat da viel mitgemacht, gerade jetzt in der Omikronwelle bei den Kitas und den Schulen, im Privatleben. Frau Midyatli hat zu Recht darauf hingewiesen: Nicht alle Kinder haben es so gut wie im Zweifel die Kinder von uns hier. Insofern muss ich sagen: Es war schon für unsere Familien eine Belastung, für viele andere Menschen galt dies noch viel mehr. Wir müssen in der Tat daran arbeiten, dass wir diese Menschen stärker entlasten. Das wird eine Aufgabe bleiben, die über die nächsten Wochen hinausgeht.

Ich will deutlich sagen: Wir sollten in der nächsten Zeit auch daran denken, dass wir die Gastronomen, die Einzelhändler, aber auch die Sportvereine und

die Kultur bei uns vor Ort stärken und dass wir bewusst dorthin gehen und die Menschen unterstützen. Sie haben Wirtschaftshilfe bekommen wie in fast keinem anderen Land, aber sie müssen jetzt wieder Geld verdienen. Sie brauchen unsere Unterstützung. Deshalb sollten wir gerade diese Menschen besonders unterstützen.

(Beifall FDP, CDU und Serpil Midyatli [SPD] - Zuruf)

- Ja, Monika, die Gastronomie. Auch dort müssen wir jetzt hin.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Wir müssen uns in der Tat auf den Herbst vorbereiten. Der Schutz der Älteren wurde angesprochen. Es wird wahrscheinlich Maskenempfehlungen geben. Es muss aber darum gehen, weitere Lockdowns oder auch ähnliche Szenarien zu verhindern. Wir müssen unsere Krankenhäuser vorbereiten, die Digitalisierung vorantreiben, Daten nicht nur sammeln, sondern auch vernünftig aufbereiten. Wir müssen an Studien arbeiten. Vielleicht müssen wir auch das UKSH finanziell unterstützen, sodass man aus Schleswig-Holstein heraus entsprechend an Studien mitwirkt, und wir müssen das Impfen beibehalten. Wir müssen vielleicht auch die Schulen besser mit Luftfiltern ausstatten, und der Bund muss uns beim Testen und beim Impfen finanziell unterstützen.

Gute Kommunikation ist jetzt wichtig. Wir sollten verantwortungsvoll bleiben. Es wurde schon gesagt: Schleswig-Holstein ist so gut durch diese Krise gekommen wie wenige andere Regionen. Der Kollege Koch hat die Daten beinahe unfallfrei vorgetragen.

(Heiterkeit Tobias Koch [CDU])

Die Arbeitswelt hat sich verändert. Davon kann Schleswig-Holstein profitieren, aber es bleiben noch für längere Zeit Risiken. Wir werden lernen müssen, mit dem Virus zu leben, und ich glaube, das werden wir auch schaffen. Es gibt viel Anlass zu Optimismus. Lassen Sie uns weiter möglichst besonnen und gelassen damit umgehen. Dann kommt hoffentlich auch bald die Ausgelassenheit an einigen Stellen zurück. Lassen Sie uns weiter auf die Experten hören.

Meine Damen und Herren, auch wenn es heute nicht immer ganz harmonisch war, lassen Sie uns konstruktiv miteinander ringen. Wir sehen doch gerade in diesen Zeiten: Unsere Freiheit wird nicht nur durch das Virus bedroht, sondern auch durch andere Dinge. Deswegen müssen wir in der Gesellschaft zusammenstehen. Ich glaube, darauf kommt

(Christopher Vogt)

es in diesem Jahr mehr denn je an. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beate Raudies [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat deren Sprecher, der Abgeordnete Lars Harms, das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, uns allen ist klar, dass wir die vulnerablen Gruppen auch in Zukunft schützen müssen. Das ist das Hauptziel, das wir verfolgen müssen. Alles, was im Pflege- und Krankbereich noch geschehen muss, müssen wir aufrechterhalten. Gerade deshalb haben wir als SSW, obwohl wir sonst skeptisch sind, gesagt, dass eine Impfpflicht in diesem Bereich tatsächlich sinnvoll ist und dass man eine beschlossene Sache entsprechend umzusetzen hat.

Darüber hinaus hätten wir uns gewünscht, dass wir zu schnelleren Öffnungen kommen.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist so ganz genau richtig!)

Natürlich ist das hier schneller als in anderen Bereichen und in anderen Bundesländern, gar keine Frage. Wir hätten uns aber für Schleswig-Holstein, nicht für die anderen Bundesländer, schon ab 19. Februar gewünscht, dass grundsätzlich 3 G mit Maske nur noch dort gilt, wo man sich näherkommt, dass irgendwann nur noch eine Maske zu tragen ist und dass es dann natürlich irgendwann keine Auflagen mehr gibt.

Ich glaube also, wir sind uns im Verlauf sehr einig, wir hätten uns das nur gern früher gewünscht. Das liegt daran, dass wir uns auch ein bisschen daran orientieren, was in Dänemark passiert und wie die Datenlage dort ist. Der Kollege Vogt hat gerade schon darauf hingewiesen, dass das, was bei uns gerade geschieht, beziehungsweise der Stand der Dinge bei uns und auch die Erfahrungen vom Jahreswechsel, als die Omikronvariante von Nord nach Süd kam, zeigt: Das, was in Dänemark vor zwei Wochen war, ist heute bei uns Realität. Man kann sich sehr genau daran orientieren, meine Damen und Herren.

Wenn man sich das ansieht, dann kommt man sehr schnell zu dem Schluss, dass es möglich ist, Öffnungen vorzunehmen. Das ist ganz wichtig, weil es

in der Gesellschaft durchaus Skeptiker gibt, die aus ihrer Sicht natürlich berechtigterweise sagen: Wir möchten noch nicht so früh öffnen, wir haben noch Sorgen. Meine Damen und Herren, trotzdem muss man sich genau ansehen, wie die gesamte Lage ist.

Wenn wir uns den RKI-Wochenbericht ansehen, dann sehen wir, wir haben viele Daten. Wir haben aber seit Monaten, eigentlich seit zwei Jahren durchgehend ein Problem, das auch immer wieder in den Wochenberichten genannt wird, nämlich dass man auf die Datenübermittlung von Gesundheitsämtern angewiesen ist. Diese geraten hier und da, um es freundlich zu sagen, ins Stocken. Das liegt daran, dass die Gesundheitsämter in ihrer Arbeit überlastet sind, weil die technischen Möglichkeiten wirklich unter aller Kanone sind. Das ist einfach so. Wir sind als Staat nicht digitalisiert. Das führt dazu, dass selbst das RKI sagt: Unsere Berichte sind teilweise nur Schätzungen.

Gucken wir uns nun die dänische Variante an: Dort ist alles durchdigitalisiert, dort kann man sich sehr genau ansehen, wie die Lage tagesaktuell in der Bevölkerung ist. Wie gesagt, die Daten, die da erhoben werden, sind mit hoher Wahrscheinlichkeit sehr vergleichbar mit den Daten, die wir hier bei uns haben.

Sehen wir uns das doch einmal an: Man kann in den Statistiken die genauen Daten über die Menschen lesen, die mit Covid-19 verstorben sind. Das heißt, bei ihnen war Covid-19 nicht die Ursache, sondern die Menschen waren an Covid-19 erkrankt, sind aber aufgrund einer anderen Ursache verstorben. Das ist eine Diskussion, die wir bei uns mördermäßig führen. Dort gibt es statistische Daten, beziehungsweise es gibt Falldaten. Damit ist klar, wo Covid ursächlich ist und wo nicht.

(Claus Schaffer [AfD]: Haben wir im Sommer 2020 gefordert! - Werner Kalinka [CDU]: Das haben wir genauso gemacht!)

Es gibt natürlich auch die genaue Statistik darüber, wer an Covid gestorben ist. Die dänischen Daten sagen: Dieser Wert stagniert, er steigt nicht mehr an. Das ist erst einmal eine Feststellung. Jeder Mensch, der verstirbt, ist einer zu viel. Das ist gar keine Frage. Aber wir haben nicht mehr das exponentielle Wachstum, das es in der Vergangenheit in diesem Bereich gab. Außerdem hat man jetzt festgestellt, dass die Übersterblichkeit in Dänemark jetzt wieder auf normalem Niveau ist. Davon können wir auch bei uns ausgehen.

(Claus Schaffer [AfD]: Die hat es hier nie gegeben!)

(Lars Harms)

Meine Damen und Herren, das, was uns allerdings Sorgen machen muss, ist, dass in Dänemark die mutierte Variante BA.2 inzwischen 85 % der Fälle ausmacht. Das ist schon eine Hausnummer. Man darf nicht vergessen: Jeder Test in Dänemark wird auf die jeweilige Variante überprüft. Diese Daten sind also nicht davon abhängig, dass hier und da einmal überprüft wurde, ob eine mutierte Variante in einem positiven Test steckt. Alle Tests werden untersucht. Das heißt, wir wissen, dass dort, nördlich der Grenze, 85 % genau an dieser Variante erkrankt sind.

Meine Damen und Herren, was aber noch ganz interessant ist und in der Diskussion vielleicht ganz wichtig ist, auch für die Menschen draußen: Es gibt in Dänemark - wie gesagt, sehr vergleichbar mit uns - eine rückläufige Infektion bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

(Claus Schaffer [AfD]: Trotz der neuen Variante!)

Die werden weniger krank. Gleichbleibend ist es bei mittleren Altersgruppen, immer noch steigend allerdings - trotz extrem hoher Impfquote - bei Älteren und im Bereich Medizin und Pflege.

Jetzt kommen wir wieder dahin zurück: Wo ist denn eine Impfpflicht sinnvoll? - Genau da, wo wir sie jetzt beschlossen haben: in der Pflege und im Krankenhausbereich, sodass da tatsächlich die Menschen, die mit den älteren Menschen und kranken Menschen zu tun haben, geschützt sind und diese Menschen dadurch natürlich auch schützen.

Sie können also sehen: Mit diesen Daten ist man in Dänemark in der Lage, relativ genau zu sagen, wo denn der Schuh drückt, wo man handeln muss und wo man möglicherweise nicht handeln muss.

Das Ganze ist auf uns übertragbar. Wenn man das ernst nimmt - wenn man ernst nimmt, dass man dadurch, dass man Daten genau erfasst, eben auch weiß, was man zu tun und zu lassen hat -, dann ist es natürlich auch wichtig, dass wir die Testkapazitäten, die wir haben, weiterhin aufrechterhalten, denn nur so kann man auch an die Daten herankommen.

(Unruhe AfD)

Natürlich müssen wir die Menschen motivieren, dann auch zum Test zu gehen. Natürlich müssen wir als Staat diese Tests kostenlos zur Verfügung stellen. Wenn wir das nicht tun, wissen wir, was passiert - das haben wir einmal ausprobiert und nach zwei Wochen gleich wieder in die Tonne getreten, weil wir gemerkt haben: Die Leute sind nicht mehr zum Test gegangen, als sie selber dafür

bezahlen mussten. Es ist also wichtig, diese Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

(Zuruf SPD)

Es ist natürlich auch wichtig, die Impfinfrastruktur aufrechtzuerhalten. Ich kann mich hier nicht hinstellen und sagen: „Leute, lasst euch impfen!“, und gleichzeitig mache ich die Impfbüros dicht.

(Anhaltende Unruhe AfD)

Also, da hat der Bund eine Verantwortung, mit der Kohle rüberzukommen, sodass wir diese Impfbüros flächendeckend - nicht nur an einzelnen Stellen - aufrechterhalten können. Es ist in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein dringend notwendig, dass Menschen nicht zu weite Wege fahren müssen, um sich ihre Impfung abzuholen.

Meine Damen und Herren, wir haben hier eben das Problem, dass wir eine vergleichsweise überschaubare Datenlage haben. Das ist jetzt keine Kritik am RKI oder an den Gesundheitsämtern; die Lage ist so, wie sie ist. Wenn ich in irgendeiner Art und Weise Daten erfasse, muss ich sie eben in irgendein System eingeben, sie irgendwohin per Fax weiterleiten.

(Christopher Vogt [FDP]: Nee, nee!)

Weiß der Geier, was die Leute alles tun. - Die geben alles, die Leute - das ist überhaupt keine Frage -, aber wir haben da eben keinen Automatismus drin.

Das leitet zu den Herausforderungen über, die wir in der nahen Zukunft haben werden. Das Erste ist, dass wir unser Gesundheitswesen digitalisieren müssen. Es kann doch nicht angehen, dass wir als eines der reichsten Länder der Erde nicht in der Lage sind, tagesaktuell Daten komplett hinzubekommen, um zu wissen, was wir zu tun und zu lassen haben.

Wenn wir diese Daten nicht haben, entsteht natürlich eine Unsicherheit. Dann bekommt man genau die Diskussion, die wir in der Gesellschaft haben, nämlich dass man ständig Grundsatzdiskussionen führt über Dinge, von denen Wissenschaftler, zumindest in bestimmten Ländern, schon genau wissen, wie man eigentlich zu handeln hat. Natürlich werden diese Ideen dann auch von unseren eigenen Leuten adaptiert; die sind ja nicht in ihrer eigenen Welt. Natürlich argumentiert man dann auch mit Daten aus anderen Ländern, die in irgendeiner Art und Weise vielleicht in bestimmten Bereichen besser aufgestellt sind als wir. Nur, die Menschen glauben das dann nicht, und das ist das Problem.

(Lars Harms)

Wir brauchen eigene Daten, und zwar wirklich Daten, die tagesaktuell und vor allem auch regionalisierbar sind.

(Beifall SSW, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die RKI-Daten sind Daten für die gesamte Bundesrepublik.

(Werner Kalinka [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Der Kollege Vogt hat vorhin mit Recht gesagt: Es ist ein Unterschied, ob man in Schleswig-Holstein lebt oder in Sachsen. - Das ist es einfach.

(Zuruf: Generell!)

- Es ist generell ein Unterschied, aber in der Pandemie umso mehr.

(Werner Kalinka [CDU]: Das stimmt doch alles überhaupt nicht!)

Deshalb gilt also: Der erste Punkt, der unbedingt gelöst werden muss und den wir sofort angehen müssen, ist die Digitalisierung des Gesundheitswesens.

Der zweite Punkt, der uns als SSW sehr am Herzen liegt, ist, dass wir bei aller Diskussion über die Pandemie nicht die Folgen der Pandemie für die Menschen vergessen. Wir haben Menschen da draußen, die waren in Kurzarbeit. Wir haben geschlossene Betriebe. Wir haben eingebrochene Umsätze in den Betrieben, selbst wenn sie aufbleiben konnten. Wir haben psychische Krankheiten bei den Menschen, die sie teilweise auch arbeitsunfähig machen, und wir haben natürlich Menschen und auch Unternehmen, die sich haben verschulden müssen, damit sie überhaupt durch die Pandemie kommen. An diese Menschen müssen wir denken.

Wenn wir uns jetzt angucken, dass die Preise für Mobilität, Heizen, Strom und Wohnen alle steigen,

(Jörg Nobis [AfD]: Dann gucken Sie mal die Grünen an!)

dann sehen wir, dass es diese Menschen sind, die schon von der Pandemie gebeutelt sind, die auch jetzt wieder besonders unter dieser Entwicklung zu leiden haben. Meine Damen und Herren, da müssen wir als Politik gegensteuern. Diesen Menschen müssen wir helfen, dass sie nicht noch so schwere finanzielle Lasten zu tragen haben.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg Nobis [AfD]: Und da klatschen die Grünen!)

Ein Drittes: Die große Herausforderung - das hat jeder Redner vorher schon angesprochen - ist natürlich die Impfpflicht. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Zum derzeitigen Zeitpunkt - Stand heute - ist nach unserer Auffassung eine Impfpflicht nicht notwendig.

(Jörg Nobis [AfD]: Fundamentalopposition!)

Wir haben die Pandemie im Griff, auch in Schleswig-Holstein. Wir müssen natürlich, bevor man so locker-flockig über eine Impfpflicht redet, vielleicht erst einmal überlegen, was überhaupt die Voraussetzungen sind.

(Jörg Nobis [AfD]: Genau!)

Die Voraussetzung für eine Impfpflicht wäre, dass das überhaupt erst einmal administrierbar ist. Über 80 Millionen Leute müssen dann in irgendeiner Art und Weise geimpft, angeschrieben, angesprochen werden - wie auch immer -, kontrolliert werden, so dass dann eben ganz klar ist, dass die Impfpflicht durch diese Leute auch erfüllt wird. Wir müssen also wahrscheinlich ein Impfreister haben. Das muss gesetzlich vorbereitet und natürlich auch technisch umgesetzt werden - wer auch immer das macht. Das dauert ja auch seine Zeit.

Meine Damen und Herren, wir müssen so ehrlich sein: Würden wir den Leuten so etwas auferlegen, müssten auch die Konsequenzen beim Verstoß klar sein - auch das. Und die müssten dann auch greifen, denn sonst glaubt einem kein Mensch mehr, dass man Politik noch irgendwie ernst nehmen muss.

(Beifall SSW und Jörg Nobis [AfD])

Wir müssten dann auch sagen, wer das zu ahnden hat. Welche Behörde macht das denn? Soll das auch der Kreis machen? Soll das die Gemeinde machen? Macht es das Gesundheitsministerium, oder wer macht es?

(Claus Schaffer [AfD]: Kraftfahrzeugbundesamt!)

Auch das ist natürlich wichtig. All das ist bisher nicht durchdiskutiert worden. Allein schon deshalb kann man sich nicht einfach hier hinstellen und sagen: „Wir wollen eine Impfpflicht“, sondern erst einmal müssen diese Fragen überhaupt geklärt werden.

(Lars Harms)

(Claus Schaffer [AfD]: Grundvoraussetzung ist doch ein Impfstoff, der den Zustand bedingt!)

Ich habe kein Problem damit, dass man sagt: Wir bereiten das vor. Wir machen einen Rahmen. Wir gucken, dass wir - das ist das Wichtige - in der Lage sind, im Herbst zu entscheiden. - Die Entscheidung für oder gegen eine Impfpflicht kann eigentlich nur erfolgen, wenn wir tatsächlich zu dem Zeitpunkt, an dem man sie beschließt, auch wirklich eine Notlage haben.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Wenn es geht! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nur dann kann es gehen. Ich kann nicht einfach pro forma sagen: Ich greife in die Grundrechte der Menschen ein, ohne dass es überhaupt notwendig ist.

(Werner Kalinka [CDU]: Pro forma macht das sowieso kein Mensch! - Weitere Zurufe - Beifall AfD)

Dann gehen wir genau den falschen Weg. Deshalb bin ich eben immer noch sehr zurückhaltend, was eine Impfpflicht angeht. Außerdem gibt es - wenn wir einmal ehrlich sind - eine ganz einfache Möglichkeit, wenn man impfpflichtkritisch ist: Das ist, sich einfach impfen zu lassen.

(Lachen Werner Kalinka [CDU] - Unruhe AfD - Claus Schaffer [AfD]: Überzeugen Sie die Menschen!)

Denn in dem Moment wird diese Maßnahme gar nicht nötig sein. Das ist immer wieder die Aufforderung, die äußern wir natürlich alle zusammen.

(Claus Schaffer [AfD]: Sie tun so, als ob das unmündige Bürger sind!)

Wenn wir es dann noch besser hinbekommen, eine richtig gute Kampagne auf Bundesebene hinkriegen - ohne so ein paar Plakate, die irgendwie nichtssagend sind -, dann haben wir eine größere Chance, Menschen zu erreichen, die es bisher vielleicht einfach aus Bequemlichkeit noch nicht gemacht haben.

(Unruhe AfD)

Deswegen: Impfen, Impfen, Impfen ist das am dringendsten Notwendige.

Ein Letztes: Da ich noch 1 Minute und 30 Sekunden habe, möchte ich mich natürlich auch dem Dank an den Gesundheitsminister anschließen, aber auch an das Gesundheitsministerium für die wirklich hervorragende Arbeit in den letzten zwei Jah-

ren. Der Dank geht aber auch - das ist wichtig, weil wir immer wieder Kritik an der Struktur der Gesundheitsämter geäußert haben - an die Leute, die dort tätig waren. Das waren nicht nur die ursprünglichen Beschäftigten, sondern auch Leute, die aus anderen Bereichen dazugekommen sind. Die haben wirklich eine super Arbeit geleistet und unter den Bedingungen, die sie vorgefunden haben, das Maximale herausgeholt.

(Werner Kalinka [CDU]: Die sind auch gar nicht schlecht organisiert! Also du erzählst Dinge!)

Das Gleiche gilt natürlich für die Bereiche Medizin und Pflege. Wir können diesen Menschen wirklich zutiefst dankbar sein. Was die dort geleistet haben, ist aller Ehren wert. Das ist der eigentliche Grund, dass wir in Schleswig-Holstein noch so gut dastehen, weil sich die Leute voll eingesetzt haben, nicht auf jede Überstunde geguckt und auch nicht gemeckert haben, wenn es hart war. Ich finde, das ist wirklich aller Ehren wert, eine großartige Leistung. Vielen Dank an alle Beteiligten!

Ich wünsche uns allen, dass wir richtig gut in eine Normalität zurückfinden. Das wäre wirklich toll. Wir sollten natürlich darauf vorbereitet sein, dass im Herbst wieder etwas kommen kann. Wir sollten es vorher so gestalten, dass wir in der Lage sind, im Herbst besser zu reagieren, als wir in den vergangenen Monaten dazu in der Lage waren. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Günther! Seit zwei Jahren verkaufen Sie sich den Bürgern in Schleswig-Holstein als der harte Hund in Sachen Corona und Lockdowns. Sie wollten die Bürger glauben machen, dass Ihre harten Maßnahmen das Land vor der Pandemie geschützt haben. Sie waren es, der 2020 Touristen zum Verlassen des Landes aufforderte und selbst touristische Übernachtungen von Schleswig-Holsteinern im eigenen Land unter Strafe stellte. Sie waren es, der die Landespolizei anwies, illegale Pushbacks an der Landesgrenze

(Jörg Nobis)

durchzuführen und Hamburger Spaziergänger und Fahrradfahrer abzuweisen.

(Zuruf: Das hat Ihnen doch gefallen, oder?)

Sie waren es, der das Land von einem Lockdown in den nächsten führte, der völlig sinnfreie Quadratmeterregeln für Geschäfte erspann und Sperrstunden einführte. Alle unsere Anträge auf gebotene Öffnungsschritte werden von Ihnen seit über einem Jahr mit immer der gleichen Leier vom Tisch gewünscht. Und nun, wenige Wochen vor der Landtagswahl am 8. Mai, wollen Sie sich als der große Vorprescher in Sachen Öffnung präsentieren. Der Druck der vielen Spaziergänge im Land scheint nun auch bei Ihnen angekommen zu sein. Immer mehr Bürger bringen ihren Ärger auf die Straße.

(Beifall Claus Schaffer [AfD] - Lachen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Bürger haben die Nase gestrichen voll von den ganzen Maßnahmen, deren Sinn sich auch beim zweiten oder dritten Hinsehen nicht erschließen lässt und die im Sinne eines Infektionsschutzes eine wissenschaftliche Begründung vermissen lassen. Obendrauf kommt dann noch das Hickhack um den Genesenenstatus und die Detaildefinition von 2 G Plus. Am Ende blickt doch keiner mehr durch, und ich habe festgestellt: Es interessiert auch niemanden mehr.

Die Verwirrung wird natürlich auch dadurch nicht besser, dass Sie jetzt jede Woche irgendeine Kleinigkeit lockern.

Sehr geehrter Herr Günther, was Sie hier machen, ist ganz offensichtlich. Es handelt sich um den kläglichen Versuch, kurz vor der Wahl noch Fishing for Compliments beim Wähler zu machen. Aber die Bürger werden es Ihnen nicht vergessen. Wider besseres Wissen spalten Sie die Gesellschaft nach wie vor in Geimpfte und Ungeimpfte, nicht weil dies aus Infektionsschutzgründen angezeigt wäre, sondern um Ihre eigenen Fehler nicht eingestehen zu müssen und um den Druck auf die Ungeimpften noch ein wenig zu erhöhen.

(Beifall AfD)

Sie müssen einmal ein wenig über Ihren Panikhorizont hinausschauen. Dann würden Sie sehen, wie gelassen unsere Nachbarn mit einer durchaus vergleichbaren Situation umgehen. Dänemark hat als erstes EU-Land alle Maßnahmen aufgehoben. Es folgten Spanien, die Niederlande, Italien, und auch in anderen Ländern gibt es jetzt sehr weitreichende Lockerungen, und das bei einer aktuellen Inzidenz von über 4.000 in Dänemark.

Meine Damen und Herren, was waren das doch für wilde Zeiten, als man bei einer Inzidenz von 35 nicht einmal auf einer Parkbank sitzen durfte, sein Eis in der Nähe einer Eisdielen essen durfte und Spielplätze für Kinder geschlossen waren! Wir sagen Ihnen seit nunmehr fast zwei Jahren, dass die Inzidenz nicht das goldene Kalb ist, für das Sie die Inzidenz immer gehalten haben, Herr Günther. Die Zeit für Lockerungen ist längst gekommen, das war der übereinstimmende Tenor der Aussagen von Experten im Sozialausschuss. Dem Gesundheitssystem droht eben keine Überlastung. Sie sind daher verpflichtet, den Bürgern ihre Freiheiten zurückzugeben, wobei die richtige Formulierung wäre, dass Sie den Bürgern ihre Freiheiten nicht länger vorenthalten dürfen.

Staatliche Maßnahmen müssen immer angemessen sein. Das sind sie schon lange nicht mehr. Unsere Grundrechte sind natürlich auch kein Impfbonus. Die Impfung schützt mit maximal 95 % zu Beginn nicht einmal zuverlässig vor einer Infektion, und die Wirkung nimmt ab der Impfung quasi Woche für Woche rapide ab. Wer sich impfen lassen wollte, der konnte dies bereits tun bis hin zum Boostern. Wer sich bis jetzt noch nicht hat impfen lassen, der wird das auch mutmaßlich nicht mehr tun. Die Impfquote nimmt so gut wie gar nicht mehr zu. Sie alle wissen das. Die von Ihnen geforderte Impfpflicht wird hoffentlich auch nicht kommen. Mittlerweile sprechen so viele Faktoren gegen eine Impfpflicht.

Meine Damen und Herren, der Staat sollte nichts machen, was er nicht auch durchsetzen kann. Eine Impfpflicht, der sich Millionen Bürger verweigern, und genau das wird passieren, kann der Staat nicht durchsetzen. Über 20 Millionen Menschen sind in Deutschland noch nicht geimpft. Selbst wenn sich bei einer eingeführten Impfpflicht noch weitere 5 Millionen aufgrund des staatlichen Drucks impfen lassen würden, blieben noch immer 15 Millionen Menschen übrig, die sich auch dann nicht impfen lassen wollen. Was will der Staat da machen?

Herr Harms, Sie haben es eben schon gesagt: Etwa Ordnungsgelder verhängen? Beugehaft anordnen? Die Bürger mit der Polizei zum Impfzentrum karren? - Das ist absolut utopisch, käme einer Bankrotterklärung des Staates gleich und würde die Gesellschaft zerreißen. Unterlassen Sie das bitte! Sich impfen oder auch nicht impfen zu lassen, ist die persönliche Entscheidung eines jeden Einzelnen.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

(Jörg Nobis)

Es ist die Freiheit jedes Einzelnen, sich für oder gegen eine Impfung zu entscheiden, und wir werden diese Freiheit verteidigen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich die Aussprache zur Regierungserklärung für beendet.

Die Koalitionsfraktionen haben zur Regierungserklärung, Drucksache 19/3661, einen Entschließungsantrag, Drucksache 19/3665, „Schleswig-Holstein kehrt zurück zur Normalität“, vorgelegt, über den in der Sache abgestimmt werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der Abgeordneten des SSW gegen den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21, 31 und 32 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung

a) Beschulung von Schülerinnen und Schülern in coronabedingter Isolation, Quarantäne oder Beurlaubung

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3629

b) Psychosoziale Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und Prävention und Frühintervention stärken

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3648

c) Wege aus der Pandemie für unsere Schulen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3649

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit den Anträgen zu a) und c) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich

um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ende Januar ist in Deutschland das neue Buch des amerikanischen Organisationspsychologen Adam Grant unter dem Titel „Think Again - die Kraft des flexiblen Denkens“ erschienen

Darin heißt es - ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren -:

„In einer Welt, die sich rasant verändert, brauchen wir die Fähigkeit, Gedachtes zu überdenken und [uns] von Erlerntem wieder zu lösen.“

Meine Damen und Herren, wir können auf die Pandemie im Jahr 2022 nicht mit den gleichen Lösungsansätzen reagieren wie in den beiden Jahren zuvor.

Erst vor wenigen Tagen haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, unter anderem des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte, der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie und der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene, die Politik zu einem Kurswechsel aufgerufen.

In dieser Hinsicht ist die Wissenschaft während der Pandemie für uns ein wichtiges Vorbild geworden. Denn sie hat uns gezeigt, wie entscheidend es ist - es müsste selbstverständlich sein -, bisher Gedachtes neu zu überdenken und einen Kurswechsel nicht zu scheuen. Diese Bewegungskraft im Denken, die brauchen wir alle. Denn, meine Damen und Herren, die Pandemiesituation hat sich verändert.

Gegen schwere Krankheitsverläufe haben wir eine sehr gut wirksame Impfung, erst für die Erwachsenen, seit August 2021 auch für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren; seit Dezember 2021 gilt die uneingeschränkte Impfempfehlung auch für vorerkrankte Kinder ab fünf Jahren. Darüber hinaus können fünf- bis elfjährige Kinder ohne Vorerkrankung nach entsprechender ärztlicher Aufklärung auf Wunsch ihrer Eltern ebenfalls geimpft werden. Meine Damen und Herren, wir haben in Schleswig-Holstein in allen Altersklassen mit Abstand bundesweit die höchste Impfquote.

(Ministerin Karin Prien)

Ich will aus gegebenem Anlass darauf hinweisen, dass jetzt auch die Novavax-Impfung für Erwachsene zur Verfügung steht und dass wir mit Priorität die wenigen Lehrkräfte an Grundschulen, allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie Förderzentren impfen werden, die dies noch wünschen.

Meine Damen und Herren, die Situation hat sich aber auch aus anderen Gründen verändert, weil die Omikronvariante grundsätzlich zu einer geringeren Krankheitslast führt. Das gilt namentlich auch für Kinder und Jugendliche. Kinder und Jugendliche sind durch die Infektion kaum gefährdet, wohl aber durch die Unterbrechung ihres Schulalltags mit Sport und Freizeitaktivitäten.

Damit können wir auch an Schulen anders reagieren. Denn wir dürfen nicht vergessen: Jede Beurlaubung und jedes Fernbleiben vom Präsenzunterricht beeinträchtigt die Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit von jungen Menschen. Ebenso beeinträchtigt es den Erwerb sozialer Kompetenzen, verzögert sie, verhindert sie.

Meine Damen und Herren, das ist übrigens auch der Grund, dass alle Bundesländer spätestens Anfang März 2022 zur Präsenzpflicht für alle Schülerinnen und Schüler zurückkehren, auch diejenigen, die die Präsenzpflicht kurzfristig aufgehoben haben.

Nicht umsonst ist die Schulpflicht ein sehr hohes Gut. Sie beinhaltet aus unserer Sicht das individuelle Recht, eine Schule besuchen zu dürfen. So jedenfalls interpretieren wir den Spruch des Bundesverfassungsgerichts. Es ist meine Aufgabe als Ministerin, allen Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein genau dieses Recht zu ermöglichen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dennoch habe ich, gerade auch als Mutter, Verständnis dafür, dass sich Familien um die Kinder oder auch um die Großeltern sorgen, dass Ängste bestehen. Ich möchte Ihnen versichern: Als Landesregierung handeln wir verantwortungsbewusst und in enger Abstimmung mit unserem Wissenschaftlichen Beirat. Jeder Öffnungsschritt ist wohl überlegt und an die aktuelle Situation angepasst. Genau das ist auch unsere Aufgabe, dass wir nämlich auf die sich verändernden Situationen reagieren, und zwar angemessen und sorgsam; aber wir müssen eben auch reagieren.

Bei allem Verständnis für die Sorgen von manchen Eltern: Wir müssen raus aus der Kultur der Angst an unseren Schulen und stufenweise zurück zur Normalität. Unser Fahrplan - der Ministerpräsident

hat es dargestellt - sieht drei Schritte vor: Wir wollen ab dem 3. März 2022 dafür Sorge tragen, dass wirklich alle Aktivitäten an Schulen wieder stattfinden können; das gilt namentlich für die Aktivitäten, die zur Schule als Lebensraum und als sozialen Ort gehören. Das ist im Moment von entscheidender Bedeutung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

In einem zweiten Schritt werden wir von dem anlasslosen Pflichttesten Abstand nehmen. Die Wissenschaftler raten uns seit langer Zeit dazu. Wir werden zwar zunächst noch bis zum 21. März 2022 im bisherigen Umfang testen und werden dann denjenigen, die das wünschen, die Möglichkeit geben, sich freiwillig zu Hause zu testen. Die Tests werden wir zunächst weiter bereitstellen.

Ab dem 1. April 2022 soll die Maskenpflicht an den Schulen enden. Dabei gilt wie immer in der Pandemie: Jeder weitere Schritt erfolgt unter Berücksichtigung des jeweils aktuellen Pandemiegeschehens. Aber ich will auch sagen, dass wir uns bis dahin die Situation sehr genau anschauen und auch prüfen werden, ob es vertretbar ist, die Maskenpflicht schon früher entfallen zu lassen.

Über die Regelung werden wir, wie bisher, mit den Vertretungen der Eltern, der Schülerinnen und Schüler, den Gewerkschaften und den Verbänden sprechen. Wir werden die Schulen so schnell wie möglich informieren. Helfen würde dabei, wenn der Bund mit seiner Beschlussfassung zum Basisschutz etwas schneller wäre. Denn erst die Beschlussfassung in der Woche vom 14. bis zum 18. März 2022 führt dazu, dass die Schulen am Ende der Woche für die Situation am Montag unterrichtet werden können.

Mir ist es wichtig, dass wir jetzt alles tun, um unseren Schulen in dieser Situation des Umdenkens und der schrittweisen Rückkehr zur Normalität den Rücken zu stärken. Deshalb, meine Damen und Herren von SPD und SSW, werden wir den Fokus nicht auf die Abfrage von Daten aus den letzten zwölf Monaten legen, zumal diese Zahlen im Wesentlichen unserem Dashboard zu entnehmen sind. Im Übrigen fragen Sie nach Rechtsgrundlagen für die Beurlaubung. Auch dies können Sie unserer Website ohne Weiteres entnehmen.

Auf ein paar Punkte möchte ich doch noch eingehen: Obwohl das Risiko für einen schweren Verlauf im Kinder- und Jugendalter sehr gering ist, gibt es in einzelnen Familien besondere Situationen: Kinder und Jugendliche haben selbst aufgrund einer

(Ministerin Karin Prien)

Vorerkrankung ein klar erhöhtes Risiko für einen schweren Verlauf nach einer Coronainfektion, oder sie leben mit besonders vulnerablen Menschen in einer häuslichen Gemeinschaft.

Für diese Schülerinnen und Schüler gibt es die Möglichkeit der Beurlaubung nach Antrag und mit einer ärztlichen Bescheinigung. Sie können von der Präsenzpflicht, aber nicht generell von der Schulpflicht befreit werden. Aktuell sind 186 Schülerinnen und Schüler aufgrund eigenen Risikos beurlaubt; weitere 247 Schülerinnen und Schüler im Land sind beurlaubt, weil sie mit einer Person aus einer Risikogruppe in einer häuslichen Gemeinschaft leben.

Werden Schülerinnen und Schüler von der Präsenzpflicht befreit, gibt es ein individuelles Konzept für das Lernen in Distanz. Dabei ist auch die soziale Funktion von Schule zu beachten. Kinder und Jugendliche, die von der Präsenzpflicht befreit sind, sollen die Anbindung an die Schule und möglichst auch an die Klassengemeinschaft nicht verlieren. Wir haben die Situation dieser Kinder und Jugendlichen genau im Blick, und wir wissen um unsere besondere Verantwortung.

Der Blick auf die Gesamtzahlen, insbesondere die Hospitalisierung und die Auslastung der Intensivstationen, zeigt, dass wir - namentlich die Kinder und Jugendlichen - in der Pandemie keinen unkontrollierbaren Gefahren ausgesetzt sind. Die Entwicklung der Inzidenzen ist zwar nicht mehr wesentliches Entscheidungskriterium für die Öffnungsschritte, dennoch sind wir in Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg. Wir sind in der vierten Woche, auch mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen, bei einem deutlichen Rückgang der Inzidenzen. Gleiches gilt für die Hospitalisierung. Gott sei Dank ist in Schleswig-Holstein bisher kein einziges Schulkind in der gesamten Pandemie in Zusammenhang mit Covid-19 gestorben.

Meine Damen und Herren, es ist richtig und von einigen Rednern angesprochen worden, dass wir uns in dieser Situation auf die Schülerinnen und Schüler im Hier und Jetzt und in der Zukunft konzentrieren. Ich spreche hier nicht zum ersten Mal darüber, dass uns gerade die psychosoziale Situation der Schülerinnen und Schüler besonders besorgen muss. Davon rede ich hier seit mindestens einem halben Jahr. Wir haben im Rahmenkonzept für das Schuljahr 2021/22 den Schulen bereits den Auftrag gegeben, insbesondere die psychosoziale Gesundheit von Schülerinnen und Schülern in den Blick zu nehmen.

Die wissenschaftlichen Untersuchungen sind heute bereits zitiert worden. Ich will das an dieser Stelle nicht wiederholen. Deshalb ist die niedrigschwellige Frühintervention bei psychischen Erkrankungen von jungen Menschen so wichtig. Nur sie kann verhindern, dass junge Menschen auch auf Dauer und im Erwachsenenalter an psychischen Erkrankungen leiden müssen.

Deshalb haben wir in der Koalition gemeinsam das Projekt Pro-Jung auf den Weg gebracht, mit einem neuartigen Forschungs- und Behandlungsansatz, mit dem wir in der Lage sind, an den Schulen früher in die Prävention und in die Frühintervention einzusteigen. Der Fokus muss auf jungen Menschen in der Schule liegen. Es muss darum gehen, dass sie eben nicht zu einer verlorenen Generation werden.

Aber wir müssen auch feststellen, dass wir Versorgungslücken in diesem Bereich haben. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Übereinstimmung in dieser Frage in diesem Haus dazu führen würde, dass wir uns jetzt auf den Weg machen, über das, was wir haben, hinaus ein weiteres Angebot für die Frühintervention für vulnerable Kinder, Jugendliche und Erwachsene aufzubauen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir sind dazu im Gespräch mit dem UKSH und unseren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Wir erarbeiten zurzeit ein Konzept. Ich bin im Übrigen auch im Gespräch mit den Bundesministerinnen für Bildung und Forschung und für Jugend und Familie, die ein sehr großes Interesse an einem solchen Konzept haben. Ich hoffe, dass wir gemeinsam über alle Kanäle hier etwas, auch in der Finanzierung, auf den Weg bringen können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sicher aus der Krise zu führen und langfristige Schäden zu minimieren. Daran arbeiten wir, genau das ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe. Dafür müssen wir den an Schulen und Hochschulen Tätigen den Rücken stärken, und genau das werden wir tun. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die vorgesehene Redezeit mehr als verdoppelt. Jeder Fraktion stehen jetzt weitere sechs Minuten Redezeit zu. - Das Wort für die

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine Damen und Herren! Dass ich als erster Redner nach der Ministerin das Wort ergreifen darf, hat den Grund, dass SPD und SSW gemeinsam einen Berichts Antrag gestellt haben. Ich weiß nicht, ob es allen Anwesenden aufgefallen ist: Das komplette Parlament hat diesem Berichts Antrag zugestimmt, einstimmig. Damit liegen zwei Anträge zu einem mündlichen Bericht vor. Frau Prien, ich halte es für unangemessen, dass Sie sich hier hinstellen und sagen: Ich beantworte jetzt nur einen dieser beiden Berichts Anträge, weil ich mir einen anderen Schwerpunkt überlegt habe. - Das ist kein angemessenes Parlamentsverständnis.

(Beifall SPD und SSW)

Was sollen wir denn noch machen, um von Ihnen endlich zu hören, wie Sie die Schülerinnen und Schüler beschulen, die nicht in der Schule sein können, als einen mündlichen Bericht zu beantragen und den hier einstimmig zu beschließen? Und trotzdem stellen Sie sich hier hin und beantworten das nicht!

(Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, man kann bei Twitter auch einmal grob danebenliegen. Man kann mit einem Tweet jegliche Empathie vermissen lassen. Man kann so einen Tweet in der Folge auch einfach einmal löschen und sich entschuldigen. - Der Kollege Holowaty hat das nicht getan. Der Kollege Holowaty hat darauf verwiesen, dass er es ironisch meinte, als er dem zur Vorsicht mahnenden Gesundheitsminister Karl Lauterbach die Aussage entgegenstellte, mehr Tote gebe es auch bei mehr Sonnenschein, wegen Hautkrebs, Hitzschlag und so weiter.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal überlegen, wie empathisch die FDP reagieren kann, wenn in Dithmarschen der Wolf ein paar Schafe reißt, dann überlegen Sie sich einmal, ob Sie nicht vielleicht auch angesichts einer Coronapandemie, die Menschenleben kostet, mehr Empathie zeigen könnten!

(Beifall SPD und SSW)

Auch die KMK-Vorsitzende und Bildungsministerin Karin Prien hatte Pech mit dem Medium Twitter. Frau Prien, was Ihnen dort teilweise entgegengeschlagen ist, das geht nicht - das habe ich da auch

schon entsprechend kommentiert -, und ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal versichern, dass Sie in dieser Hinsicht unsere volle Solidarität haben.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das nimmt aus unserer Sicht den vielen anderen Stimmen aber nicht das Recht, sachliche Kritik an einer CDU-Bildungsministerin und einer KMK-Vorsitzenden zu üben, die nun einmal in einer besonderen Rolle und in zentraler Verantwortung steht.

Ich zitierte an dieser Stelle die Deutschlandfunk-Kolumnistin Marina Weisband - mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Eine Ministerin in einer Position der Macht kann ein Leuchtturm sein. Eine empathische Person, die Halt gibt in einer Krise. Das tut der Tweet nicht.“

Als in der Folge dieser Auseinandersetzung Schülerinnen, Schüler und Eltern Kritik und Sorgen formulierten, folgte seitens der KMK-Vorsitzenden und CDU-Bildungsministerin eine Erinnerung an ein Zitat der CSU-Politikerin Doro Bär, auf Twitter seien ohnehin nur Politiker, Journalisten und Psychopathen unterwegs. - Frau Prien, ich frage Sie: Was sollen Eltern, Schülerinnen und Schüler, die weder journalistisch noch politisch aktiv sind, jetzt denken?

Wir alle haben in den vergangenen Monaten und Jahren häufig Rückmeldungen von Eltern erhalten, deren Meinungsspektrum weit auseinanderging. Manche forderten, die pandemiebedingten Bedenken zurückzustellen und die Beschränkungsmaßnahmen an den Schulen gänzlich auszusetzen, andere setzten bis heute auf maximale Sicherheit und Distanzunterricht und, ja, auch auf die Aufhebung der Präsenzpflicht.

Ich glaube nicht, dass das Bedienen der einen und das Ignorieren der anderen Seite der richtige Weg ist, um an den Schulen die Rückkehr zur Normalität zu gestalten. Ich glaube auch nicht wie Frau Prien, dass es an den Schulen eine Kultur der Angst gibt, die sich ausschließlich durch die Maßnahmen gegen Corona erklärt. Ich glaube übrigens auch nicht, dass es Psychopathen sind, die da ihre Sorgen vortragen.

Der Expertenrat der Bundesregierung hat in seiner Stellungnahme zwei Dinge angemahnt, zum einen den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor der Infektion und zum anderen den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Erkrankungen infolge der

(Martin Habersaat)

Pandemie, also durch die Maßnahmen. Beides ist doch der Pfad, den wir gehen müssen und auf dem man gemeinsam zu vernünftigen Positionen kommen könnte.

Vorgestern waren in Schleswig-Holstein laut Schul-Dashboard 71 Lehrkräfte und 691 Schülerinnen und Schüler an Corona erkrankt. Das war eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vortag. Die Koalition will das nicht wahrhaben und schreibt einen Schönwetter-Berichts Antrag, in dem es heißt, die Inzidenzen sanken in Schleswig-Holstein, in einer Situation, in der sie in Teilen des Landes bedauerlicherweise gerade steigen - übrigens von Norden her; es könnte sein, dass da aus Dänemark etwas zu uns herüberkommt.

Das erinnert an unsere Debatte vom letzten Monat. Sie wollten es Eltern nicht ermöglichen, selbst bei höchsten Inzidenzen einen Antrag auf Aufhebung der Präsenzpflicht zu stellen. Sie wollten Distanzlernen erst ermöglichen, wenn die Hälfte der Schülerinnen und Schüler einer Klasse in Quarantäne ist, also wenn das Kind bereits im Brunnen liegt. Ein Grund dafür mag sein, dass die Alternativen zum Präsenzunterricht nicht hinreichend entwickelt sind.

Rechtzeitig zu Ihrem heute von uns erbetenen Bericht - deswegen hatte ich im Vorfeld die Hoffnung, Sie würden auch etwas dazu berichten - haben Sie am 16. Februar 2022 die Handreichung „Mit Videokonferenzen bei Einschränkungen aufgrund der Coronapandemie am Unterricht teilhaben“ vorgelegt. Am 16. Februar 2022, vor einer Woche, nach zwei Jahren Corona! Selten konnte man aus der Opposition so gut begründet sagen: zu wenig, zu spät.

(Beifall SPD und SSW)

Bis in die letzte Woche hinein galten tatsächlich unterschiedliche Regelungen für beurlaubte Schülerinnen, Schüler und solche, die sich in Quarantäne befanden. Seit Monaten beklagen sich Schülerinnen, Schüler und Eltern über sehr unterschiedliche Verfahrensweisen und sehr unterschiedliche Nutzung der technischen Möglichkeiten. Und nun? Nun machen Sie es einheitlich, einheitlich schlechter.

Die Teilhabe kann in Einzelfällen durch die Übertragung von Unterrichtseinheiten per Videokonferenz ermöglicht werden - aber nur, wenn die Lehrkraft das freiwillig anbietet. Kein Ministerium, keine Schulkonferenz, die da etwas mitzureden hätte. Und nur, wenn Einverständniserklärungen aller Eltern beziehungsweise aller volljährigen Schülerinnen und Schüler vorliegen.

Trotz dieser Einverständniserklärungen dürfen dann allerdings nur Tafel und Lehrkraft gezeigt werden. Schülerinnen und Schüler sollen sich nicht im Erfassungsbereich der Kamera aufhalten. Man fragt sich, wie sich das mit der Durchführung von Videokonferenzen verträgt, ob die damit en passant verboten sind oder ob es im Nachhinein doch eine Strategie war, dass Jitsi gar nicht in der Lage ist, alle Gesichter gleichzeitig zu übertragen und sich die Leute gegenseitig anzusehen zu lassen.

Insgesamt erinnert das an den Helden der AfD:

„Sie haben mich ins Gesicht gefilmt.“

Übrigens sind Nachnamen und Verbalbenotungen dabei zu vermeiden. Wenn zusätzliche Kosten entstehen, ist die Zustimmung des Schulträgers einzuholen.

Meine Damen und Herren, da hat eine Hausspitze, die ausschließlich aus Juristinnen und Juristen besteht, zu einem vielleicht rechtsfesten Werk gefunden, das allerdings den Schulen in der Konsequenz mehr verbietet als erlaubt.

Das Ganze geht natürlich auch nur, wenn WLAN und technische Ausstattung reichen. Damit scheiden viele Klassen sowieso von vornherein aus. Möglicherweise wurden die Hürden so hoch gelegt, damit nicht deutlich wird, was in Schleswig-Holstein im Jahr 2022 alles nicht geht.

Man fragt sich, ob Teile der CDU das digitale Lernen noch immer für eine Gefahr halten, die es abzuwehren gilt. Herr von der Heide, Sie erinnern sich an unsere Debatten über das Schulgesetz. Das ist nicht das, was wir aus der Pandemie lernen sollten.

Frau Prien, Ihre Veranstaltungsreihe zeigt eigentlich, dass die Schulen im Land viel weiter sind. Da gibt es trotz aller Schwierigkeiten optimistische Lehrkräfte, optimistische Eltern, optimistische Schülerinnen und Schüler, die Lust haben zu gestalten, die Lust haben voranzugehen und die Lust haben, die Schule der Zukunft zu entwickeln. Frau Prien, Sie zeigen, dass die CDU leider nicht so weit ist. Vielleicht wenden Sie Adam Grant auch einmal auf Ihre Bildungspolitik von vorgestern an. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In kaum einem anderen gesellschaftlichen Bereich haben wir ein so hohes Schutzniveau wie an unseren Schulen. Die Testpflicht sowie die Maskenpflicht sind eine lange Zeit notwendige Maßnahmen gewesen, um unsere Kinder und Jugendlichen vor dem Virus zu schützen. Sie sind zum Schutz unserer Kinder vorsichtig gewesen.

Aber - Eka von Kalben hat in ihrer Rede vorhin schon einiges dazu gesagt; ich habe es in meiner letzten Rede hier deutlich gesagt - Kinder haben ein Recht auf Kindheit, und Jugendliche haben ein Recht auf Jugend. Das bedeutet für uns auch, dass wir zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nicht dauerhaft große Unterschiede in der Pandemiebekämpfung zulassen dürfen. Wir dürfen hier nicht mit zweierlei Maß messen.

Dabei ist wichtig: Unsere Maßnahmen schützen nicht nur vor dem Virus, sondern haben auch Folgewirkungen. Die soziale Interaktion im Klassenzimmer auch zwischen dem besten Freund und der besten Freundin leidet unter unseren Maßnahmen. Das hat Folgen für das Miteinander und führt zu einer Veränderung im sozialen Leben in unseren Schulen. Viele Schülerinnen und Schüler leiden unter psychosozialen Auswirkungen. Das wissen wir mittlerweile. Dafür haben wir zum Beispiel - die Ministerin hat es gesagt - mit dem Projekt PRO-JUNG Maßnahmen ergriffen, mit denen wir sie bearbeiten.

Am Anfang der Pandemie waren alle Maßnahmen auf den Schutz der Gesundheit vor dem Coronavirus ausgerichtet, und wir haben gehandelt. Nach zwei Jahren Pandemie wird es aber immer wichtiger, den Blick auf die Langzeitfolgen zu richten und unsere Maßnahmen noch stärker auf Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler raten uns, abzurüsten und auf die Testpflicht und die Maskenpflicht zu verzichten. Den Weg hat Karin Prien gerade aufgezeigt. Diesen Weg schlagen wir jetzt ein. Das ist richtig, weil der Maßstab für unsere Maßnahmen nicht die Angst und die Sorge vor dem Coronavirus sein sollte, sondern die objektive Gefährdungslage von Kindern und Jugendlichen in unseren Schulen.

Das Dashboard unseres Landes zeigt: Wir sind weit von einer sogenannten Durchseuchung entfernt. Ja, es stecken sich auch Kinder und Jugendliche an, aber wir haben keine Anzeichen für exponentielles Wachstum. Noch viel wichtiger: Kinder und Ju-

gendliche, die an dem Coronavirus erkranken, haben kaum schwere Krankheitsverläufe. Eine Behandlung im Krankenhaus ist der absolute Einzelfall und meistens mit Vorerkrankungen zu erklären. Deshalb bleibt es wichtig, die vulnerablen Gruppen zu schützen. Dafür haben wir beispielsweise mit der Schulbefreiung Lösungen gefunden.

Gerade in Richtung SPD: Hören Sie auf den Rat der Wissenschaft, und hören Sie auf, Eltern zu verunsichern! Ihre Forderungen waren in den letzten Wochen: zurück zum Distanzunterricht, Aussetzung der Präsenzpflcht, Verbot von Klassenfahrten, PCR-Pooltests. Das waren Ihre Forderungen. Ich kann jede Sorge verstehen, aber unsere Maßnahmen müssen sich am Ende - das haben die Anhörungen gezeigt - an den Erkenntnissen von Expertinnen und Experten orientieren. Das sollte für uns der Maßstab für notwendige Maßnahmen sein.

Mittlerweile haben Sie das selbst verstanden, sonst hätten Sie heute mit Ihren Möglichkeiten aktuell Vorschläge gemacht. Stattdessen haben Sie hier nur einen Berichts Antrag eingebracht. Herr Habersaat, das ist am Ende schon ein Unterschied. Sie stellen hier viele Fragen und erklären, wie Sie die Lage beurteilen, zitieren hier und da, aber was Sie in Ihrer Oppositionsarbeit nicht machen - das ist am Ende schwach -, ist, Lösungen aufzuzeigen für die Probleme, die Sie benennen.

(Beifall CDU)

Ich erinnere an das letzte Plenum, wo Sie das an vier Punkten getan haben. Damals haben wir hier sehr dezidiert und engagiert diskutiert. Wir haben Ihnen aufgezeigt, dass Ihre Vorschläge nicht richtig sind, nicht der richtige Weg sind. In der Folge haben uns im Landtag Expertinnen und Experten in Anhörungen gesagt, dass unsere Maßnahmen die richtigen sind, unser Weg der richtige ist.

So machen wir es jetzt mit Masken- und Testpflicht. Das ist der entscheidende Punkt. Wenn Sie Kritik üben, können Sie das gern aussprechen. Zu guter Oppositionsarbeit gehört aber auch, hier Anträge einzubringen, die sehr konkrete Maßnahmen nennen, anstatt nur zu beschreiben und allein auf einen Berichts Antrag zu verweisen.

Sie haben die Twitter-Debatte erwähnt. Abgesehen davon sollten Sie einmal überprüfen, mit wem Sie sich gemeinmachen und gemeinsame Sache machen. Sie können das Wort „Psychopath“ nennen. Wenn Sie einmal genau lesen, stellen Sie fest, dass manche Ansicht auf Twitter richtig ist. Es ist aus meiner Sicht richtig, darauf hinzuweisen, dass viele Todesfälle in unseren Statistiken in den Kranken-

(Tobias von der Heide)

häusern nicht wegen Corona, sondern mit Corona zu beklagen sind. Jeder Todesfall ist tragisch. Er ist besonders tragisch, wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Wenn wir den richtigen Umgang mit der Pandemie finden wollen, müssen wir auch Tatsachen ansprechen können und eine offene Debatte zulassen. Das zeichnet Demokratie aus.

Ich fand Ihren Wortbeitrag an manchen Stellen „mhm“, aber Sie haben versucht, einen einigermaßen respektvollen Umgang zu finden. Im Grundsatz - es gab zuvor andere Worte, die Sie dazu gefunden haben - rate ich Ihnen: Üben Sie sich im respektvollen Umgang

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

und in einer angemessenen Debattenkultur, und verlieren Sie nicht Maß und Mitte, auch wenn wir uns im Wahlkampf befinden! Dazu kann ich Sie nur aufrufen.

(Martin Habersaat [SPD]: Sie haben Maß und Mitte verloren!)

Karin Prien und ihr Ministerium tun das, was geboten ist: Immer wieder abzuwägen, was ist die richtige Maßnahme in der entsprechenden Phase der Pandemie ist, die zukünftig wahrscheinlich eine Endemie wird. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Testpflicht zurückzufahren. Das Gleiche gilt in der Folge auch für die Maskenpflicht.

Das, was für Erwachsene gilt, muss jetzt auch für Kinder und Jugendliche gelten: Wir wollen zurück zur Normalität, weil dafür jetzt der richtige Zeitpunkt ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Langsam können wir glücklicherweise auch an unseren Schulen wieder größere Schritte hin zu mehr Normalität machen. Das haben sich die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und alle an Schulen Beschäftigten wirklich verdient. Die Inzidenzen bei den Kindern und Jugendlichen sinken. Bundesweit sind sie laut RKI bei den 5- bis 14-Jährigen in den letzten vier Wochen um 20 % gesunken. Auch bei uns im Land sind die Zahlen - wir können sie überall lesen - seit dem Höhepunkt im Januar 2022

deutlich zurückgegangen. Aktuell haben wir bei den Kindern unter zehn Jahren eine Inzidenz von 1.265, bei den 10- bis 19-Jährigen von 1.291.

Der im Vergleich vorsichtige Kurs in Schleswig-Holstein mit früher und langer Masken- und Testpflicht und einer guten Impfstrategie ermöglicht jetzt die Aufhebung der Kohortenregelung, kaum noch Einschränkungen bei Musik und Sport, den Umstieg auf freiwillige Tests und perspektivisch die Aufhebung der Maskenpflicht. Liebe SPD, natürlich gehört zu unserem vorsichtigen Kurs auch, die Infektionszahlen weiter zu beobachten und nachzusteuern, wenn es nötig ist.

Wir wissen inzwischen alle, dass die Pandemie zum Teil tiefe Spuren bei den Kindern und Jugendlichen hinterlassen hat. Darüber debattieren wir heute, und darum geht es in den drei Anträgen, die wir hier in der Debatte zusammengefasst haben.

In der Abwägung zwischen Infektionsschutz und dem Recht auf Bildung und Teilnahme am Unterricht haben wir hier alle immer wieder diskutiert, wie wir beides am besten miteinander verbinden. Nachdem zu Beginn der Pandemie die Schulen geschlossen waren, blieben die Schulen seit dem vergangenen Frühjahr und auch in diesem Jahr offen. Das ist eine richtige Entscheidung. Es war und ist auch richtig, die Präsenzpflicht beizubehalten, um den Kindern und Jugendlichen mit dem Schulbesuch Halt zu geben und soziale Kontakte zu ermöglichen.

Herr Habersaat, Sie haben Kritik an den starren Regeln für Distanzunterricht geübt. Wir hören immer wieder von den Schulen, dass sie Halt brauchen, dass sie Regeln brauchen, um sie vor Auseinandersetzungen an den Schulen und überflüssigen Diskussionen zu schützen. Wir haben immer gehört, dass bei den Regeln zum Distanzunterricht die Gesundheitsämter ein gewichtiges Wort mitsprechen können. Wenn es vor Ort Hotspots gibt, dann kann auch anders entschieden werden. Im Grunde ist es also richtig, den Distanzunterricht an Regeln zu knüpfen.

Ich weiß, dass nicht alle Eltern mit unserem Kurs einverstanden sind, weil sie Angst davor haben, dass sich ihr Kind infiziert. Über die sozialen Netzwerke und per Mail erreichen uns Nachrichten von Eltern, die sich die Aufhebung der Präsenzpflicht wünschen und denen die Aufhebung von Masken- und Testpflicht zu schnell kommt. Andere Eltern wünschen sich für ihre Kinder, dass in den Schulen die Normalität möglichst schnell Einzug hält. Der Ton ist - auf beiden Seiten und gerade in den sozia-

(Ines Strehlau)

len Netzwerken - manchmal ganz schön aggressiv. Ich wünsche mir da mehr Sachlichkeit.

Die wissenschaftliche Studienlage im In- und Ausland ist ziemlich eindeutig. Sie zeigt, dass eine Coronainfektion für die allermeisten Kinder und Jugendlichen ungefährlich ist. Für vulnerable Schülerinnen und Schüler oder Schülerinnen und Schüler, die mit vulnerablen Personen in einem Haushalt leben, gibt es die Möglichkeit zu Distanzunterricht. Bei diesem sollten die Schülerinnen und Schüler so gut wie möglich beim Lernen unterstützt werden. Dazu gibt es den aktualisierten Leitfaden des Ministeriums, wie man beurlaubte Schülerinnen und Schüler datenschutzkonform per Videokonferenzen in den Klassenraum holt. Hybridunterricht ist also möglich.

Wir haben neulich gelesen, dass das Ministerium aktuell auch Avatare für den Distanzunterricht angeschafft hat. Diese kleinen Roboter stehen im Klassenraum, haben eine eingebaute 360-Grad-Kamera, ein Mikrofon und Lautsprecher. Mit ihnen sind die Schülerinnen und Schüler von zu Hause aus quasi im Klassenraum und können auch mit anderen Schülerinnen und Schülern interagieren. Ich finde, das ist eine tolle Möglichkeit, die wir noch ausbauen sollten. Vor allem ist das eine Möglichkeit für langzeiterkrankte Schülerinnen und Schüler, am Schulunterricht teilzunehmen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir wissen, dass beim Distanzunterricht in der Vergangenheit und auch heute noch einiges holperig läuft. Glasfaseranschluss, das WLAN und die digitale Ausstattung der Schulen sind da nur einige Stichwörter. Aber Schleswig-Holstein legt sich ins Zeug, um hier besser zu werden. Wir sind auch dank der Fortbildungsbereitschaft der Lehrkräfte in den letzten beiden Jahren schon deutlich weitergekommen. Für die Zukunft müssen wir digitale Formate im Unterricht und auch die Möglichkeiten zum Distanzlernen in bestimmten Situationen erweitern. Das wird in der nächsten Legislaturperiode im Schulgesetz sicher auch verankert werden. Auch die Ausstattung der Klassenräume für Hybridunterricht muss bis zum Herbst besser werden. Corona bietet auch die Chance, in den Schulen innovativ zu werden und neue Konzepte zu denken. Das ist ein positiver Aspekt der Coronapandemie.

Das für mich aktuell entscheidende Thema - und wir haben gehört, dass das glücklicherweise von allen hier so gesehen wird - sind die psychosozialen

Folgen der Pandemie für unsere Kinder und Jugendlichen.

Die aktuelle COPSY-Studie hat zwar festgestellt, dass sich das psychische Wohlbefinden und die Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen leicht verbessert haben, aber immer noch leiden mehr Kinder und Jugendliche unter psychischen Auffälligkeiten als vor der Pandemie. Vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien sind besonders betroffen. In der Expertinnen- und Expertenanhörung des Sozialausschusses in der vergangenen Woche wurde sehr eindringlich darauf hingewiesen, dass wir hier intensiver unterstützen müssen. Frau Professorin Jauch-Chara beobachtet immer noch einen deutlich höheren Beratungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen als vor der Pandemie. Was ich besonders erschreckend finde, ist die Verdopplung der Zahl der Kinder mit suizidalen Gedanken. Hier müssen wir mehr Unterstützung geben.

Da sind die beiden von der Ministerin genannten Projekte ein guter Ansatz zur Prävention und Frühintervention. Wir brauchen darüber hinaus aber mehr Kinder- und Jugendtherapeutinnen und -therapeuten sowie mehr Kassensitze, damit sie Praxen eröffnen können. Auch die Familien brauchen zum Teil Unterstützung.

An den beruflichen Schulen haben wir seit einigen Jahren Schulpsychologinnen und -psychologen, die vor Ort arbeiten und beim Land angestellt sind. Die beruflichen Schulen sind damit sehr zufrieden. Gerade in der aktuellen Situation berichten auch sie von einem erhöhten Beratungsbedarf. Wir sollten überlegen, ob wir dieses Modell bei uns nicht auch auf die allgemeinbildenden Schulen übertragen. Wir könnten diese zusätzlichen Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen beim Land einrichten oder aber den Schulpsychologen der Kreise angliedern. Die fehlenden Kassensitze wären dann kein Problem.

Die psychosozialen Folgen der Pandemie werden uns noch einige Zeit begleiten. Dafür müssen wir Mittel zur Verfügung stellen, auch der Bund hat im Koalitionsvertrag vereinbart, sich einzubringen. Ich begrüße sehr, dass unsere Bildungsministerin dazu in intensiven Gesprächen mit dem Bund ist. Diese Maßnahmen sind unbedingt wichtig, um Kindern und Jugendlichen einen guten Weg raus aus der Pandemie zu ermöglichen. Dass dies gelingt, ist unsere Pflicht hier in diesem Parlament. - Vielen Dank.

(Ines Strehlau)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich Ministerin Prien für ihren Bericht danken. Ich sage auch danke für Ihre klaren Worte, denn Angst ist immer ein schlechter Ratgeber.

(Beifall FDP und CDU)

Kollege Habersaat, Ihre Empörung am Anfang Ihrer Rede war für mich reine Wahlkampfretorik, denn in Ihrem Beitrag ist nicht wirklich klar geworden, wo Sie am Ende hinwollen.

Ehrlich gesagt habe auch ich mich nicht gerade über den Twitter-Kommentar gefreut. Wir alle wissen doch, dass Twitter nicht das Instrument und das Medium für eine differenzierte Diskussion ist. Mit den wenigen Worten und Silben, die man dort veröffentlichen kann, kann eine Diskussion sehr einseitig interpretiert werden und vor allem in die falsche Richtung gehen. Auch der Kommentar vom Kollegen Holowaty - - Ja, ich bedaure das. So, wie das formuliert ist, kann man das falsch interpretieren. Jeder Verstorbene, jeder, der von einer Erkrankung betroffen ist, die tödlich ausgeht, wird sich an der Stelle nicht besonders wohlgeföhlt haben. Das tut mir ausgesprochen leid. Aber man muss die Kirche auch im Dorf lassen, man muss es auch nicht aufbauschen. Ihren Vergleich mit Dithmarschen und den Wölfen fand ich an der Stelle auch sehr daneben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich müssen die Erkenntnisse der letzten zwei Jahre im Umgang mit der Coronapandemie beachtet werden. Aber auch bei allen neuen Entscheidungen müssen wir doch die aktuelle Situation zugrunde legen. Die ist eben anders als zu Beginn der Pandemie. Dank einer beispiellosen Zusammenarbeit von medizinischer Versorgung und Forschung, pharmazeutischer Entwicklungen und mithilfe modernster Technik haben wir heute nicht nur Erkenntnisse über den Krankheitsverlauf und besonders zu schützende Personengruppen, sondern es wurden in kürzester Zeit Testverfahren und vor allem Impfstoffe entwi-

ckelt. Das sollte uns zuversichtlich in die Zukunft blicken lassen.

Meine Damen und Herren, Schulschließungen und Distanzunterricht haben in der Vergangenheit Infektionen verhindert. Sie waren zum damaligen Infektions- und Kenntnisstand angemessen und auch verhältnismäßig. Auch die beruflichen Schulen hatten durch ihre wechselnden Schülergruppen eine ganz besondere Herausforderung zu meistern. Insbesondere Auszubildende in der dualen Ausbildung unterlagen unterschiedlichen Infektionsrisiken; nicht alle Unternehmen praktizierten einen gleichwertig hohen Schutz. Es waren die Arbeitgeber selbst, die Sorge um die Gesundheit ihrer Mitarbeiter durch das Risiko des Schulbesuchs der Auszubildenden formulierten.

Somit blieb den beruflichen Schulen doch gar nichts anderes übrig, als längerfristig in den Distanzunterricht zu gehen.

Daher war es aber auch so wichtig, die Impfkampagne an den beruflichen Schulen zu initiieren. Wie wir gesehen haben, ist dies mit großem Erfolg geschehen. Dies sowie das konsequente Testregime und die Maskenpflicht führten dazu, dass Infizierte schnell erkannt und ein Übertragungsrisiko minimiert werden konnte. Dies gilt für Schüler und Lehrkräfte gleichermaßen.

Mittlerweile ist es doch unstrittig, welche gravierenden Folgen die Coronapandemie mit allen daraus resultierenden Schutzmaßnahmen in den letzten beiden Jahren auf Kinder und Jugendliche hatte. Ich mache mir dabei inzwischen deutlich größere Sorgen um die persönliche sozial-emotionale Entwicklung der jungen Menschen als um Lernrückstände, auch wenn ich beides als dramatisch empfinde.

Es ist uns sehr früh gesagt worden, welche Folgen es hat, wenn Kinder ihre Peergroups nicht kennen und nicht treffen können, sich nicht reiben können, sich nicht austauschen können, über ihre Ängste und Sorgen nicht mit Gleichaltrigen sprechen können, die sie anders verstehen als Eltern. Dennoch hatten wir zu der Zeit keine andere Chance. Die fehlenden sozialen Kontakte und die fehlende Tagesstruktur durch den Schulalltag führen zu Vereinsamung und zu einer Flucht in eine digitale Scheinwelt, auch mit der Folge, dass daraus Depressionen werden.

Ich höre aber auch von Familien, die das Recht der Beurlaubung in Anspruch nehmen, weil sie in einer Wohnsituation mit vulnerablen Personengruppen leben, die mit schwerem Verlauf erkranken würden. Ich höre von diesen Familien, dass sie sich alleinge-

(Anita Klahn)

lassen und überfordert fühlen, vor allem, wenn die Vermittlung der Unterrichtsinhalte auf ihren Schultern lastet und wenn unklar ist, in welchem Umfang die Schule unterstützen soll.

(Unruhe AfD)

An dieser Stelle ist es sehr hilfreich, dass es entsprechende Handreichungen und Informationen seitens des Bildungsministeriums gegeben hat. Aber auch hier hilft in erster Linie das Gespräch mit den beteiligten Lehrkräften. Dabei muss ich ganz klar sagen: Lehrkräfte erkennen zunehmend die Grundproblematik und sind dabei, geeignete Methoden zu entwickeln, um Eltern in die Lern- und Lehrarbeit einzubeziehen. So wurde es mir zum Beispiel auf der letzten Regionalkonferenz in Lübeck am Diskussionstisch von einzelnen Lehrkräften vermittelt.

(Anhaltende Unruhe AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Einen kleinen Moment bitte, Frau Abgeordnete. Darf ich die Abgeordneten der AfD darum bitten, ihre Gespräche nach draußen zu verlagern? - Danke!

Anita Klahn [FDP]:

Meine Damen und Herren, wenn im Ergebnis gegenseitige Wertschätzung und Respekt für Erziehungs- und Bildungsarbeit dabei herauskommen, dann haben doch alle Beteiligten dauerhaft - auch für die Zukunft - gewonnen. Das sind einige der Gründe, warum Diskussionen über das Aufrechterhalten der bisherigen Maßnahmen in der heutigen Situation falsch sind, selbst wenn Unterricht auf Distanz inzwischen besser läuft als zu Beginn der Pandemie, weil die Schulen einfach technisch besser ausgestattet sind und digitaler Unterricht besser organisiert ist. Wenn wir also eine sichere Erkenntnis aus dieser Pandemie haben, dann, dass der Präsenzunterricht in den Schulen durch nichts adäquat ersetzt werden kann. Das war auch eine Erkenntnis und Aussage auf den Regionalkonferenzen.

Insofern sind wir Freien Demokraten uneingeschränkt dafür, dass an den Schulen wieder Normalität einkehren muss, den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden muss, sich mit Gleichaltrigen auszutauschen, vor Ort zu lernen, am Musik-, Kunst- und Sportunterricht uneingeschränkt teilnehmen zu können und vor allen Dingen auch wieder in die Praktika zu kommen. Das ist im Moment sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für Studierende ein ganz großes Handicap.

(Beifall FDP und Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Wir haben in dieser Pandemiezeit aber auch gelernt, wie wichtig Schulsozialarbeit ist. Ich würde mir wirklich wünschen, dass nicht nur wie aktuell in Stormarn, sondern auch in vielen anderen Kreisen Maßnahmen entwickelt und Parameter geschaffen werden, dass Schulsozialarbeit ausgebaut und besser aufgestellt wird.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, wäre es auch absurd, wenn wir im März 2022 für die Gesamtgesellschaft weitgehend schrittweise den Normalzustand herbeiführen, aber an den Schulen nicht. Weder der Verlauf der Omikronvariante noch die Auslastung des Gesundheitssystems oder die Hospitalisierungsraten rechtfertigen weitere staatliche Eingriffe in den Präsenzunterricht und den regulären Schulalltag. Gleichzeitig werden wir uns Gedanken machen müssen, wie wir die psychosozialen Folgen bei den Kindern und Jugendlichen angehen. Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ kann nur ein erster Schritt sein. Ausreichend ist es mit Sicherheit nicht. Auch die sogenannten Sommerschulen, die wir hatten, waren ein sehr erfolgreiches Mittel. Wir haben auch festgestellt, dass es an dieser Stelle nicht nur um das reine Vermitteln von Wissen geht, sondern dass auch Lehrkräfte Verständnis für die persönliche Situation der einzelnen Schüler entwickelt haben, was ihnen vorher einfach so nicht gegeben war, weil die Zeit dafür fehlt.

Die Auswirkungen dieser zwei Jahre werden uns noch lange beschäftigen. Die Folgen in Gänze werden erst sichtbar werden, wenn das Augenmerk sich von der Bekämpfung hin zur Bewältigung der Folgen der Pandemie verlagern wird. Ich hoffe, dass wir uns als Politik und Gesellschaft darauf einigen können, dass wir mehr Zeit und Geld auf die Folgen der Pandemie, auf unsere Kinder und Jugendlichen aufwenden müssen und sollten. Sie sind eben keine vergessene Generation. Sie sind die Generation Zukunft. Geben wir ihnen Mut und Zuversicht, sorgen wir für guten Unterricht in Präsenz! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Expertenanhörung des Sozialausschusses zum Thema Umgang mit den Einschränkungen und anstehenden Lockerungen in der Pandemie hat mir und meinen Kollegen wirklich noch einmal zu denken gegeben. Bei vielen ist sicherlich als hoffnungsvolle Botschaft angekommen, dass die anwesenden Expertinnen und Experten klar zu Lockerungen geraten haben. Das hängt mit der im Bundesvergleich höheren Impfbereitschaft in Schleswig-Holstein zusammen, mit unseren Krankenhauskapazitäten und mit der dominierenden Omikronvariante.

Wir haben ja schon in anderen Zusammenhängen von Corona als einer Art Vergrößerungsglas von Versorgungsproblemen gesprochen, aber Professorin Jauch-Chara hat diese Formulierung für die nicht ausreichende ambulante psychologische Versorgungssituation von Kindern und Jugendlichen benutzt. Sie hat auch ausgeführt, wie hoch die psychischen Belastungen sind, die gerade durch Isolation entstehen. Die Erlebnisse, die wir in unserer Kindheit und Jugend machen, wirken sich auf unser weiteres Leben aus. Wir haben nun eine ganze Generation von Kindern und Jugendlichen, die einen Umgang mit den Nachwirkungen einer Pandemie finden müssen.

Auch Kinder und Jugendliche mussten aus Sicht des SSW vor Krankheitsverläufen geschützt werden, aber mittlerweile müssen wir sie auch vor den Belastungen schützen, die durch Pandemiemaßnahmen entstanden sind und ihre gesundheitliche Entwicklung beeinflusst haben. Damit meine ich Folgen wie Ängste und Stress und nicht zuletzt destruktive Bewältigungsstrategien beim Umgang mit Stress, die sich im Erwachsenenalter fortsetzen. Psychische Belastungen können zu psychischen Erkrankungen führen. Dem müssen wir etwas entgegensetzen.

Unsere Lehrkräfte haben in den letzten Jahren Großartiges geleistet, aber auch sie brauchen dringend weitere Unterstützung. Das Aufholen nach Corona endet nicht mit dem Schuljahr 2021/2022. Bundesprogramme wie „Aufholen nach Corona“ werden ausgeweitet werden müssen. Für uns als SSW ist aber klar, dass der letzte Satz des Koalitionsantrags Drucksache 19/3648 dem Antrag vorangestellt sein müsste, und zwar als Vorgabe, nicht als Prüfauftrag. Uns muss klar sein, dass die Auswirkungen der Pandemie sich nicht einfach auflösen, wenn Einschränkungen aufgehoben werden. Lernrückstände sollen aufgeholt werden, ja. Das Wich-

tigste aber ist jetzt, die Schülerinnen und Schüler psychisch zu stärken.

Bereits in der Küstenkoalition einte dieses Anliegen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wir haben die Stellen des schulpsychologischen Dienstes verdoppelt, das war ein großer Schritt. Aber wir hören eben doch immer wieder aus den Schulen, dass es an psychologischer Unterstützung mangelt.

Martin Habersaat hat die Zahlen ja zum Glück vor einem halben Jahr abgefragt: An den berufsbildenden Schulen ist eine Planstelle im Landesdurchschnitt rechnerisch für 4.828 Schülerinnen und Schüler, für 258 Vollzeitlehreereinheiten sowie zwei Schulen zuständig. An den allgemeinbildenden Schulen und Förderzentren ist eine Planstelle rechnerisch durchschnittlich für 8.575 Schülerinnen und Schüler, für 628 Vollzeitlehreereinheiten sowie 24 Schulen zuständig.

Was unsere Schülerinnen und Schüler aber brauchen, sind feste und zuverlässige Beratungsangebote vor Ort an den Schulen. Bei allen anstehenden Lockerungen und Wegen aus der Pandemie ist es für den SSW unerlässlich, dass die Stimmen der Kinder und Jugendlichen ernst genommen und gehört werden. Wir haben auch deswegen den Jungen Rat für die Expertenanhörung benannt und bekommen immer wieder besonders gute Hinweise von unseren Schülervertretungen - Hinweise wie, dass es nicht sein kann, dass erst Chöre wieder proben dürfen, bevor im Musikunterricht gesungen werden darf, oder auch Hinweise wie, dass es die Schulen sind, die am längsten von den Maßnahmen gegen Corona betroffen sind.

Deswegen möchte ich auch heute darauf hinweisen, dass viele Maßnahmen nur getroffen werden mussten, weil sich eine nicht ausreichende Anzahl an Erwachsenen hat impfen lassen. In diesem Sinne möchte ich die Erwachsenen, die sich noch nicht haben impfen lassen, bitten: Denken Sie an die Kinder und Jugendlichen, lassen Sie sich impfen!

(Beifall Lars Harms [SSW], Beate Raudies [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da die Ministerin ihre Redezeit verdoppelt hat, kann auch ich meine Redezeit fast verdoppeln. Vielen Dank noch einmal dafür, Frau Ministerin.

(Lars Harms [SSW]: Eingespieltes Team!)

- Eingespieltes Team. Lukas Kilian, man muss nicht, aber man kann, und das werde ich jetzt tun.

(Jette Waldinger-Thiering)

Wir haben auch von Tobias von der Heide so viel darüber gehört, dass es nicht angehen kann, dass wir mit zweierlei Maß messen, wenn wir über Lockerungen in der Gesellschaft und über Lockerungen in der Schule sprechen. Deshalb gehe ich davon aus, dass dann auch der Sportunterricht wieder komplett mit Mannschaftssport und mit Kontaktsport ausgeübt werden kann. Ich sehe oft, dass die Jungs draußen auf dem Rasen mit Jacken tanzen müssen, weil man sich nicht nahekomen kann. Bei Mannschafts- und Kontaktsportarten gehört das dazu, und das gehört zur Schule dazu. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass die Masken ab 1. April 2022 fallen sollen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein Scherz!)

- Das ist kein Scherz. Das ist auch gut so. Ich frage mich: Wie geht es nach den Osterferien weiter? Werden wir dann wieder 14 Tage lang eine Maskenpflicht haben müssen, weil die Inzidenzen oder Hospitalisierungsraten in irgendeiner Art und Weise wieder ansteigen? Ich weiß, das ist ein Blick in die Glaskugel, aber den müssen wir mitnehmen, denn man kann nicht hü sagen, und am nächsten Tag sagen wir wieder hott.

Frau Ministerin, das hätte ich mir von dem mündlichen Bericht, den Sie halten, gewünscht - den Bericht haben Sie leicht und elegant gehalten -, dass Sie sagen: Wie stellt sich eigentlich die Schulpflicht kontra Bildungspflicht dar? Wir haben Stand heute immer noch Eltern, die ihre Kinder vom Unterricht und der Präsenzpflicht befreien lassen können, wenn sie gewisse Kriterien erfüllen. Wir stellen uns - genauso wie viele andere Menschen - immer wieder diese Frage. Klassenkameraden bringen nach dem Unterricht in Präsenz den Klassenkameraden, die vom Unterricht befreit, in Quarantäne oder erkrankt sind, am Nachmittag Zettel nach Hause, damit diese Schülerinnen und Schüler den Unterricht nachholen können.

Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie definieren und den Menschen da draußen erzählen, was die Bildungspflicht tatsächlich bedeutet. Wie kriegen wir das hin? Wie kriegen die Lehrer das hin, dass sie vormittags in Präsenz unterrichten und nachmittags den Kindern, die nicht am Unterricht teilnehmen konnten, den passenden Unterricht geben? Frau Ministerin, ich hätte auch dies von Ihnen erwartet: Sie sind die Dienstherrin der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein. Ich hätte erwartet, dass Sie irgendwann einmal anfangen, danke zu sagen und zu

sagen: Ich versuche, alles zu geben, damit diese Herausforderungen gemeistert werden können. Das habe ich vermisst. Da hätte ich echt gern Butter bei die Fische, denn das hätten sich die Menschen, die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler gewünscht.

(Beifall SSW und Serpil Midyatli [SPD])

Wir sprechen so viel darüber, dass wir Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche haben müssen. Wir müssen mehr Schulpsychologen haben. Wir müssen überhaupt das ganze Beratungskonstrukt ausbauen. Ich zitiere dankenswerterweise aus einer Kleinen Anfrage, die der Kollege Heiner Dunckel gestellt hat, Drucksache 19/3568. Dort werden genau die Berufe genannt, die wir benötigen, bei denen die Menschen aber wieder Geld mitbringen müssen, damit sie diese Ausbildung machen können. Kære venner, ich frage mich ganz ehrlich: Wir benötigen diese Menschen, dann aber sagen wir zu ihnen: „Es wäre cool, wenn du das machst, aber deinen Ausbildungsplatz bezahlst du selbst!“ Das passt echt nicht zusammen.

(Beifall SSW, SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe noch ein bisschen Zeit.

(Heiterkeit FDP)

Die Lehren aus der Pandemie: Wir sind nicht gegen den Präsenzunterricht. Wir sind aber dafür, dass man ein kluges Konzept mit Präsenzunterricht und Hybridunterricht macht, die Lehren der letzten zwei Jahre mitnimmt und sagt: Das haben wir erreicht, wir wollen gestatten, dass das passiert. Ihre Handreichungen zum Videounterricht haben wir als Opposition nicht bekommen.

(Martin Habersaat [SPD]: Mal wieder!)

- Mal wieder. Heute Morgen begann der CDU-Vorsitzende seine Rede: Damals, als Ralf Stegner noch im Parlament war, da ging Opposition Hand in Hand mit regierungstragenden Fraktionen. Ich stelle mir da die Frage: Wenn man Hand in Hand geht, dann setzt das voraus, dass man weiß, weshalb man Hand in Hand geht. Ich muss sagen: Da nehmen Sie uns nicht mit. Das bedaure ich zutiefst. Das gehört sich einfach nicht, das ist eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat jetzt der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich: Da soll die Bildungsministerin laut Berichtsantrag der regierungstragenden Fraktionen den Weg der Schulen aus der Coronazeit aufzeigen. Warum gibt es dazu Fragen aus Jamaika? Es müsste doch alles klar sein, denn wie oft wurde von der Ministerin und dem gesamten Kabinett die Dringlichkeit, ja fast die Alternativlosigkeit sämtlicher Maßnahmen beschworen! Es hieß: Nur die Impfung öffnet den Weg aus der Coronakrise, nur die zweite Impfung, nur die dritte Impfung, nur die Kontaktbeschränkungen, nur ein Lockdown, nur anlasslose Massentests. All das hat sich als falsch erwiesen.

Wie oft haben wir von der AfD die Aufhebung dieser überzogenen Maßnahmen gefordert, insbesondere was die Schulen angeht!

(Lars Harms [SSW]: Tausendmal!)

Wie oft habe ich an die Ministerin und an die Landesregierung appelliert, die Kinder und Jugendlichen mit ihrer Impfkampagne zu verschonen! Wie oft haben Wissenschaftler darauf hingewiesen, dass Kinder und Jugendliche keiner erhöhten Gefährdung unterliegen, dass sie selten schwer erkranken, dass von ihnen keine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht, dass sie den Präsenzunterricht brauchen genau wie ihre sozialen Kontakte bei Spiel und Sport!

Aber all das verpufft im allgemeinen Rausch der Coronamaßnahmen, die sich immer weiter steigerten, die sich dauernd abwechselten und die die Bürger nicht mehr verstehen konnten, weil sie lahmgeschossen waren von der täglichen Propaganda.

Unseren Kindern und Jugendlichen wurde eingeredet, dass sie ihre Familien gefährden und dass ihnen eine ganz besondere Verantwortung zukomme. Das hat den psychischen Druck auf unsere Jüngsten nachweislich noch weiter erhöht - mit unabsehbaren Folgen. Daher ist es nichts weiter als heuchlerisch, wenn diese Landesregierung sich heute hinstellt und den Weg zurück in die Normalität verkündet. Diese Landesregierung hätte den Weg aus der Normalität heraus niemals beschreiten dürfen, da Schleswig-Holstein zu keinem Zeitpunkt ein Brennpunkt des Infektionsgeschehens war. Die verhäng-

ten Maßnahmen waren zu keinem Zeitpunkt angemessen oder verhältnismäßig. Nicht sie haben aus der Krise herausgeführt, sondern eine ganz normale Veränderung des Virus, wie wir dies aus jeder Grippezeit kennen.

Prof. Fickenscher hat bereits im letzten Herbst vorhergesagt, dass sich in diesem Winter sehr viele Kinder anstecken werden - sehr zum Entsetzen der Opposition von links, wo offensichtlich nicht bekannt ist, dass Kinder eine ganze Reihe von Infektionen durchmachen müssen, um ihr Immunsystem aufzubauen. Und in dieses lebenswichtige Immunsystem, das sich in frühen Jahren aufbaut und jeden Menschen ein Leben lang begleitet und im besten Fall schützt, haben Bundesregierung und alle Landesregierungen in fataler Weise eingegriffen, indem sie auch die massenweise Impfung von Kindern und Jugendlichen propagiert haben, wohlgerne mit einem Impfstoff, der nur bedingt zugelassen ist und dessen Langzeitwirkung auf das Immunsystem nicht hinreichend erforscht ist.

Jede dieser Landesregierungen - auch diese - hat sich auf unsicheres Terrain begeben und in die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen eingegriffen, aus unserer Sicht ohne ausreichenden Grund und ohne zu wissen, was das für Folgen hat. Wir erwarten deshalb, dass es noch in diesem Jahr zu vielen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen kommt, in denen auch die Regierungen darüber Rechenschaft ablegen müssen.

Wie irrational die Coronapolitik geworden ist, zeigt auch die hochgespielte Entrüstung über eine Äußerung von Frau Prien. Sie schreibt etwas, das schlichtweg den Tatsachen entspricht, und wird dafür angegriffen. Sie bezieht sich auf Fakten und anerkannte Mediziner und erntet Vorwürfe übelster Art. Das zeigt doch, wie sehr diese künstlich aufgebaute Hysterie der letzten zwei Jahre einer vernünftigen Debattenkultur geschadet hat. Diese Hysterie muss endlich ein Ende haben.

Wenn diese Landesregierung jetzt großzügig die Rückkehr in die Normalität verkündet, dann geschieht das doch nicht, weil endlich die Einsicht über die Panik obsiegt hat, sondern nur, weil drei Landtagswahlen auf dem Kalender stehen und drei CDU-Ministerpräsidenten in den Wahlkampf einsteigen.

So durchsichtig dieses Manöver auch ist, ich kann Ihnen eines versichern: Die Bürger, die Tausenden von Bürgern, die von Ihrer Politik enttäuscht sind und jede Woche auf die Straße gehen, auch hier in Schleswig-Holstein, in über 100 Orten, diese Bür-

(Volker Schnurrbusch)

ger haben Sie verprellt und werden Sie auch nicht mehr von der Aufrichtigkeit Ihrer Politik überzeugen können. Vertrauen ist ein hohes Gut, das man nur einmal verspielen kann. Mit Ihrer Coronapolitik, besonders der an den Schulen, haben Sie genau das getan.

Wir erklären uns solidarisch mit den Bürgern, die auch heute wieder hier demonstrieren und auch morgen, mit den Spaziergängern im ganzen Land, mit all den Eltern, Kindern, Lehrern, Ärzten, Pflegekräften und sonstigen medizinischem Personal, die schon längst das Vertrauen in diese Coronapolitik verloren haben.

Frau Prien, eine Bitte hätten wir noch: Warten Sie doch nicht bis Ostern! Es gibt keinen Grund dafür. Heben Sie die Masken- und die Testpflicht sofort auf! Sorgen Sie dafür, dass unsere Kinder wieder einen unbeschwerten Schulalltag genießen können! Es ist allerhöchste Zeit dafür. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsansträge zu a), Drucksachen 19/3629 und 19/3649, durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben.

Abstimmung zu b), Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3648: Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag von sämtlichen Fraktionen und dem Zusammenschluss der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD angenommen.

(Lars Harms [SSW]: Ich weise noch einmal darauf hin: Wir sind kein Zusammenschluss, wir sind die Abgeordneten des SSW!)

- Habe ich das gesagt? Dann nehme ich das selbstverständlich zurück. - Also, noch einmal: Damit ist der Antrag von sämtlichen Fraktionen und den Abgeordneten des SSW gegen den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD angenommen.

Ich unterbreche die heutige Sitzung bis 15 Uhr und wünsche eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:53 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Wir setzen die heutige Sitzung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 48 auf:

Bericht zum Aktionsplan „Echte Vielfalt“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3474

Ich erteile das Wort dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es war, meine ich, unter anderem der kanadische Ministerpräsident, der in einer sehr beeindruckenden Rede gleich zu Beginn seiner ersten Amtszeit den Satz mitgeprägt hat: Vielfalt zeichnet unsere Gesellschaft aus. - Und: Vielfalt ist die Stärke einer freiheitlichen Gesellschaft.

Fakt ist, dass eine offene, vielfältige Gesellschaft jeweils nur aus der Gesellschaft heraus erreicht werden kann. Deswegen ist Vielfalt, das Leben von Vielfalt, die Akzeptanz von Vielfalt eine Querschnittsaufgabe für uns insgesamt als Gesellschaft.

Politik kann diese Vielfalt und die sich aus ihr heraus entwickelnde Stärke nicht verordnen, aber Politik muss bei diesem Thema vorangehen, und Politik muss hier auch Maßstäbe setzen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind in der Pflicht, das gesellschaftliche Engagement für Vielfalt mit Nachdruck zu unterstützen. Genau deshalb hat der Landtag im Jahr 2014 einstimmig beschlossen, das Miteinander zu stärken, für eine offene Gesellschaft zu werben und Homophobie und Diskriminierung zu bekämpfen. Politik und Landesregierung, die LSBTIQ*-Community und die Zivilgesellschaft haben in diesem Zusammenhang gemeinsam den Aktionsplan „Echte Vielfalt“ auf den Weg gebracht.

Wir haben auch während der Coronavirus-Pandemie an den Zielen genau dieses Aktionsplans festgehalten. Das war auch dringend notwendig, denn es war auch die LSBTIQ*-Bewegung, deren Arbeit durch die Coronaviruspandemie ganz erheblich beeinträchtigt gewesen ist.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Die Bewegung, die sich seit Jahrzehnten für die Gleichberechtigung und für gleiche Rechte von queeren Menschen einsetzt, konnte während der Pandemie nicht wie gewohnt gemeinsame Aktionen durchführen. Sie war dadurch weniger sichtbar und konnte nicht wie zuvor für die Interessen und die Bedürfnisse queerer Menschen eintreten. Fest steht: Wir brauchen eine starke queere Bewegung jetzt und in Zukunft.

Mit der Ehe für alle und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Oktober 2017, einen weiteren positiven Geschlechtseintrag im Personenstandsrecht zu ermöglichen, sind zwei bahnbrechende Neuerungen erreicht worden, trotzdem bedarf es politisch und gesellschaftlich noch weiterer Veränderungen für die Akzeptanz vielfältiger sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten. Es gibt noch jede Menge zu tun, bis queere Menschen gleichberechtigt sind und nicht mehr wegen ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität diskriminiert werden. Das Ziel dieser Landesregierung ist daher, die Lebenssituation von Menschen mit diversen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten weiter zu verbessern und bestehende Diskriminierungen abzubauen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in der aktuellen Legislaturperiode im Rahmen des Aktionsplans „Echte Vielfalt“ eine ganze Reihe wichtiger Vorhaben umsetzen können. So haben wir die Förderung der Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte und der beratenden Vereine in Schleswig-Holstein erhöhen können. Die Angebote konnten dadurch professionalisiert und verbessert werden. Die Vereine haben zum Beispiel die Möglichkeit, aktiv an kommunalen Arbeitskreisen mitzuwirken und können dort die Themen der Community vertreten und weitere Angebote für diese schaffen. Sie können somit noch mehr Menschen erreichen und auch für ihre jeweiligen Vorhaben gewinnen. Politik ist und bleibt hier in der Pflicht, solche Angebote zu unterstützen. Positiv ist dabei, dass auch die Polizei Schleswig-Holsteins beispielsweise weitere Unterstützungsangebote für die Community etabliert hat. Das ist vor allem deswegen wichtig, um möglichen Diskriminierungen schon frühzeitig entgegenzuwirken.

Der Aktionsplan lebt vom ehrenamtlichen Engagement, insbesondere vom ehrenamtlichen Engagement der Community selbst. Immer mehr Menschen, die sich zur Community zählen und bekennen, bringen sich ehrenamtlich ein. In diesem Zu-

sammenhang hat die Community auch während der Pandemie pragmatische Lösungen gefunden und Vernetzungstreffen beispielsweise digital organisiert. Die Engagierten tragen zum Abbau von Vorurteilen und zum Abbau von Diskriminierung bei und verleihen dem Engagement der Community damit weiter Rückenwind. Damit möchte ich meinen ganz herzlichen Dank an all diejenigen Menschen verbinden, die sich genau für solche Angebote einsetzen und diese Angebote auch während der Pandemie aufrechterhalten haben.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Für die Akzeptanz und das Bewusstsein vielfältiger sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten sind entsprechend ausgestaltete Bildungsangebote von zentraler Bedeutung. Auch hier sind wir in den vergangenen Jahren weitergekommen. So werden unterschiedliche geschlechtliche Identitäten und sexuelle Orientierungen in Kindertagesstätten und Schulen wertneutral als das vermittelt, was sie sind, nämlich selbstverständliche Lebensweisen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Birte Pauls [SPD])

Der Bericht zum Aktionsplan „Echte Vielfalt“ verdeutlicht, dass das Thema LSBTIQ* in Politik und Verwaltung weiterbewegt wurde. Als wichtiger Bestandteil des Aktionsplans ist das Bündnis für Akzeptanz und Respekt weiter gewachsen. So sind nicht nur Kommunen dazugekommen, sondern im Oktober des vergangenen Jahres auch der Kirchenkreis Dithmarschen, der die Lübecker Erklärung offiziell unterzeichnet hat und damit Teil des Bündnisses geworden ist.

Der erste evangelische Kirchenkreis in Schleswig-Holstein hat sich damit offiziell zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt bekannt. Das ist ein wahrer Meilenstein, weil damit eine wichtige gesellschaftliche Institution für das Bündnis gewonnen werden konnte.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage an dieser Stelle wirklich herzlichen Dank. Das ist leider in diesen Zeiten alles andere als selbstverständlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Landesregierung arbeitet weiter für ein offenes Schleswig-Holstein. Ich sage an der Stelle im Übrigen: Ich weiß, dass alle Demokratinnen und Demokraten hier das mittragen; denn wir haben diesen Beschluss zur Etablierung 2014 einstimmig gefasst.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Wir arbeiten weiter für ein offenes Schleswig-Holstein, in dem ein Klima der gegenseitigen Wertschätzung und des Respekts herrscht. Daher wollen wir den Landesaktionsplan fortschreiben, um die bisher erreichten Verbesserungen für die Community und in der Antidiskriminierungsarbeit in Schleswig-Holstein weiter auszubauen.

Abschließend möchte ich mich bei der Community selbst und bei allen bedanken, die sich seit Jahren und im Übrigen viele seit Jahrzehnten unermüdlich für Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung, gegen Rassismus, Diskriminierung, Menschenverachtung und Menschenfeindlichkeit einsetzen. An euch alle einen herzlichen Dank. Ohne euch wären wir längst nicht da, wo wir heute sind. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit um 2 Minuten erweitert. Diese zusätzliche Redezeit steht nun allen Fraktionen ebenfalls zu.

Für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Lembke, schön, dass Sie dabei sind und sehen, was wir hier so machen. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit. Herzlichen Dank auch dem Minister und an das Ministerium für die Erstellung dieses Berichts, denn er bringt uns weiter. Jeder Mensch ist einzigartig. Genau das sorgt für eine vielfältige und bunte Gesellschaft.

„Echte Vielfalt“ ist das Motto des Aktionsplans. Es geht um die Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten. Im Rahmen des Aktionsplans schafft das Land Schleswig-Holstein die Möglichkeit zu Veranstaltungen und Projekten rund um das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

Warum ist das Thema so wichtig? - Das haben wir eben schon von Minister Garg gehört: Es ist so wichtig, weil es um so vieles geht - Rechte, Freiheiten, Gleichberechtigung und Sichtbarkeit. LGBTIQ*, das sind Lesben, Schwule, bisexuelle, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen, sprich: alle Menschen und alle Formen der sexuellen Vielfalt sind damit angesprochen.

Der Aktionsplan zeigt uns, was wir in dieser Legislaturperiode bereits alles erreicht haben. Darauf können wir stolz sein.

Zum Beispiel ist das Themenfeld LGBTIQ* durch Maßnahmen des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung ein fester Bestandteil in der Aus- und Fortbildung bei der Landespolizei Schleswig-Holstein geworden. Da steht das Thema Sensibilisierung wirklich vorne an; das Erkennen und Erfassen von Hasskriminalität ist im Fokus. Ein weiteres Beispiel ist das Webportal „Echte Vielfalt“. Es ist letztes Jahr online gegangen; es ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Vielen Dank. - Man kann sich über dieses Portal zu unterschiedlichen Inhalten und Veranstaltungen mit queerem Bezug informieren. Dadurch schafft man Sichtbarkeit, und die ist so wichtig.

Aber auch ganz praktische Formen wurden in dieser Legislaturperiode umgesetzt. Auch die finanzielle Ausstattung von HAKI e. V. und der Beratungsstelle NaSowas von lambda::nord e. V. haben wir erhöht, sodass sie bessere Büroräume haben, eine bessere Ausstattung an Arbeitskräften, an Mitarbeitern - hauptamtliche Mitarbeiter. Das hilft konkret.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei möchte ich mich ganz herzlich bei den Vereinen bedanken, die die Umsetzung und die Projekte des Aktionsplans unterstützt und gefördert haben. Mehrheitlich sind dort trotzdem ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, die sich freiwillig in ihrer Freizeit engagieren. Dies ist wirklich zu begrüßen. Über dieses ehrenamtliche Engagement freuen wir uns wirklich sehr.

Ich möchte noch einmal ganz deutlich betonen: Toleranz und Akzeptanz sind für das gesellschaftliche Zusammenleben von enormer Tragweite. Es darf einfach nicht sein, dass ein Coming-out teils noch immer ein emotional sehr schmerzhaftes Erlebnis ist und viele davor Angst haben oder dass diverse sexuelle Identitäten eine diskriminierende Ausgrenzung erleben müssen. Daher sind auch Sensibilisierung für dieses Thema und die Sichtbarkeit dieses Themas wirklich so wichtig.

Den Menschen in unserer Gesellschaft müssen wir vermitteln und deutlich machen, dass solche abwertenden Verhaltensweisen absolut inakzeptabel sind. Ebenso muss dafür gesorgt werden, dass Vorurteile und alle Arten von Feindlichkeit bekämpft werden. Durch Sichtbarmachung kann Akzeptanz geschaffen werden. Das sollte auch weiterhin unser aller Bestreben sein.

(Katja Rathje-Hoffmann)

Das erstrebenswerteste Ziel des Aktionsplans „Echte Vielfalt“ ist die Gleichbehandlung und Gleichstellung aller Menschen, egal ob sie lesbisch, schwul, bisexuell, trans, queer oder alles Mögliche sind. Man kann schon sagen, dass wir es geschafft haben, in dieser Legislaturperiode diesem Ziel näherzukommen, aber es gibt immer noch einiges zu tun. Wir sind noch lange nicht am Ende angelangt.

Wir wollen, dass jede und jeder gewaltfrei und ohne Diskriminierung ihr oder sein Coming-out bekannt machen kann und lieben kann, wen er oder sie lieben möchte. Jeder und jeder darf frei entscheiden, frei leben.

Diversität und Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten sind nicht verhandelbar. Deswegen freuen wir uns, dass der Aktionsplan fortgeschrieben wird. - Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Özlem Ünsal.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz herzlich Daniel Lembke-Peters von der Geschäftsstelle Echte Vielfalt begrüßen. Herzlich willkommen!

Letztes Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, erweckte die Initiative #ActOut die öffentliche Aufmerksamkeit - wer das von Ihnen verfolgt hat, kann das sicherlich einordnen -, in der sich 185 Schauspielerinnen und Schauspieler in ihrem Manifest als lesbisch, schwul, bisexuell, queer, nichtbinär oder trans geoutet haben.

Am 24. Januar dieses Jahres wagten 125 Mitarbeitende der katholischen Kirche den Weg in die Öffentlichkeit, um ein offenes und angstfreies Leben und die Änderung des kirchlichen Arbeitsrechts einzufordern. Diese beiden Beispiele zeigen exemplarisch für das gemeinsame Ziel der Betroffenen: Es geht um den Wunsch nach Sichtbarkeit, nach Anerkennung und Akzeptanz.

Wir wissen nämlich, dass trotz offener und fortschrittlicher Gesellschaft - wie wir uns sicherlich alle gemeinsam definieren - Diskriminierung und Ausgrenzung für viele dieser Menschen nach wie vor Alltag sind und auf der Tagesordnung stehen. Es ist Zeit, dass wir diese gesellschaftlichen Raster

an die Lebensrealitäten anpassen. Echte Vielfalt lässt sich nun einmal nicht in enge, kleinen Schubladen voller Klischees und Vorurteile einsortieren.

Unser Bundesland - das haben wir gerade gehört - ist ein selbstbewusstes, weltoffenes und vielfältiges Bundesland. Darauf sind wir sicherlich alle gemeinsam stolz. Diese Vielfalt, die der Minister zu Recht anspricht, drückt sich bereits in der Geschichte unseres Landes, bei den Menschen und in den vielfältigen Lebensweisen aus, die wir an unterschiedlicher Stelle sicherlich erleben und miterleben dürfen. Das macht Schleswig-Holstein für mich, für viele von uns, so lebens- und liebenswert und schafft ein echtes Wirgefühl im schönsten Bundesland der Welt. Nicht umsonst gehören wir zu den glücklichsten Menschen unserer Republik. Das soll natürlich so bleiben.

(Beifall SPD)

Deshalb müssen wir gemeinsam auch zukünftig dafür Sorge tragen, dass Menschen unabhängig von Herkunft, Glauben, Handicaps, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität und vor allem auch sozialem Status in unserem Bundesland ohne Angst und vor allem in Würde leben können.

Vielfalt ist eine Stärke; da bin ich ganz beim Minister. Aber diese Stärke muss man erkennen, ausgestalten und vor allem fördern. Sie setzt vor allem auch Anerkennung, Toleranz und Respekt voraus. Ein gesellschaftliches Klima für dieses Miteinander zu schaffen, ist unsere gemeinsame landespolitische Aufgabe. Die wollen wir. Die wollen wir auch gestalten, und die wollen wir auch fördern. Das haben wir an unterschiedlichsten Stellen bereits getan.

Ich starte noch einen kleinen Rückblick, wenn Sie mir das erlauben, weil das sicherlich auch ein bisschen zu dem heutigen Aktionsplan führt. Bereits im Juli 2014 gab es unter der Küstenkoalition im Landeshaus die Auftaktveranstaltung zu diesem Aktionsplan unter der damaligen Sozialministerin Kristin Alheit.

Begleitet wurde dieser Auftakt - das hat mir sehr imponiert, auch wenn ich damals noch nicht hier saß - von einem beeindruckenden Vortrag von Professor Bernd Simon von der CAU, den er sehr differenziert über gegenseitigen Respekt in einer pluralistischen Gesellschaft gehalten hat; das war sehr einprägsam.

Am 31. Mai und am 16. August 2017 folgten die großen Christopher-Street-Day-Feste in Kiel und Lübeck. Sie gaben einer breiten Öffentlichkeit Gelegenheit, Vielfalt wahrzunehmen, Fragen zu stel-

(Özlem Ünsal)

len, sich für den Aktionsplan einzubringen und die Vielfalt der Lebensformen nicht nur zu hinterfragen, sondern sich damit auseinanderzusetzen.

So setzt sich diese wertvolle Arbeit bis heute mit den beteiligten Personen und Institutionen engagiert fort. Diese Arbeit wird vor allem von Ehrenamtlichen getragen. Sie übernehmen in ihrer Freizeit Verantwortung, sensibilisieren die Öffentlichkeit und schaffen es, Menschen, die besondere Erfahrungen in der Öffentlichkeit, aber auch im privaten Bereich erleben, zu empowern und darin zu stärken, Ängste und Auseinandersetzungen zu überwinden.

Die Geschäftsstelle und wichtige Projektpartnerinnen und Projektpartner - wir haben gerade von ihnen gehört: die Antidiskriminierungsstelle des Landes, der Evangelisch-Lutherische Kirchenkreis Altholstein, der Antidiskriminierungsverband Zebra oder auch die Ansprechstelle LSBTIQ* der Polizei - ergänzen das Engagement in vielfältiger Weise. Dafür möchte ich mich im Namen der SPD ebenfalls ganz herzlich bedanken. Wir wissen um den Wert dieser Arbeit für unser Bundesland.

(Beifall SPD und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Danken möchte ich natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialministerium für den vorliegenden Bericht; darin steckt wirklich eine Menge Arbeit. Ich begrüße ausdrücklich, dass das, was in der Küstenkoalition begonnen wurde, in dieser Legislaturperiode fortgeschrieben wird. Wie in anderen Diversitätsfeldern, die wir hier ebenfalls diskutieren, sehen wir auch hier weiter Handlungsbedarf, es gibt noch politische Hausaufgaben.

Ich möchte ein paar Punkte nennen, bei denen es Sinn macht dranzubleiben. Insbesondere die Opferberatungsstrukturen, die Implementierung von Lehrinhalten in die Curriculae der Polizeischule sowie der Beitritt der Eutiner Polizeischule zum Netzwerk der Courage-Schulen waren und sind wichtige Schritte, ergänzt um die Punkte, die der Minister angeführt hat. Sie sind auch die Grundlage des Auftrags des Landtags aus dem Jahr 2014. Auch in den Angeboten der Kitas und Schulen werden inzwischen geschlechtliche Identität und Orientierung als Lebensweisen vermittelt und wertneutral dargestellt. Auch das haben wir gerade gehört.

Der uns aktuell vorliegende Aktionsplan ist ein gutes Maßnahmenpaket und bildet eine gute Bandbreite der vernetzten Arbeit ab. Dennoch merken wir mit Bezug auf die Studie, die die Diskriminierungserfahrungen abbildet, dass da noch ein bisschen Luft nach oben ist, dass es da noch weitere

Handlungsfelder gibt. Hierzu wurden explizit sieben Bereiche genannt. Da muss man dranbleiben, um das zukünftig weiter auszugestalten und den Bedarfen entsprechend zu formulieren.

Als Fazit sage ich, dass die Antidiskriminierungsarbeit auch künftig eine Rolle spielen muss, wie in anderen Bereichen auch. Das darf nicht aus den Augen verloren werden. Aufklärung funktioniert nur, wenn sie ernsthaft und unter breiter Beteiligung stattfindet. Das ist unsere Aufgabe.

Die Herstellung der sozialen und gesellschaftlichen Akzeptanz echter Vielfalt ist und bleibt politischer Auftrag und unsere Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft. Dessen wollen wir uns als SPD gern annehmen. - Mit diesen Sätzen möchte ich meine Rede beenden und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Faktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Abgeordneten Aminata Touré das Wort.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Daniel Lembke-Peters von der Geschäftsstelle! Lieber Heiner Garg, vielen Dank für den Bericht, aber auch für Ihre politische Arbeit in diesem Bereich.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Wir haben in Schleswig-Holstein den Anspruch, eine offene, vielfältige und gleichberechtigte Gesellschaft zu sein. Ein Baustein hierfür ist der Aktionsplan „Echte Vielfalt“. Diesen gibt es bereits seit der Küstenkoalition, und wir haben ihn in der Jamaika-Koalition fortgeführt und erweitert. Wir haben den Mittelansatz verdoppelt und für 2021 und 2022 weiter aufgestockt. Jahr für Jahr fließen die Landesmittel vollständig in sehr gute Projekte ab, für mehr Information und Sensibilisierung, bessere Sichtbarkeit, Aufklärung, Empowerment und Solidarität für queere Menschen, aber auch für den Rest der Gesellschaft.

Die queere Community stellt mit diesem Geld ganz schön viel auf die Beine: Theater, Ausstellungen, Filmfestivals, CSD, Rainbow Days, Bücher, Broschüren, Lehr- und Lernmaterial, Themenwochen, Runde Tische, Workshops und vieles mehr. Der Aktionsplan läuft gut, und er wird auch in der nächsten

(Aminata Touré)

Legislatur weiterlaufen; zumindest ist das der politische Anspruch, den wir formulieren.

Der Aktionsplan ist längst nicht alles, was wir für eine offene, vielfältige und gleichberechtigte Gesellschaft tun. Die Förderung von HAKI, von Na-Sowas, von lambda:nord und dem SCHLAU-Projekt haben wir schrittweise erhöht. Ziel ist nicht nur, die Arbeitsfähigkeit sicherzustellen, sondern auch dem erhöhten Bedarf gerecht zu werden.

Wir unterstützen Angebote für queere Refugees, für Transpersonen und intersexuelle Menschen aus Landesmitteln. Auch mit dem Haushalt 2022 haben wir noch einmal eine Schippe draufgelegt und die Landesförderung erhöht. Jamaika hat den Aktionsplan mit einer eigenen Geschäftsstelle unterfüttert. Die LSBTIQ*-Ansprechstelle bei der Landespolizei macht einen guten Job, und die Antidiskriminierungsbeauftragte ist eine wichtige Adresse für queere Menschen.

Wir haben eine Menge vorzuweisen, aber es bleibt Luft nach oben. Wir als Grüne sind der Meinung, dass es weitergehen muss. Wir sind dazu im engen Austausch mit der queeren Community. Mehr geht, und mehr ist richtig: mehr Fort- und Weiterbildungen in Schule, Kita oder Jugendarbeit, eine intensivere Auseinandersetzung mit queeren Menschen mit Behinderung oder im Alter oder beim Thema Sport und Justiz.

Abschließend möchte ich Folgendes sagen: LSBTIQ* ist keine bloße Aneinanderreihung von Buchstaben, dahinter stecken Menschen, schwul, lesbisch, bi- oder asexuell, Mann, Frau, nichtbinär, trans, inter oder queer.

Für einige mag die Auseinandersetzung mit queerpolitischen Themen neu sein. Die eine oder andere Person wird sich die Frage stellen, ob es überhaupt viele Menschen betrifft und wie hoch die Relevanz gesamtgesellschaftlich sein mag. Es hat schon immer queere Menschen in unserer Gesellschaft gegeben. Wie sichtbar und frei sie leben konnten, hing und hängt aber auch heute immer noch davon ab, wie freiheitlich und fortschrittlich eine Gesellschaft ist.

Auch heute, auch in Deutschland, auch in Schleswig-Holstein erfahren Menschen übelste Anfeindungen und Diskriminierung aufgrund der Tatsache, wer sie sind oder wen sie lieben.

Lassen Sie uns nicht den Fehler machen, nur weil es möglicherweise für einen ganz persönlich kein Problem ist oder man sich als offen oder tolerant versteht, zu glauben, dass Menschen keine negati-

ven Erfahrungen machen! Es gibt kaum eine Diskussion, die ich gerade mit jungen Menschen in Schleswig-Holstein führe, bei der es nicht darum geht, sich für die Rechte von queeren Menschen einzusetzen. Dieses Thema hat für viele junge Menschen eine große Bedeutung, und das ist gut und richtig so.

Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam als Parlament dafür sorgen, dass jede Person nach Ihrer Façon leben kann, indem wir Mittel für queere Themen bereitstellen und uns politisch klar positionieren! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich zunächst dem Sozialministerium für den Bericht und die Koordinierung und Umsetzung des Programms „Echte Vielfalt“ in den vergangenen Jahren danken. Es ist ein großes gesellschaftliches Anliegen, die Belange der LGBTIQ*-Community voranzutreiben und durch Aufklärungskampagnen Diskriminierung entgegenzuwirken und präventiv zu bekämpfen.

Dieser gesamtgesellschaftliche Ansatz wird auch beim Lesen des Berichts schnell deutlich, da ressortübergreifend Projekte und strukturelle Rahmenbedingungen umgesetzt wurden. Daher weite ich den Dank auf die gesamte Landesregierung und die gesamte Landesverwaltung aus. Vielen Dank dafür!

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] und Wolfgang Baasch [SPD])

Der Aktionsplan hat zwei große Stoßrichtungen. Zum einen soll die LGBTQ*-Community selbst gestärkt werden, indem Beratungs- und Unterstützungsleistungen ausgebaut werden, aber auch bekannter gemacht werden. Zum anderen soll die breite Öffentlichkeit generell für das Thema sensibilisiert werden.

Die Ergebnisse einer Befragung aus dem Jahr 2019 zeigen, dass die Kampagne und Wortmarke „Echte Vielfalt“ dazu geführt hat, dass diese beiden Stoßrichtungen erreicht wurden und die allgemeine Bekanntheit und Akzeptanz in unserem Land steigt. Darauf können alle Akteure stolz sein. Ich möchte

(Dennys Bornhöft)

mich im Namen meiner Fraktion bei Ihnen, Herr Daniel Lembke-Peters, und bei Ihrer Geschäftsstelle für Ihre Arbeit bedanken.

(Beifall FDP)

Die Landesregierung hat sowohl in die Ausbildung der eigenen Nachwuchskräfte als auch in den Fortbildungsbereich der eigenen Mitarbeiter Sensibilisierungsmaßnahmen integriert. So werden an der Polizeischule gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch mit Blick auf Sexismus und Identität betrachtet und den Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen beispielsweise Präventionsarbeit bezüglich Homophobie angeboten. Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch die Sensibilität in den eigenen Strukturen in den Fokus genommen wurde.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Es wurde schon erwähnt: Das Schulaufklärungsprogramm SCHLAU ist wirklich ausgezeichnet und hervorzuheben. Es wird von den Vereinen HAKI und lambda:nord betrieben und vom Land finanziell gefördert.

Es ist in diesem Fall in unserem besonderen Interesse, die Aufklärungsarbeit bereits frühzeitig zu unterstützen, um jungen Menschen in den Phasen des Erwachsenwerdens Sicherheit in der Entwicklung und auch in ihrer individuellen sexuellen Identität zu geben. Hierbei geht es um Informieren und nicht um Belehren, wie es die Kritik mitunter versucht, bei diesem Thema zu framen.

Jugendliche in der Pubertät sind in einer besonders sensiblen Phase des Lebens, in der sowohl Charakter als auch persönliche Neigungen geprägt werden, wo körperlich viel passiert, aber auch seelisch viel schwankend verläuft. Ich denke, dass viele von uns diese Phasen auch aus ihrem eigenen Leben kennen. Zuhören und - wenn erbeten - Ratschläge und Information geben, ist hier der richtige Ansatz, nicht maßregeln, was vermeintlich gut oder schlecht ist.

Rechtlich als auch gesellschaftlich haben wir noch Aufgaben zu erledigen, schließlich sind Diskriminierung und Anfeindungen für Mitglieder der Queer-Community nach wie vor leider Teil ihres Lebens, nicht nur auf offener Straße, sondern auch auf der Arbeit, sogar selbst im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Da ist es nur logisch, dass auch wir als Landespolitik die Christopher Street Days in Kiel oder Lübeck unterstützen. Es ist ebenso logisch, dass wir Workshops und Community-Treffen fördern.

Jedoch müssen wir auch bedenken, dass ein Aktionsplan auf Landesebene allein natürlich nicht ausreichen kann. Es muss in unser aller Interesse sein, dass weitere Diskriminierungen abgebaut werden, beispielsweise durch die längst überfällige Novellierung des Transsexuellengesetzes. Hier ist der Bundesgesetzgeber gefragt, neue Weichen zu stellen. Die Politik muss ihre Hausaufgaben im Sinne des Individuums und der liberalen Lebensführung machen.

(Beifall FDP)

- Ja, er hat liberal gesagt!

Es ist unsere Pflicht, die Anliegen von Menschen, die in unserem Bundesland leben, wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Manchen muss ich leider sagen: Man muss Lebensrealitäten wahrnehmen, auch beziehungsweise insbesondere, wenn es nicht die eigene Lebensrealität ist. Das werden wir als FDP-Fraktion, als Liberale auch über diese Legislaturperiode hinaus tun und unterstützen.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir Freie Demokraten werden weitere Maßnahmen fördern und positiv angehen, sowohl in der Jamaika-Koalition als auch in der nächsten Legislaturperiode. Es ist unsere Aufgabe als Parlamentarier, Akzeptanz für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zu fördern und ihre Arbeit zu unterstützen. Von daher danke ich dem Sozialministerium noch einmal für die Umsetzung der hier über Ressortgrenzen hinweg und überparteilich ausgearbeiteten Programme zur Stärkung der Vielfalt in unserem Land. Ich danke insbesondere abschließend den Beratungsstellen, die der Community mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat deren Vorsitzende, der Abgeordnete Lars Harms, das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht zum Aktionsplan zeigt Fortschritte. Da kann man wirklich sagen: gut gemacht! Die Arbeit, die viele Initiativen machen - zum größten Teil im Ehrenamt - ist bewundernswert. Auch

(Lars Harms)

die Angebote zur Fortbildung im Schul- und Polizeidienst sind richtig.

Bei näherem Hinsehen allerdings zeigt der Bericht zum Aktionsplan einige Schwächen. Zu allererst ist da die niedrige Fördersumme, die dann auch noch in Kleckerbeträgen in viele einzelne Projekte ausbezahlt wurde. Der monetäre Stellenwert muss dringend angepasst werden. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Ich weiß, dass viele Initiativen mit viel Herzblut und Selbstausschöpfung zu Werke gehen. Deshalb dürfte es nach unserer Ansicht schon ein bisschen mehr als eine symbolische Finanzierung sein.

371 € zum Beispiel war der Zuschuss für eine Postkartenaktion im Jahr 2017. Das sind wohl weniger als 1.000 Karten. Für eine landesweite Aktion ist das äußerst sparsam. Außerdem fällt auf, dass nicht immer die gesamten Mittel eingesetzt wurden. Wo liegt das Problem? Sind es die Antragswege, die zu kompliziert sind, oder sind es die fehlenden Ressourcen bei den Initiativen? Dann müssten wir sie dort unterstützen. Da bräuchten wir alle mehr Infos über die Verfahren, damit wir möglicherweise noch nachsteuern können.

Ein weiteres Problem ist die Evaluierung. Wenn ich den Bericht richtig verstehe, ist die Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft ein zentrales Ziel. Peilen wir mal über den Daumen, dass es sich bei der Mehrheitsbevölkerung in Schleswig-Holstein um 2 Millionen bis 2,5 Millionen Menschen handelt: Da kann sich die Sensibilisierung nicht in Einzelaktionen erschöpfen. Mit einer einzelnen Podiumsdiskussion ist es dann keineswegs getan, vor allem, weil zu einer solchen Diskussion erfahrungsgemäß sowieso vor allem Leute gehen, denen das Thema bereits vertraut ist. Der Aktionsplan kann sich aber nicht darin erschöpfen, die Überzeugten zu überzeugen. Wir benötigen breiter angelegte Maßnahmen.

Die Landesregierung verspricht zwar Evaluierung, meint aber vor allem statistische Aufzählungen. Es geht nicht darum, wie viele Menschen welche Veranstaltung besucht haben, sondern ob die Veranstaltungen ihre Ziele erreicht haben. Das ist das eigentlich Entscheidende, das ich als Landtagsabgeordneter wissen will, wenn wir später Mittel zur Verfügung stellen und Sachen unterstützen sollen. Da ist es einfach wichtig zu wissen, ob sie Erfolg gehabt haben und ob die Maßnahmen erfolgversprechend sind. Ich würde mich deshalb freuen, wenn die nächsten Berichte in diesem Punkt etwas genauer sind.

Mein größter Kritikpunkt bleibt allerdings die Diskrepanz zwischen den Ankündigungen und dem tatsächlichen Haushaltsansatz. Die Landesregierung weiß natürlich darum und peppt deswegen auch den Aktionsplan etwas auf. Es ist eigentlich ein bisschen peinlich, wenn zum Beispiel behauptet wird, dass Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz in der Staatskanzlei - es geht darum, andere Völkern kennenzulernen - auch irgendetwas mit sexuellen Identitäten oder Orientierungen zu tun hätten. Das sind völlig unterschiedliche Sachen. Da kann es natürlich im Einzelfall auch einmal Überschneidungen geben. Man sollte aber vorsichtig damit sein, immer alles in einen Topf zu werfen. Das wird auch den einzelnen Initiativen, den einzelnen Orientierungen nicht gerecht.

Dass nur ein Haus überhaupt die Verwendung des Gendersternchens angibt - und das auch nur in, ich zitiere, „geeignetem Schriftgut“, was auch immer das ist -, ist ein Armutszeugnis. Wenn die Landesregierung das Sternchen ablehnt, was ihr gutes Recht ist, soll sie das schreiben, aber nicht ein einziges Ministerium vorschicken. Warum eigentlich stellt der Ministerpräsident der Landesregierung die Verwendung des Gendersternchens nicht frei, nach dem Motto „keine muss, aber jeder kann“? Das wäre eine echte politische Botschaft.

(Beifall SSW)

Unsere Gesellschaft profitiert von der Vielfalt. Diese Erkenntnis muss ich als Angehöriger einer Minderheit allerdings immer wiederholen. Das nervt. Wohlgemeinte Hilfsangebote nerven allerdings auch. Vielfalt erscheint manch Ewiggestrigem als Problem, weil es früher ja so etwas eigentlich gar nicht gab. Das ist sachlich falsch. Die Sichtbarkeit war nicht gegeben. Vergessen wir nicht, dass Homosexualität lange eine Straftat war. Wir haben sie nicht gesehen, viele haben sie auch nicht sehen wollen. Diese Vielfalt war schon immer da, spielte sich aber im Verborgenen ab. Wir können froh sein, dass das jetzt nicht mehr so ist. Wir müssen daran arbeiten, dass die Vielfalt, die wir haben, etwas völlig Normales ist.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist Vielfalt auch eine Chance. Eine möglichst bunte Vielfalt in Schulen, Betrieben und Vereinen hat große Vorteile. Genauso sollten wir Vielfalt auch kommunizieren, und zwar wir alle.

Eines ist mir ganz wichtig - es ist ja heute anscheinend noch nicht angesprochen worden -: Ich finde es zutiefst beschämend, wenn Menschen ihre eige-

(Lars Harms)

ne sexuelle Identität abgesprochen wird. Das kann nicht sein. Jeder hat sein eigenes persönliches Recht, so zu sein, wie er oder sie oder wer auch immer es will. Das muss ganz klar sein, und das muss der verbindende Kitt unserer Gesellschaft sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/3474, zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so erfolgt.

Ich bitte die Kollegen, die rechts von mir sitzen, noch einmal zu überprüfen, ob die Maske richtig sitzt. Besten Dank. - Herr Schnurrbusch, ich meine Sie.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der Digitalisierung und Bereitstellung von offenen Daten und zur Ermöglichung des Einsatzes von datengetriebenen Informationstechnologien in der Verwaltung (Digitalisierungsgesetz)

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/3267

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschusses
Drucksache 19/3635 (neu)

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschusses, dem Abgeordneten Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den Vortrag. - Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir in zweiter Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Digitalisierung und Bereitstellung von offenen Daten und zur Ermöglichung des Einsatzes von datengetriebenen Informationstechnologien in der Verwaltung. Langer Name, aber klare Botschaft: Wir digitalisieren Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Transformation von der analogen zu einer digitalen Welt ist allgegenwärtig. Ob wir es wollen oder nicht, es gibt keinen Weg zurück mehr. Kein Lebensbereich bleibt unberührt. Das gilt auch für die Verwaltung im Land. Ein Gesetz allein macht natürlich noch keine Digitalisierung, aber mit diesem Gesetz setzen wir Maßstäbe und legen Voraussetzungen für die Verwaltungen fest, sich an die aktuellen Anforderungen der neuen digitalen Welt anzupassen. Der sprichwörtliche Gang ins Amt kann bald entfallen. Teilweise kann er es jetzt schon, weil jede Leistung zukünftig von zu Hause aus erledigt werden kann; sei es die Beantragung eines Führerscheins oder eines Angelscheins, die Kfz-Zulassung oder die Einreichung eines Bauantrags.

Zudem werden wir die offene Bereitstellung von Daten der öffentlichen Hand ausbauen und einen Ordnungsrahmen für den Einsatz künstlicher Intelligenz - KI - und vergleichbarer Technologien in der Landesverwaltung schaffen. Wir machen Digitalpolitik aus einem Guss, das wurde insbesondere in der Anhörung deutlich.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir gehen hier den richtigen Weg. Viele positive Rückmeldungen haben wir bekommen, aber auch Hinweise, das eine oder andere anzupassen, was wir mit unserem Jamaika-Änderungsantrag machen. Zum Beispiel werden wir in einigen Punkten Landesrecht an Bundesrecht anpassen oder auch das Planungsrecht anpassen und natürlich auch Einwendungsfristen bei Erstausslegung verkürzen, sodass das im Gesamtbereich besser passt.

Damit der digitale Start tatsächlich gelebt werden kann, muss das Landesrecht an vielen weiteren Stellen angepasst werden. Es müssten überall Digitalisierungshemmnisse abgebaut werden.

(Unruhe)

Es müssen Schriftformerfordernisse abgebaut werden. Es geht um die Einführung von Standards wie

(Ole-Christopher Plambeck)

bei der IT-Sicherheit, und es geht natürlich darum, und das ist uns wichtig, dass Daten öffentlich zugänglich sind und dass künstlicher Intelligenz ein entsprechender Rahmen gesetzt wird, was wir auch mit diesem Gesetz machen.

Hierfür schaffen wir mit dem Digitalisierungsgesetz die Voraussetzungen und passen weitere Gesetze an, wie zum Beispiel das Landesverwaltungsgesetz, das Landesfischereigesetz, das Vermessungs- und Katastergesetz und viele andere. Daran sieht man: Um das große Ganze in dem Bereich zu erreichen, nämlich die Gestaltung der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche, muss die Modernisierung von Verwaltungsprozessen bis ins kleinste Detail gestaltet werden, denn einer der zentralen Erfolgsfaktoren bei der digitalen Transformation in Schleswig-Holstein ist die digitale Aufstellung von Prozessen in der Verwaltung. Da kann man ganz klar sagen: Hier machen wir mit diesem Gesetz einen ganz großen Schritt nach vorn.

(Anhaltende Unruhe)

Dieses Gesetz ist also ein Fortschritt im Land und auch ein großer Kraftakt. Deswegen möchte ich mich insbesondere bei der Landesregierung, beim MELUND, aber auch bei meinen Koalitionskollegen Stephan Holowaty und Joschka Knuth für die Beratung bedanken. Namentlich danke ich in der Verwaltung auch Herrn Karg und Herrn Thomsen, die sehr viel geleistet haben. Natürlich bedanke ich mich auch für die vielen Hinweise aus der Anhörung, die zu diesem Gesetz beigetragen haben, sodass wir das hier heute in zweiter Lesung abstimmen. Deswegen bitte ich um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kollegen, es ist sehr laut. Vielleicht können wir die Geräuschkulisse ein kleines bisschen runterfahren oder die Gespräche außerhalb des Plenarsaals führen? - Besten Dank.

Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt dem Abgeordneten Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landtagswahl steht vor der Tür, und Jamaika hat offenbar die Regierungswerbewochen ausgerufen.

(Beifall SPD - Serpil Midyatli [SPD]: Glückwunsch!)

Wie sonst ist es zu erklären, dass wir noch einmal zum Gesetz reden und der Minister eine weitere PK macht, obwohl das Gesetz im Ausschuss ohne Gegenstimmen zur Annahme empfohlen wurde?

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich verlasse mich allerdings nicht auf Werbung, sondern teste die Produkte auch gern selbst. Ich rede jetzt auch darüber. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin laut dpa-Meldung aus dem Werbespot beziehungsweise der Pressekonferenz:

„Unabhängig von Öffnungszeiten von Behörden ist es bereits möglich, Anträge auf Wohngeld online zu stellen. Gleiches gilt für Unterhaltsvorschüsse, Kinder- und Elterngeld sowie die sogenannte Eingliederungshilfe für Minderjährige. Auch Anträge für einen Angelschein lassen sich bereits online stellen.“

(Dennys Bornhöft [FDP]: Endlich, das war harte Arbeit!)

Es ist also bereits möglich. Dann probiere ich das gleich mal aus, habe ich mir gedacht. Zunächst einmal das Kindergeld. Merkwürdig, das findet sich ja gar nicht im Serviceportal des Landes.

(Zurufe SPD)

Klar kann man Kindergeld online beantragen, aber halt über die Webseite der Familienkasse, die zur Bundesagentur für Arbeit gehört, und das bereits seit drei Jahren.

(Beifall SPD - Serpil Midyatli [SPD]: Ja-wohl!)

Sollte Minister Albrecht sich hier etwa mit den fremden Federn von Hubertus Heil geschmückt haben?

(Zurufe SPD: Nein!)

Na, okay, das war bestimmt nur eine kleine Mogelei, halb so wild. Irgendwie muss man ja eine Bilanz zusammenstückeln. Gucken wir also mal beim Elterngeld. Wieder nichts auf dem Landesportal, aber auf der Webseite des Landesamtes für soziale Dienste. Hier wird auf das Onlineangebot des Bundesfamilienministeriums verwiesen, wo das ein Leitprojekt gewesen ist.

Damit man gleich weiß, woran man ist, sind die folgenden Erläuterungen unseres Landesamtes direkt

(Dr. Kai Dolgner)

darunter - mit dem muss man da nämlich zusammenarbeiten -:

„Der Antrag kann aktuell noch nicht online an das Landesamt für soziale Dienste gesandt werden, sondern muss ausgedruckt und unterschrieben per Post oder Fax übermittelt werden.“

(Beifall SPD - Zurufe SPD)

Verbunden ist das mit dem lapidaren Hinweis, dass man sich bei Fragen bezüglich Elterngeld Digital bitte gleich an das Bundesministerium wenden soll. Gut, man muss also wissen, wer tatsächlich Ahnung hat. Leute, holt die Faxgeräte vom Dachboden. Digitalisierung 2022!

Etwas sprachlos überprüfte ich die nächste Leistung, die angeblich jetzt bereits möglich sein sollte: Unterhaltsvorschüsse. Wieder nichts auf dem Serviceportal. Über den Zuständigkeitsfinder werde ich immerhin auf die Seiten der Kreise verwiesen. Nachdem ich fünf Kreise abgeklappert hatte und jedes Mal das gleiche zwölfseitige Formular zum Download angeboten bekam, kam ich mir bezüglich Digitalisierung doch etwas veräppelt vor.

(Beifall SPD)

Bei der Eingliederungshilfe für Kinder finde ich endlich das angesprochene Angebot im Serviceportal.

(Zurufe SPD: Oh!)

Das klappt, wenn Sie zufällig im Kreis Segeberg wohnen. Für alle anderen nicht.

(Beifall SPD - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Wohngeld klappt auch. Dazu müssen Sie nur in einer der acht Modellkommunen wohnen.

Okay, Herr Bornhöft, letzte Chance: Angelschein. Die frohe Botschaft zum Abschluss meines kleinen Werbechecks lautet: Sie können jetzt bereits alle die vom Minister am Montag aufgezählten Leistungen uneingeschränkt auf dem Serviceportal digital beantragen, solange es sich um den Angelschein handelt.

(Beifall SPD, AfD, vereinzelt CDU, Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Gute Lobbyarbeit! Das Leben schreibt doch die besten Satiren.

(Heiterkeit SPD)

Die tatsächliche digitale Leistungsbilanz von Jamaika ist so mau, dass man sich bei den beispielhaft aufgezählten Leistungen - ich habe alle Beispiele genommen - entweder mit fremden Federn schmücken muss oder so tut, als seien unfertige Produkte bereits allgemein betriebsbereit. Ich habe die nicht aufgezählten dann nicht mehr überprüft.

Ein bisschen weniger Werbung und ein bisschen mehr Ehrlichkeit wären gut gewesen, denn natürlich ist mir klar, dass der Minister das nicht alles in der Hand hat. Aber nur dann kann man ernsthaft analysieren, wo wir bei der Digitalisierung besser werden müssen und frustriert vielleicht auch nicht die Leserinnen und Leser der Zeitung, sollten die vielleicht sogar ernst genommen haben, was sie jetzt eigentlich alles Tolles machen können.

Aber schon ein Satz in der Pressemitteilung von Montag offenbart unser unterschiedliches Verständnis. Da steht tatsächlich drin:

„Das neue Gesetz digitalisiert und regelt verschiedene Bereiche der Verwaltung.“

Boah! Ich dachte, ein Gesetz digitalisiert erst einmal gar nichts. Alles klar: Wir werden über das Gesetz abstimmen - morgen ist alles digitalisiert. Ich dachte immer, dazu braucht man Menschen, Mittel und den entsprechenden Willen. - Leider hat Jamaika diesbezüglich alles abgelehnt, sowohl bei mehr Finanzmitteln, damit wir auch bei den Leistungen durch die Kommunen vorankommen - mir ist klar, dass es da eine schwierige Schnittstelle gibt -, etwas mehr Personal, als auch beim Setzen ambitionierterer Ziele, was die Ausnahmen bei der digitalen Aktenführung und das Schriftformerfordernis angeht. Mein Vorredner hat es angesprochen, aber Sie haben es nicht umgesetzt.

Eine Schnecke bleibt eine Schnecke, auch wenn man sie digitalisiert. Es gibt viel zu tun - packen wir es in der nächsten Wahlperiode an! - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD und Beifall Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Joschka Knuth das Wort.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Die letzten Male war

(Joschka Knuth)

da irgendwie mehr Wumms drin, Herr Kollege Dolgner, aber das macht ja nichts.

(Lachen SPD - Zuruf Serpil Midyatli [SPD]:
Das war lustig!)

Wenn man das in diesen Tagen globalpolitisch denn so sagen mag: Heute ist zumindest mit Blick auf das Land insofern ein guter Tag, da wir ein Digitalisierungsgesetz bekommen, das den Namen wirklich verdient hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Beate Raudies [SPD])

Es bleibt unbenommen, Herr Kollege Dolgner, ein sehr ambitioniertes und sehr fortschrittliches Digitalisierungsgesetz, das wir heute beschließen werden. Das hat auch - das muss man an dieser Stelle einmal deutlich sagen - die Anhörung noch einmal klar bestätigt. Das war eine Anhörung - das möchte ich heute als Parlamentarier sagen -, die ihren Namen wirklich verdient hat. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die da mitgemacht haben, und auch allen Expertinnen und Experten. Es war wirklich eine Freude, da so fachlich tief zu arbeiten. Vielen Dank dafür.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

Es ist schon einiges dazu gesagt worden, wie unser Gesetz in der Struktur funktionieren wird und welche Regelungsbereiche es umfasst. Deswegen lassen Sie mich auf ein paar Punkte eingehen, die mir wichtig und auch in der Anhörung deutlich geworden sind.

Mit Bezug auf die Digitalisierung der Verwaltungsverfahren: Kollege Dolgner, es ist richtig, wir hätten uns da an der einen oder anderen Stelle auch mehr gewünscht, beispielsweise bei der Abschaffung des Papierformerfordernisses beziehungsweise des Schriftformerfordernisses. Wir haben bei uns in der Koalition sogar noch einmal überlegt, ob wir nicht weiter gehen können, als der rechtliche Rahmen es eigentlich vorsieht. Aber - das wissen Sie auch - es gibt den Grundsatz der Simultangesetzgebung zwischen Land und Bund, der es für uns eben unmöglich macht, jetzt selbstständig das Schriftformerfordernis komplett abzuschaffen. Wir hätten uns mehr gewünscht, aber es ist dann eben auch der Zeitpunkt zu sagen: Es braucht eine gemeinsame Initiative vom Bund und Land - eigentlich von allen Ländern -, damit wir da vorankommen. Nichtsdesto-

trotz haben wir natürlich auch Fortschritte im Gesetz zu sehen.

Um vielleicht auch das noch einmal zu erwähnen: Das Thema Kommunen ist angesprochen worden. Es ist ein bisschen falsch, sich jetzt hier hinzustellen und zu sagen: Da sind Modellprojekte, die haben nur einzelne Kommunen umgesetzt. - Wir können sehr stolz auf unsere Struktur in Schleswig-Holstein sein, weil wir mit der Struktur, die wir mit dem ITV.SH geschaffen haben, viel weiter als andere Länder sind, weil wir überhaupt Modellprojekte haben, weil wir als Land die Referenzimplementierung überhaupt finanzieren. Das ist ein echter Fortschritt, und den stärken und untermauern wir mit diesem Gesetz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Es ist angesprochen worden: Die Kommunen habe sich zum Teil sogar gewünscht, dass sie rechtlich dazu verpflichtet werden, gewisse Leistungen zusätzlich zu digitalisieren. Aber es kann doch nicht der Anspruch sein, dass wir sie zu allem verpflichten, nur damit wir es dann für sie bezahlen, wenn sie es auch selber heute schon machen könnten. Da läuft die Förderung in die falsche Richtung.

Dann haben wir in der Tat einen sehr ambitionierten Bereich bei den offenen Daten. Man darf nicht unterschätzen, dass allein der Grundsatz, dass in Zukunft alle Landesbehörden alle Daten, die öffentlich gemacht werden können, auch veröffentlichen sollen, also müssen, ein echter, großer Schritt im Bereich der offenen Daten ist. Wir fördern damit die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, neuer Leistungen für die Verwaltung und die öffentliche Hand.

Wir schaffen den Hintergrund, den es auf Ebene der Verwaltung braucht. Wir schaffen eine Open-Data-Leitstelle, die genau diesen Auftrag der Koordination von offenen Daten erledigen wird, und wir schaffen die Open-Data-Koordinatoren in den einzelnen Ressorts. Natürlich kann man immer sagen: „Mehr ist besser“, aber die Struktur überhaupt erst einmal zu schaffen, damit das in Zukunft möglich ist, ist aller Ehren wert. Das wird ein Fortschritt für unser Land sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Jörg Hansen [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Einen wichtigen Punkt, den ich aus der Anhörung aufgreifen möchte, ist der Hinweis auf die Lizenzierung der Daten. Das war ein wirklicher Fortschritt -

(Joschka Knuth)

auch ein Erkenntnisgewinn der Anhörung -, dass wir in Zukunft verpflichtend festlegen, dass alle Daten, die wir im Open-Data-Portal bereitstellen, unter freier Lizenz zur Verfügung gestellt werden, damit sie dann eben nicht an einzelne Unternehmen gebunden sind, sondern wirklich freie Daten sind. Das ist ein sehr guter weiterer Fortschritt, eine Weiterentwicklung dieses Gesetzes.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Last, but not least: Es ist darauf hingewiesen worden, dass das Gesetz den Einsatz von künstlicher Intelligenz regelt, aber auch ermöglicht, und zwar unter Wahrung des Verbraucherschutzes und des Datenschutzes. Auch da sei ein wichtiger Hinweis aufgegriffen: Wir entbürokratisieren noch einmal ein kleines Stück. Ein Hinweis auf die Sorge, dass es Gründe gäbe, die einer automatisierten Bearbeitung entgegenstünden, führt künftig nicht automatisch zur Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes, sondern es muss gewichtige Gründe geben und diese müssen auch belegt sein. Damit werden wir in Schleswig-Holstein in Zukunft viel mehr automatisierte Verwaltungsakte erleben können. Das ist ein guter Fortschritt, weil er im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zur schnelleren Bearbeitung von Unterlagen führen kann.

Alles in allem danke ich den Kolleginnen und Kollegen für die Beratung und freue mich, dass wir in Schleswig-Holstein in Sachen Digitalisierung so stringent, so konsistent nach vorne gehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion der FDP hat jetzt der Abgeordnete Stephan Holowaty das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Hochverehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Dolgner, ich bin ein wirklich ganz großer Fan von Ihnen. Diese humoristische Ausführung heute hat wirklich sehr gut ins Konzept reingepasst. Ich muss aber auch gestehen: Mein Faxgerät habe ich schon seit vielen Jahren nicht mehr gesehen. Ich glaube, es hat auch weder Toner noch irgendwelches Papier. Ich habe da ein kleines Problem.

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Beate Raudies [SPD])

Eine Sache fand ich besonders bemerkenswert. Herr Kollege Dolgner, Sie haben gesagt: In der nächsten Legislaturperiode werden Sie das Thema Digitalisierung so richtig angehen.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, genau, das werden wir tun!)

Ich frage mich allerdings, warum Sie das nicht in der letzten, der vorletzten oder der vorvorletzten Legislaturperiode bereits gemacht haben.

(Zurufe SPD: Oh! - Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Die Techniken sind nicht neu, Herr Dr. Dolgner.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: In der vorvorletzten regierte übrigens Schwarz-Gelb! Nur so zur Info! - Weitere Zurufe SPD)

- Nehmen wir die vorvorletzte vollständige, dann sind wir wieder dabei; dann haben Sie auch Ihre historischen Kenntnisse wieder gut eingebracht. Herr Dr. Dolgner, wir haben doch eine Wette laufen - ein veganes oder nicht veganes Brathähnchen -, darauf freue ich mich sehr. Ich bin immer noch der festen Überzeugung, wir werden es gewinnen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich bin mir sicher, dass dieses Digitalisierungsgesetz seinen Beitrag dazu leisten wird, dass ich diese Wette gegen Sie gewinnen werde.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] - Zuruf SPD)

Schleswig-Holstein betritt mit dem Digitalisierungsgesetz in der Tat Neuland. Das Gesetz macht die Tür weit auf, um die Digitalisierung bei den Behörden im Land voranzutreiben. Es ist ein Gesetz der Möglichkeiten, ein Gesetz der Chancen und somit auch ein wirklich sehr starkes Gesetz, wofür ich mich bei allen Beteiligten - bei dem Minister, bei den Kollegen aus den Koalitionsfraktionen, aber auch ganz besonders bei den Anzuhörenden - bedanken möchte.

Digitalisierung ist eben nicht, nur überall einen Bildschirm hinzustellen, sondern Bürger und Unternehmen erwarten, dass ihre Kontakte zur Verwaltung vor allem schnell und effizient sind. Niemand wird verstehen, warum wir in Sekundenbruchteilen zwar Überweisungen in jeden Winkel der Welt ausführen können, wir Waren aus jedem Winkel der Welt innerhalb weniger Stunden oder Tage geliefert bekommen können, aber bei manchen der Eindruck entsteht, dass die kleinste Zeiteinheit bei der öffentlichen Verwaltung der Monat ist.

(Stephan Holowaty)

Schleswig-Holstein kann und wird dies ändern. Anwendungen auf der Basis von KI-Techniken werden in Zukunft beispielsweise zum intelligenten Assistenten unserer Verwaltung werden. Sie werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage versetzen, schneller und auf der Grundlage von mehr Fachinformationen entscheiden zu können.

Besonders wichtig ist mir dabei übrigens der wirklich gute und klare Ansatz der Klassifizierung in potenzielle Risikoklassen und die rechtliche Sicherheit für Bürger und Unternehmen durch die KI-Rüge. Denn die für Bürger wichtigen Entscheidungen werden durch Menschen getroffen und nicht durch Maschinen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Bei der Aufhebung des Schriftformerfordernisses sind wir uns einig, dass der Begriff nicht so sexy ist, dass er zum Wort des Jahres werden wird, aber das ist ein ganz bedeutendes Element dafür, dass wir digitale Prozesse überhaupt umsetzen können.

Wir Freie Demokraten hätten uns in der Tat gewünscht, hier noch einen Schritt weiter zu gehen und dass die einen oder anderen Vorschläge, die in der Anhörung dazu gemacht worden sind, noch aufgenommen werden.

Übrigens hätten wir uns auch bei den offenen Daten ein bisschen mehr Verbindlichkeit gewünscht. Die wirklich spannenden Daten liegen bei den Kommunen und den öffentlichen Unternehmen. Wir wollten mit den offenen Daten ausdrücklich eine Umgebung für kreative Entwickler schaffen, die es ermöglicht, neue Lösungen zu entwickeln. Eine Straßenkarte - das muss man fairerweise sagen - ist nur dann spannend, wenn wirklich alle Straßen darauf verzeichnet sind, und sie ist es nicht, wenn die Hälfte fehlt.

Digitale Transformation für Bürger und Unternehmen findet in Smart Cities, Smart Regions und Smart Towns statt, also in den Kommunen. Nicht jeder ist so aufgestellt wie Norderstedt wilhelm.tel oder das Amt Hüttener Berge. Ich wünsche mir noch mehr Unterstützung und mehr Förderung für kommunale Digitalisierungsprojekte.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Insbesondere wünsche ich mir aber auch, dass sich Dataport, der IT-Dienstleister unseres Landes, kundenorientierter, wettbewerbsfähiger und vor allen Dingen offener für die IT-Wirtschaft in unserem Land aufstellt.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ich wünsche mir mehr Experimentierklauseln, mehr Investitionen in Dinge, die vielleicht auf den ersten Blick ihrer Zeit voraus erscheinen.

Wir denken natürlich auch an das Thema Cyber Security, zum Beispiel in Form einer einfachen und verständlichen Datenschutzhilfe für jede Anwendung der öffentlichen Hand. Wir haben in dieser Legislaturperiode im Bereich Nahrungsmittel über so etwas sehr intensiv diskutiert.

Es ist eindeutig ein Verdienst dieses Gesetzes, dass Digitalisierung zum Thema wird, dass Digitalisierung ganz nach vorn geschoben wird und dass die Türen für viele der von mir genannten Themen hier jetzt offenstehen.

Lassen Sie mich zum Abschluss eine kurze wichtige Ergänzung anbringen. Eine wichtige Voraussetzung für die Digitalisierung ist natürlich die digitale Infrastruktur. Beim Glasfaserausbau kommt das Land richtig gut voran, behauptet seine Spitze im Bundesvergleich. Minister Albrecht hat gerade Montag in der Pressekonferenz deutlich hervorgehoben, wie sehr dieses Land Schleswig-Holstein in dem Bereich an der Spitze liegt. Ich bedanke mich bei Minister Dr. Buchholz und seinem Team dafür, dass sie diese Fortschritte kräftig vorantreiben.

(Beifall FDP)

Für uns Freie Demokraten ist eines aber klar: Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung führt nicht zu kurzfristigen Einsparungen, sondern zu einer Verbesserung der Qualität, der Wettbewerbsfähigkeit und zu mehr Service für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Sie ist damit eine genauso grundlegende Infrastruktur wie die Sanierung der Landesstraßen, die grundlegende Reform der Kinderbetreuung, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs -

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Stephan Holowaty [FDP]:

Letzter Satz, Frau Präsidentin! - oder die Frage der Krankenhaussanierung. Gerade deshalb ist Digitalisierung keine Option, sie ist ein Muss. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die digitale Transformation ist eine der bedeutendsten Aufgaben und Herausforderungen, vor der wir stehen, im gesellschaftlichen Zusammenhang, im Arbeitsleben oder - wie in diesem Fall - in der Verwaltung.

Die Digitalisierung in der Verwaltung oder das E-Gouvernement sind nicht gerade die Bereiche, in denen sich Deutschland oder Schleswig-Holstein mit einer führenden Position brüsten kann. Im Gegenteil, im EU-weiten Vergleich belegen wir einen der hinteren Plätze, und das kann nicht der Anspruch unseres Landes sein. Eine öffentliche Verwaltung muss sich als Service für Bürgerinnen und Bürger verstehen. Das war immer unser Ansatz. Dies steht auch nicht im Gegensatz zur Digitalisierung, denn eine moderne und öffentliche Verwaltung muss sich dieser Transformation öffnen.

Sie muss sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen einen unkomplizierten sowie zeitlich unabhängigen Zugang zu den Leistungen des Staates ermöglichen. Der Gang zum Amt und das Bewegen von Papier sollte nur noch in Ausnahmefällen notwendig sein. Digitale und damit auch schnellere Verfahrensabläufe führen zu mehr Effizienz und sparen zudem Kosten. Doch um Verwaltungsleistungen und Informationen digital zugänglich und abrufbar zu machen, bedarf es entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen.

Wie gesagt, im EU-weiten Vergleich steht Deutschland im hinteren Bereich. Der Konflikt zwischen Digitalisierung und Datenschutz spielt bei der Umsetzung bei uns häufig eine Rolle. Datenschutz ist wichtig - unbestritten. Das war immer die Position des SSW, und das wird sie auch bleiben. Ich stelle dies auch gar nicht in Abrede. Aber er darf der Digitalisierung nicht grundsätzlich entgegenstehen.

Dass das eine das andere nicht ausschließt, wird am Beispiel Dänemarks deutlich. Gerade in der Coronazeit wurde klar, welchen Gewinn die Dänen mit ihrer digitalen Gesundheitsstrategie hatten. Dänemark unterliegt wie alle anderen EU-Länder auch den EU-weiten Datenschutzregeln, und trotzdem hat das Land gezeigt, wie hilfreich Digitalisierung im Gesundheitswesen ist. Per Knopfdruck können die Daten der Bürgerinnen und Bürger abgerufen werden, zum Beispiel die Anzahl der Geimpften oder deren Impfstatus. Auch die Betreuung der Bürgerinnen und Bürger durch die Verwaltung hat in der Coronakrise die Vorteile deutlich gemacht. Es gab kein Windhundverfahren bei der Vergabe der

Impftermine, die Termine wurden digital nach festgelegten Kriterien vergeben. Auch Terminerinnerungen wurden verschickt. Die dänische öffentliche Verwaltung hat gegenüber der Bevölkerung gezeigt: Der Staat kümmert sich um dich! Das schafft Vertrauen in die öffentliche Verwaltung. Sprich: Es geht um die Serviceleistung der öffentlichen Verwaltung.

Wie kompliziert es derzeit noch bei uns abläuft, wird an einem Beispiel deutlich: Wird heute ein Kind geboren, erfolgt die Anzeige gegenüber dem Standesamt gerne noch per Fax durch das Krankenhaus. Im Standesamt können dann verschiedene Urkunden in Papier abgeholt werden, unter anderem zur Beantragung von Elterngeld beim Landesamt für soziale Dienste und dem Kindergeld bei der Familienkasse. Oftmals kommen weitere Stellen hinzu, die Eltern aufsuchen müssen: falls bei Alleinerziehenden ein Elternteil keinen Unterhalt zahlt, die Unterhaltsvorschusskasse oder, wenn das Einkommen generell nicht ausreicht, das Jobcenter und das Sozialamt zur Beantragung von Grundsicherung. Es gibt also viele Behörden, an die wir uns wenden müssen. Überall wird massiv Papier bewegt, Zeit aufgewendet, und oft werden immer wieder die gleichen Angaben gemacht - komplett die gleichen Angaben und das teilweise bei der gleichen Behörde; da ist oft nur das Stockwerk unterschiedlich!

Auch wenn dies nur ein Beispiel von vielen ist, zeigt es doch, wo die Digitalisierung der Verwaltung im Jahr 2022 in Deutschland steht. Die Anhörungen haben deutlich gemacht, dass die Notwendigkeit, die Digitalisierung in der Verwaltung voranzubringen, erkannt wird und der Wille zur Umsetzung grundsätzlich vorhanden ist. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Prozesse in den Kommunen noch am Anfang stehen und dass für die Umsetzung der Maßnahmen zusätzliches Personal benötigt wird. Zudem weisen die kommunalen Landesverbände darauf hin, dass bei den Kommunen die zu erwartenden Mehrkosten nicht näher thematisiert werden. Die Aufgaben werden zunächst zu einer Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände führen - das ist klar -, sodass dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen ist.

Nun mag dies im Zusammenhang mit der Digitalisierung zwar kleinlich klingen, und das Große und Ganze sollte auch nicht nur unter monetären Gesichtspunkten betrachtet werden, jedoch braucht die kommunale Ebene für die Umsetzung auch eine finanzielle Rückendeckung. Das ist unbestritten.

(Lars Harms)

Hieran darf es dann auch nicht scheitern, meine Damen und Herren.

Wir haben jetzt auch noch den Antrag der SPD vorliegen, der dafür plädiert, statt den Kann-Bestimmungen Soll-Bestimmungen, die wesentlich verbindlicher sind, einzuführen. Meine Damen und Herren, das ist genau das Richtige; wir brauchen da mehr Verbindlichkeit. Dieses Kann reicht nicht, es muss mindestens ein Soll sein. Eigentlich müsste es ein Muss sein. Ich finde, das Soll ist schon ein Kompromiss, den die SPD da vorschlägt; dem können wir nur zustimmen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Digitalisierungsgesetz stehen wir vor einem Quantensprung für die Verwaltung, für die Wirtschaft, für die Bürgerinnen und Bürger, für das ganze Land. Schleswig-Holstein wird eine digitale Vorzeigeregion. Unser Digitalisierungsgesetz hat bundesweit Vorbildcharakter, noch bevor es überhaupt in Kraft getreten ist. Lassen Sie mich kurz auf die drei Bausteine dieses Gesetzespaketes eingehen.

Erstens. Mit den Änderungen im Landesverwaltungsgesetz und zahlreichen Fachgesetzen ist das Digitalisierungsgesetz ein Verwaltungs-Vereinfachungs-Gesetz. In Zukunft wird es weniger Papierformulare und weniger Gänge aufs Amt geben. Stattdessen können die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger im Land die Behördengänge digital erledigen. Das ist Bürokratieabbau, das ist effizient, und das ist moderne Verwaltung im 21. Jahrhundert.

Herr Dr. Dolgner, lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf Ihren Vorwurf eingehen - den ich zurückweise -, ich schmückte mich mit fremden Federn. Die Aufzählung, die Sie zitiert haben, bezog sich ganz eindeutig auf die Frage, welche Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung insgesamt mittlerweile digital verfügbar sind. Das bezieht sich nicht nur auf den in Schleswig-Holstein für das Bundesgebiet digitalisierten und hervorragend funktionierenden Angelschein,

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

sondern auch auf die teilweise - gebe ich zu - noch ausbaufähigen Dienstleistungen, die in Bremen - Stichwort Elterngeld - oder im Bund - Stichwort Kindergeld - digitalisiert werden.

Die Aufgabe nämlich, die sich aus dem Onlinezugangsgesetz auf Bundesebene ergibt, tragen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung. Es gilt, die Aufgaben möglichst auf unterschiedliche Schultern zu verteilen. Das zeigt, dass wir noch Ausbaunotwendigkeiten haben, dass wir bei der Umsetzung noch nicht am Ende sind und dieses Gesetz ein wichtiger Baustein ist, um die Entwicklung weiterer Online-dienste voranzutreiben und insbesondere gute Voraussetzungen für die Kommunen zu schaffen, ihre Dienste digitalisieren zu können.

An dieser Stelle möchte auch auf die Aussagen von Lars Harms eingehen. Natürlich wünschen wir uns, dass die Finanzierung weiterhin sichergestellt wird. Da geht der Blick auch zum Bund, der sicherstellen muss, dass eine Finanzierung über das Jahr hinaus möglich ist, wenn wir bis zum Ende des Jahres nicht zum Abschluss der Digitalisierung aller Verwaltungsdienstleistungen gekommen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zweitens schaffen wir mit dem Offene-Daten-Gesetz die Grundlage für datengetriebenes Regieren. Offene Daten sind eine immense Wertschöpfungsquelle für die Allgemeinheit: für innovative Forschung, für neue Geschäftsmodelle und für wissenschaftsbasierte Entscheidungen in Politik und Verwaltung.

Schon heute hat Schleswig-Holstein eines der größten Open-Data-Portale und steigende Zugriffszahlen. Über 3.000 Benutzerinnen und Benutzer im Monat nutzen unser Portal schon heute. Zu den beliebtesten Datensätzen zählt übrigens die Biotopkartierung. Das freut mich als Umwelt- und Digitalisierungsminister besonders.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit dem Offene-Daten-Gesetz wird dieser Datenschatz beständig wachsen. Das ist nicht nur ein Standortfaktor, sondern das ist auch die Transparenz, die einer offenen Gesellschaft gebührt, denn in Zukunft soll der Datenschatz der Behörden grundsätzlich veröffentlicht werden. Da kommt nicht nur bei mir Begeisterung auf, meine Damen

(Minister Jan Philipp Albrecht)

und Herren, sondern das wird vielen Menschen helfen.

Drittens gibt unser IT-Einsatz-Gesetz einen verbindlichen Rahmen für die Nutzung künstlicher Intelligenz vor. Wir definieren, wie die Verwaltung rechtssicher, vertrauenswürdig und angemessen mit künstlicher Intelligenz umgehen soll.

Technikaffin und datenschutzfreundlich - so könnte man das zusammenfassen. Bisher existiert keine vergleichbare Regelung in Bund und Ländern. Auch europaweit geben wir hier den Takt vor.

In Schleswig-Holstein schaffen wir einen klaren Rechtsrahmen für Assistenzsysteme für Verwaltungsarbeiten, für Computerprogramme, die den Verkehr steuern, für IT-Verfahren, die Steuer- oder Versicherungsbescheide errechnen, oder für selbstlernende Algorithmen, die Anfragen und Anträge an zuständige Behörden weiterleiten und damit Unternehmen von mühsamer Recherche entlasten.

Meine Damen und Herren, wir stellen mit diesem Gesetz sicher, dass die Kontrolle und die Verantwortung immer bei Menschen bleiben. Die Belange des Verbraucher- und Datenschutzes werden eingehalten. Die Dienste müssen zuverlässig funktionieren, fair und transparent entscheiden, und vor allen Dingen muss der Mensch als Betroffener dieser Technologie immer im Mittelpunkt stehen.

Meine Damen und Herren, mit dem Digitalisierungsgesetz setzen wir den Schlussstein in Sachen Digitalisierung in dieser Legislaturperiode. Wir schaffen eine gute Basis für eine zukunftsfähige, moderne Verwaltung in diesem Land und legen damit das Fundament für weitere Schritte in der Zukunft.

Das Stichwort „moderne Verwaltung“ gibt mir Anlass, einmal den Kolleginnen und Kollegen aus meinem Haus zu danken. Sie haben echte Pionierarbeit geleistet. Insbesondere dem CIO Sven Thomsen und Moritz Karg mit seinem Referat in meinem Haus herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Nicht hinunterfallen soll der Dank an alle Kolleginnen und Kollegen in den beteiligten Ressorts. Wir müssen an dieser Stelle feststellen: Wenn wir ein Digitalisierungsgesetz mit solchen Regelungen auf den Weg bringen, wird das am Ende alle Ressorts betreffen, also auch alle Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Erlauben Sie mir auch, mich ganz herzlich bei den Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern aller demo-

kratischen Fraktionen zu bedanken, die dieses Projekt in den Ausschüssen intensiv begleitet haben.

Das Gesetzespaket ist ein echter Standortfaktor für unser Land. Schleswig-Holstein wird zu einer Vorzeigeregion, was das Digitale angeht. Ich bitte Sie: Schaffen Sie mit Ihrer Zustimmung die Basis für ein Feuerwerk an digitaler Innovation! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überschritten. Diese Zeit steht jetzt theoretisch allen Fraktionen zu. - Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/3267, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer stimmt diesem Gesetz zu? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten von SPD und SSW sowie der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 19/3267 in der Fassung der Drucksache 19/3635 (neu) angenommen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Bericht zum Projekt „Modellregion Schlei“

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3586

Wird das Wort zu Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dieser Legislaturperiode haben sich der Landtag und der Umweltausschuss intensiv mit dem Umweltzustand der Schlei beschäftigt. Als Umweltminister bin ich froh, dass Sie diesem Thema zu der nötigen Aufmerksamkeit verholfen haben. In diesem Sinne sage ich auch herzlichen Dank an den SSW für die Initiative, das Thema hier noch einmal aufzurufen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei all denjenigen hier im Haus, die beim Aufbau des Modellprojekts Schlei entscheidend mitgewirkt haben. Das wäre ohne die viele Hilfe von vielen Müttern und Vätern sicherlich nicht möglich gewesen. Ich bin sehr dankbar, dass wir an der Stelle sind, an der wir heute stehen.

Meine Damen und Herren, der hohe Nährstoffeintrag, die unterentwickelte Vernetzung der Lebensräume von Tieren und Pflanzen und die fehlenden Puffer an den Gewässern belasten die Schlei. Wiederholt wurden die Zielvorgaben der Wasserrahmenrichtlinie, der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie nicht erreicht - von den Verunreinigungen der Schlei mit Plastik und den Altlasten im Bereich der Wiking-Halbinsel einmal ganz zu schweigen. Diesen Befund kennen Sie bereits aus dem Bericht der Landesregierung zum Umweltzustand der Schlei aus dem Jahr 2019.

Was ist seither passiert? Nach dem Landtagsbeschluss im Februar 2020 hat mein Haus gemeinsam mit den Kreisen Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde das Modellprojekt Schlei ins Leben gerufen.

Es knüpft an das „Integrierte Schleiprogramm“ des Kreises Schleswig-Flensburg an und entwickelt diesen Ansatz weiter. Projektträger sind der Naturpark Schlei und die Lokale Aktion Schlei. Ohne dieses Engagement vor Ort geht es gar nicht. Hierfür möchte ich den Akteuren vor Ort ausdrücklich Danke sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen Naturschutz, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Tourismus und Zivilgesellschaft - das ist der Kern des Projektes.

Wie verbessern wir also gemeinsam den Umweltzustand der Schlei? Wie steigern wir die Wasserqualität? Die Lösung liegt ganz klar im Umland. Das

drängendste Problem der Schlei ist nämlich der zu hohe Nährstoffeintrag, der überwiegend aus der Landwirtschaft kommt. Hier brauchen wir praktikable Lösungen, die auch für die betroffenen Landwirtinnen und Landwirte funktionieren.

Das Projektteam koordiniert die Beratung und die Begleitung der Betriebe. Hier werden Blühmischungen an Gewässerrändern angesät, Blühstreifen in den Feldern angelegt oder extensivierte und vernässte Ackersenkeln hergestellt. Diese Agrarumweltmaßnahmen wirken sich positiv auf den Nährstoffrückhalt, die Biodiversität und den regionalen Biotopverbund aus.

Bisher konnten rund 60 ha in rund 40 Betrieben in diese Maßnahmen einbezogen werden. Das Erproben und Evaluieren soll bis zum nächsten Jahr weitergehen. Darüber hinaus wird allen landwirtschaftlichen Betrieben im Einzugsgebiet der Schlei eine Gewässerschutzberatung angeboten, die mittlerweile gut angenommen wird. Ich bin froh, dass wir weiterhin auch die Wissenschaft mit an Bord haben. Die Christian-Albrechts-Universität untersucht neue agrarpolitische Förderinstrumente, um Nährstoffüberschüsse in der Landwirtschaft zu reduzieren. Allein an diesem Forschungsvorhaben sind rund 30 Betriebe der Schleiregion beteiligt.

Sie sehen also, gemeinsam mit den Landnutzenden geht etwas in der gesamten Schleiregion. Die Erfahrungswerte aus der Erprobung der Agrarumweltmaßnahmen und die Ergebnisse der Forschung fließen dann auch in die Weiterentwicklung der Gemeinwohlprämie ein, die wir hier in Schleswig-Holstein entwickeln.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, an der Schlei zeigt sich auch: Wir brauchen ausreichende Gewässerrandstreifen und Wiedervernässungsmaßnahmen für den Gewässerschutz und den biologischen Klimaschutz. Dafür brauchen wir Flächen. Diese sind jedoch aufgrund der regionalen Agrarstruktur und der großen Nachfrage knapp. Doch solche Probleme können mit der entsprechenden Hartnäckigkeit gelöst werden. Ein Beispiel ist die Schleilagune Borgwedel. Im Rahmen des Modellprojekts wurden hier schon im Jahr 2020 18 ha erworben, auf denen nun Renaturierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Das wirkt sich wiederum positiv auf Gewässer, Biodiversität und Klima aus.

Damit solche Beispiele Schule machen können, hat das Modellprojekt Schlei auch einen Aufklärungs- und Bildungsauftrag. Der Gewässerforschungsför-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

fer ist eines der tollen Projekte, die ich hier nennen möchte. Hier können schon Grundschulklassen mit Lupen und Messgeräten losziehen und das Wasser der Schlei unter die Lupe nehmen.

(Birte Pauls [SPD]: Das macht der Abwasserzweckverband auch!)

So können wir die Menschen von klein auf für Gewässerverschmutzung und praktischen Umweltschutz sensibilisieren. Beim Naturpark Schlei entsteht eine Schleibibliothek, die auch digital zur Verfügung steht. Ab diesem Jahr wird die landwirtschaftliche Berufsschule Schleswig die Themen des Modellprojektes in seine Ausbildung integrieren. Gewässerschonende Landwirtschaft ist eine Zukunftsaufgabe, die unsere zukünftigen Fachkräfte von der Pike auf lernen müssen.

Damit spreche ich natürlich auch die Wirkung des Modellprojektes für die regionale Wertschöpfung an. Alternative Betriebsstrukturen und nachhaltige Landbewirtschaftung verändern unsere Landwirtschaft. Deshalb werden im Rahmen des Modellprojektes die Direktvermarktungen und die regionalen Vermarktungsinitiativen unterstützt. Mit einem regionalen Einkaufsführer können Anwohnerinnen und Anwohner sowie Besucherinnen und Besucher der Schleiregion Produkte der Region direkt vom Hof erwerben.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es war gut und richtig, dass die Kreise, der Landtag und die Landesregierung mit vielen Partnern vor Ort dieses Projekt gemeinsam aufgelegt haben. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bei den beteiligten Kreisen für die gute Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Das Modellprojekt ist nicht nur gut für die Schlei als Gewässer, als Teil der grün-blauen Infrastruktur. Das ist ganz im Sinne unserer Biodiversitätsstrategie und auch der vielen anderen Ziele, die wir im Land haben. Nein, mit einem ganzheitlichen Ansatz generiert das Modellprojekt Schlei auch einen Mehrwert für die ganze Region.

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen an der Schlei sind sicherlich noch lange nicht überwunden. Aber mit dem Modellprojekt Schlei sind wir auf einem guten Weg, zum Vorbild auch für andere Regionen zu werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute erweitert. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zur Verfügung.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema ist nicht neu, wir haben uns schon mehrfach in diesem Hohen Haus mit dem Thema, dem Zustand und der Gewässerqualität der Schlei sowie der angrenzenden Zuläufe, beschäftigt. Ausschlaggebend war unter anderem die Belastung der Schlei, der angrenzenden Gewässer und auch der Ostsee durch Mikroplastik im Jahr 2015. Sie werden sich alle daran erinnern. Das hat das ganze Thema mit ins Rollen gebracht. Ich bin froh, das möchte ich hier noch einmal sagen, dass wir auch hier Lösungen gefunden haben, um über unser Landeswassergesetz tatsächlich solche Dinge und solche Verfehlungen, wie den Eintrag von Mikroplastik, was über eine Biogasanlage, die dem Klärwerk angegliedert ist, letztlich im Gewässer gelandet ist, unterbunden haben. Das ist ein tolles Ergebnis.

(Beifall CDU und FDP)

Der Zustandsbericht Schlei aus dem Jahr 2019 - Herr Minister, Sie haben ihn erwähnt - zeigt auf, dass die Schlei und die damit verbundene Gewässerqualität durchaus verbesserungswürdig sind. Wenn wir feststellen, dass diese Missstände tatsächlich vorliegen, dann sind wir gebeten und als Gesellschaft und Politik aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten. Das haben wir gemeinsam mit den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg getan. Wir sind dankbar, dass wir über dieses integrierte Schleiprogramm, was Sie hier vorgestellt haben, letztendlich für die Modellregion Schlei auch Lösungen anstreben.

Wer wird sich nicht an die großen Baustellen erinnern? Ich komme nachher noch auf die großen Hebel, die Verbesserungen mit sich bringen, zu sprechen. Hier ist unter anderem der Burggraben mit 1 m Verschlammung auf dem Grund zu erwähnen. Diese Verschlammung führt letztendlich dazu, dass die Gewässer weiter eutrophieren.

Mit der Wikingeck, der ehemaligen Teerpappenfabrik, die bis in die 60er-Jahre des letzten Jahrhunderts dort gearbeitet hat, gibt es einen weiteren Verursacher für eine dauerhafte Belastung des Gewäs-

(Heiner Rickers)

sers und des Grundes. Das Problem ist bisher nicht gelöst.

Die Nährstoffbelastung - Herr Minister, das haben Sie angesprochen - erfolgt nicht nur über die angrenzenden Flächen der Landwirte und die Zuflüsse, sondern auch über die zum Teil nicht vernünftig ausgestalteten Nachklärstufen des Klärwerkes in Schleswig. Hier erfolgt eine Nährstoffbelastung auch durch den Menschen oder durch angrenzende Straßen und die Regenwasserentsorgung in die Schlei sowie durch Nährstoffe oder Abrieb von den Autoreifen aus dem Autoverkehr. Das Problem kennen wir alle.

Das Problem des Mikroplastiks habe ich bereits angesprochen. Das ist heute in der Ursache zwar behoben, aber nach wie vor finden wir Restmengen des Mikroplastiks in der Schlei, und auch das ist ein Problem. Das Problem der Pflanzenreste ist in dem Bericht erwähnt worden. Pflanzenreste, wie zum Beispiel Laub, das von den Bäumen fällt und letztendlich im Gewässer landet oder über die Zuflüsse dort eingespült werden, führen letztlich zu einer Schlammabildung.

Weitere Gründe hierfür sind Schmutz von den Straßen und andere Abwässer sowie Nährstoffe aus der Landwirtschaft. Auch das habe ich erwähnt. Diese Schlammabildung ist letztlich bei der mikrobiellen Auflösung nährstoffzehrend. Diese Nährstoffzehrung führt schließlich wieder zu Sauerstoffverlust. Dann drehen wir uns im Kreis. Dieser Sauerstoffverlust bedeutet eine weitere Eutrophierung des Gewässers.

Es hat Initiativen technischer Art gegeben. Zu dem Ergebnis haben Sie heute noch nichts gesagt, Herr Minister. Ich weiß nicht, ob es tatsächlich Verbesserungen vor allem bei den angesprochenen Ablagerungen im Schlamm gegeben hat. Dabei geht es um die Fokussierung von Phosphaten oder auch mikrobiologischem Abbau von Phosphaten. Das ist eher ein technisches Verfahren, das in die Erprobung genommen wurde.

Es wurde angesprochen, dass die Gewässerränder künftig mit Blümmischungen, bunten artenreichen Blümmischungen aufgebessert werden sollen. Das ist in Zusammenarbeit mit den Wasser- und Bodenverbänden und den dortigen Landbewirtschaftenden gut abgestimmt und umgesetzt, und es ist eine hervorragende Idee. Es gibt aber auch den kooperativen Ansatz, gemeinsam mit dem Landesverband der Wasser- und Bodenverbände das gesamte Einzugsgebiet der Schlei naturnäher zu gestalten, Rückzugsräume, Retentionsräume auszuweisen, das

Gewässer von Nährstoffen zu entlasten, weil über breite Gewässerrandstreifen auch eine Filterwirkung erreicht werden kann.

Ganz so schlecht, wie die Situation im letzten Bericht dargestellt wurde, sehe ich sie zumindest für die Zukunft nicht, weil in der Landwirtschaft seit dem Jahr 2017 die auch hier oft diskutierte Düngeverordnung greift, die Gewässerrandstreifen nicht nur ermöglicht, sondern auch gesetzlich festlegt, sodass es diese Filterwirkung für organischen und mineralischen Dünger geben wird. Deswegen wird weniger über den Oberflächenabfluss oder über den Boden in die Schlei eingespült.

Es gibt ausgebaute Gewässerschutzberatung für die dort arbeitenden Landwirte. Es gibt Aufklärung, Fortbildung und bessere Bildung auch in der Zivilgesellschaft. Es gibt Nachbesserung im Klärwerk. All diese Maßnahmen werden letztlich für eine wesentliche Verbesserung der Gewässerqualität sorgen. Die technischen Möglichkeiten habe ich angesprochen. Da müssen wir prüfen, ob sie Linderung gebracht haben. Insofern schauen wir gemeinsam optimistisch in die Zukunft, und ich bedanke mich für Ihren Vortrag. - Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste und Schlei-Liebhaber! Der Schlei geht es nicht gut. Ich bedanke mich bei dem Minister für seinen Bericht. Dieser war in großen Teilen sehr theoretisch. Ich gehe da etwas praktischer heran.

Alles, was helfen kann, die Wasserqualität zu verbessern, ist richtig. Gern haben wir das Modellprojekt Schlei unterstützt. Die beiden Mitarbeitenden Frau Erdal und Herr Bölt, deren Stellen vom Land und den Kreisen finanziert werden und die beim Naturpark Schlei angesiedelt sind, leisten hervorragende Arbeit. Wir danken ihnen und dem Fachbereichsleiter Bau und Umwelt beim Kreis Schleswig-Flensburg, Herrn Roos, und all den anderen Akteuren für das große Engagement zum Wohle der Schlei. Gleichzeitig stehen alle vor einer Mammutaufgabe.

Das Projekt erstreckt sich über die Landschaften Angeln und Schwansen. Das gesamte Gewässerein-

(Birte Pauls)

zugsgebiet der Schlei mit den vielen Fließgewässern hat eine Fläche von circa 70.000 ha.

Oberstes Ziel des Projekts ist, die Wasserqualität zu verbessern und die Biodiversität und den biologischen Klimaschutz gemeinsam umzusetzen. Die Phosphor- und Stickstoffwerte haben sich in den letzten Jahren kaum verändert beziehungsweise sind gleichgeblieben. Die Verbesserung der Wasserqualität gelingt nur gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren aus der Region. Deshalb ist eine gute Netzwerkarbeit von enormer Bedeutung. Ich freue mich sehr, dass sich an diesen Maßnahmen bereits 30 landwirtschaftliche Betriebe beteiligen.

Zu den Maßnahmen gehören zum Beispiel feldmitige Blühstreifen und bunte Gewässerränder - ich lerne bei dieser Thematik viel dazu; das muss ich auch sagen -, aber natürlich auch die Nichtbewirtschaftung von Ackersenkern. Die Förderung läuft zum Ende des Jahres aus - Obacht! - und sollte unbedingt weitergeführt werden, zumal die wissenschaftliche Begleitung - das hatten wir eben gehört - bis 2024 läuft.

Aufgrund der sehr guten Bodenbedingungen ist die schöne Schleiregion überdurchschnittlich landwirtschaftlich geprägt. Circa 80 % sind Ackerflächen. Darunter ist sehr viel Maisanbau. Was das bedeutet, wissen wir.

Durch die intensive Bewirtschaftung werden über die verschiedenen Wege große Mengen an überschüssigen Nährstoffen in die Schlei getragen. Viele Jahrzehnte wurden ungebremst Nährstoffe in die Schlei geleitet, nicht nur über landwirtschaftliche Flächen, sondern eben auch über Kläranlagen oder ehemalige Fabriken.

Dadurch hat sich am Boden der Schlei eine riesige Menge Faulschlamm gebildet, der durch Nährstoffrücklösungen die Wasserqualität zusätzlich beeinträchtigt. Aber es gibt noch mehr Baustellen bei der Schlei: Die Pegel steigen ständig in wachsendem Maße durch die Auswirkungen des Klimawandels. Hinzu kommt, dass ein drohender Durchbruch in Schleimünde die Situation verschärfen könnte. Gerade heute war in den „Schleswiger Nachrichten“ wieder ein Artikel genau zu dieser Thematik.

An unserer Ostseeküste sind die Kommunen für den Küstenschutz verantwortlich, womit die meisten Kommunen tatsächlich finanziell überfordert sind. Wir müssen der Schlei mehr Raum geben, wenn wir die direkten Anwohnerinnen und Anwohner vor dem Wasser schützen wollen. Das ist ein Riesenthema und eine Mammutaufgabe für die nächsten zehn Jahre.

(Beifall SPD)

Das vom Runden Tisch Schlei vorgelegte integrierte Schleiprogramm - das hatten Sie angesprochen, Herr Minister - bietet hierfür viele Handlungsoptionen. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass daraus mehr in das Modellprojekt eingeflossen wäre.

Eine weitere Baustelle ist die dringend notwendige Bodensanierung des Wikingecks in Schleswig; auch das haben wir heute schon mehrmals gehört. Das Verkehrsministerium auf Bundestageebene muss jetzt die vor der Bundestagswahl zugesagte Dreiviertelförderung einlösen. Ich bitte alle, ganz besonders die FDP, an dieser Stelle Druck auf den Bundesverkehrsminister zu machen, damit dieses Versprechen wirklich eingelöst wird.

(Beifall SPD)

Die Möweninsel vor Schleswig ist FFH-Gebiet, ein Kulturdenkmal und für die Stadt sehr bedeutend. Leider erodiert sie zunehmend, was ich mit bloßem Auge sehen kann, wenn ich bei mir um die Ecke gehe. Ich erwarte, dass die Möweninsel gepflegt und gerettet wird. Das sieht die Landesregierung laut Antwort auf meine Kleine Anfrage aus dem September 2020 leider anders. Sie sieht keinen Handlungsbedarf. Auch für die anderen erodierenden Inseln in der Schlei, die Liebesinsel und Reesholm, hält die Landesregierung keine Maßnahmen für nötig. Daher fordere ich, dass die Möweninsel der Stadt Schleswig übertragen wird, von ihr gepflegt und gerettet werden kann.

Das, was ich jetzt sage, gefällt meine Fachsprecherin für Umwelt ganz und gar nicht. Aber ich sage das jetzt einmal aus lokaler Sicht: Es gibt noch eine Baustelle.

(Zurufe)

Wenn man, wie ich, auf dem Holm wohnt, dann unterhält man sich regelmäßig selbstverständlich mit den Fischern. Was sie erzählen, ist erschütternd: Die Schlei ist leer; es gibt kaum noch Fisch. Die Süßwasserfische wie zum Beispiel der Stint sind verschwunden. Jetzt kommen gerade zwar die Heringe,

(Dennys Bornhöft [FDP]: Und der Kormoran auch!)

was eine gute Gelegenheit darstellt, die schöne Schleiregion zu besuchen, aber mit ihnen auch die Kormorane. Geschätzt 15.000 bis 20.000 Kormorane fressen sich in der Schlei satt. Hinzu kommen im östlichen Teil invasive Quallen, die sich ohne natürliche Feinde stark ausbreiten und den Fischlaich

(Birte Pauls)

vernichten. Wenn wir den Charme der Schlei, die Lebensgrundlage für Tier und Mensch, die Vorteile der regionalen Vermarktung - ich schaue an dieser Stelle nach links - und auch den Tourismus stärken wollen, braucht es eine ordentliche Kraftanstrengung aller Akteure; die kann ich bei dieser Landesregierung leider nicht erkennen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Unruhe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An der munteren Debatte sieht man, wie schwierig es ist, Interessenkonflikte, die gut begründet oder auch manchmal weniger gut begründet vorgetragen werden, zueinander zu bringen und Lösungen zu finden.

Ich akzeptiere Ihre persönliche Sichtweise, Frau Kollegin. Ich habe natürlich als Naturschutzpolitikerin eine ähnliche Perspektive wie Ihre Kollegin Sandra Redmann; aber darum geht es jetzt gar nicht. Es geht darum, dass wie hier nicht zum ersten Mal über die Schlei sprechen. Das ist gesagt worden.

Vor zwei Jahren haben wir beschlossen, dass wir die Ideen, die in der Modellprojektskizze vom Kreis Schleswig-Flensburg aufgelegt wurden, in einem Landesmodellprojekt aufgreifen wollen. Ich habe damals gesagt: Das ist ein guter Tag für die Schlei.

Ich möchte heute nach dem Bericht, den der Minister gehalten hat und nach dem, was Sie gerade ausgeführt haben, Frau Kollegin Pauls, sagen: Es war auch eine gute Zeit für die Schlei. - Das, glaube ich, können wir alle hier heute miteinander so sagen.

Die verschiedenen Umweltprobleme, die genannt wurden, sind seit Langem bekannt. Auch wegen dieser divergierenden Nutzungsansprüche sind sie schwer miteinander in Einklang zu bringen. Weil sie so schwierig zu moderieren waren, hat es auch lange überhaupt keine Ansätze gegeben.

Ich will nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, die Sie jetzt gerade genannt haben, weil sie, glaube ich, singulär sind.

Das zentrale Problem für die Gewässerqualität und die Ursache für die mangelnde Gewässerqualität ist die intensive Landwirtschaft; das ist angesprochen worden. Sie haben zu Recht gesagt, dass Lösungen

hier nur gemeinsam gefunden werden können, insbesondere weil es sehr attraktive Standorte für die Landwirtschaft sind.

Diese integrierten Lösungen, die hier diskutiert wurden - Sie haben einige davon genannt, die ich jetzt nicht wiederholen möchte, weil mir sonst die Zeit wegläuft -, sind, glaube ich, der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme.

Man kann - darüber haben wir häufiger diskutiert - die Naturschutz- und Umweltprobleme, die die Schlei hat, nicht gegen die Landwirtschaft, die als Hauptakteur zu nennen ist, lösen, sondern nur mit ihr gemeinsam.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU, SPD und FDP)

- Schön, dass Sie das beklatschen. - Man muss Lösungen finden, mit denen die Landwirtschaft leben kann und die wir, um die Gewässerqualität und die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten, unbedingt brauchen, auch ökonomisch darstellen müssen.

Wir haben diese Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus vielfach genannt. Das ist ein echtes Win-win-win-Projekt. Es ist deshalb auch etwas, das ausstrahlen kann und das wir für die Lösungen und die Ansätze, die man in der Flensburger Förde zu finden hat, diskutieren sollten.

Ich möchte auf dieses Prinzip noch einmal eingehen und die lokalen Aktionen nennen, die wir im Land vielfach haben, nicht nur an der Schlei; hier sind sie von dem Naturpark getragen. Dazu gehört das Prinzip, das der Schlüssel für die Lösung ist: Es muss kommunal, lokal, vor Ort verankert sein. Man muss versuchen, Konsens zu finden zwischen Schützerinnen, Schützern, Nutzerinnen und Nutzern von Natur. Dass das geht, haben die vergangenen zwei Jahre gezeigt.

Das kann nur mit flankierenden Mitteln funktionieren. Wir brauchen in der nächsten EU-Agrarförderperiode eine andere Agrarpolitik, die die Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellt. Die Gemeinwohlprämie ist genannt worden. Landwirtinnen und Landwirte müssen nicht nur für die Leistungen bezahlt werden, die sie erbringen, um Lebensmittel zu produzieren, sondern auch dafür, dass sie die Gewässer und Böden schonend behandeln sowie Klimaschutz und diverse andere Umweltaspekte beachten. Das kann man machen.

In dem Zusammenhang ist die Einbindung der CAU interessant, die zeigt, wie man zum Beispiel Hoftor-

(Marlies Fritzen)

bilanzen als innovatives Instrument für den Gewässerschutz honorieren kann.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt läuft mir tatsächlich die Zeit davon. - Ich freue mich sehr, dass wir heute darüber reden, dass gute Erfolge erzielt wurden. Ich freue mich, dass dieses Projekt offensichtlich fraktionsübergreifend weiter unterstützt wird. Es ist die Aufgabe der nächsten Landesregierung, für eine Verstetigung zu sorgen. Dass man nach zwei Jahren erste Ansätze zeigen, aber noch nicht den großen, durchschlagenden Knoten vorweisen kann, ist selbstverständlich.

Deshalb ist es notwendig, dass wir weiter Geld in dieses Projekt stecken. Auch in vielen anderen Bereichen hat man Geld zur Verfügung, aber wenn man keine Strukturen schafft, die mit Personal hinterlegt sind, gibt es Probleme. Sie haben die beiden Kollegen genannt, die das hier ganz hervorragend machen. Die Anbindung an die Örtlichkeit über den Naturpark ist entscheidend. Wenn man solche Strukturen nicht schafft, schafft man es möglicherweise auch nicht, weitere Projektmittel von Bund oder EU in die Region zu holen. Dafür gibt es viele Beispiele in Schleswig-Holstein.

Deshalb ist es mein Wunsch für die nächste Wahlperiode, die ich vom Seitenrand aus verfolgen werde, dass wir hier eine Verstetigung hinkriegen, so dass wir nicht nur eine gute Zeit für die Schlei haben, sondern auch bessere Zeiten für die Schlei, die Menschen und die Natur bekommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich der Jamaika-Koalition dafür, dass wir dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht und den mündlichen Bericht erbeten haben, und ich danke dem Minister für seinen Bericht. Vor allem danke ich allen Beteiligten für die sehr gute Umsetzung dieses Modellprojekts.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schlei ist im Landtag des Öfteren Thema gewesen - diesen Satz hat heute jeder gesagt, auch ich sage ihn -, sowohl im Plenum als auch im Ausschuss. Uns allen war und ist klar: Um weitgehende Umweltziele zu erreichen, bedarf eines langfristigen und vor allem gemeinsamen Weges, und dieser wird in diesem Modellprojekt aufgezeigt.

Eine gute Politik ist in Bezug auf Umweltschutz eine, die Maßnahmen auf Dauer auslegt und Kompromisse mit allen Beteiligten findet. Nur durch Kontinuität werden Umweltmissstände behoben, und nur mit der Hilfe aller Beteiligten kann dies gelingen. Deswegen ist es richtig, dass die Landesregierung hier den Rückhalt für das Projekt darstellt und dieses weiter antreibt; wir stehen voll dahinter.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Projekt „Modellregion Schlei“, welches seit Frühjahr 2020 existiert, soll den Naturraum rund um und in der Schlei verbessern. Das aktuell leider immer noch mit Schadstoffen überlastete Gewässer soll durch dieses Projekt in einen besseren Umweltzustand versetzt werden.

Anhand von Agrar- und Ökosystemforschung werden in dem Projekt zukunftsgerichtete und gewässerschonende Landnutzungskonzepte erforscht und erprobt. Als FDP-Fraktion begrüßen wir den Entwicklungsansatz des Projekts und die Offenheit, durch einen gestalterischen Ansatz nachhaltige Landwirtschaft weiterzuentwickeln, anstatt durch Verbote.

(Beifall FDP)

Da das Projekt bis Ende des Jahres befristet ist, werbe auch ich - genauso wie meine Vorrednerinnen und Vorredner - dafür, es darüber hinaus fortzuführen. Das Modellprojekt Schlei ist bis zum jetzigen Zeitpunkt erfolgreich, es ist ein kooperatives Werk von dem Ministerium und den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg, und es zeigt, wie gut ein Projekt funktionieren kann, wenn alle Beteiligten gleichermaßen an der Gestaltung beteiligt sind.

Jeder Bereich der Landwirtschaft, des Naturschutzes, der Wasserwirtschaft, des Tourismus und der Zivilgesellschaft in der Region wird durch dieses Projekt begleitet. Es bietet einen Mehrwert für die gesamte Schleiregion und steht ergänzend zur Biodiversitätsstrategie des Landes.

Die Mischung aus Förderung und Forschung erzielt Synergieeffekte, welche nicht nur zum Wohle der Schleiregion entstehen, sondern das Projekt stärkt

(**Oliver Kumbartzky**)

die gesamte Biodiversität in Schleswig-Holstein. Denn die Erkenntnisse lassen sich auch auf andere Regionen übertragen, die ähnliche Probleme haben. Insofern können alle von diesen innovativen Erfahrungen und Erfindungen profitieren.

Meine Damen und Herren, ich erspare es Ihnen, das zu wiederholen, was andere schon gesagt haben, und schließe mich den Hinweisen auf Projekte, die es gibt, an. Es läuft alles prima. Ich bedanke mich bei den beteiligten Kreisen und allen Beteiligten, die die gemeinsame Arbeit vorantreiben und sich der Herausforderung stellen, den Umweltzustand der Schleiregion zu verbessern.

Lassen Sie uns weiter mit solchen Projekten den Umweltschutz in alle Bereiche und an alle Beteiligten bringen. Umweltschutz geht nur mit den Menschen, nicht gegen sie - das sehe ich ganz genauso wie Marlies Fritzen.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW] - Zuruf)

Gemeinsam mit technologieoffener Forschung und Innovationen wird sich ein Weg zeigen. - Liebe Frau Pauls, ich unterstütze Sie sehr, was das Thema Kormoranmanagement angeht.

(Beifall FDP, Lars Harms [SSW] und Volker Schnurrbusch [AfD] - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Da haben Sie mich voll an Ihrer Seite. Im Gegenzug will ich mich dafür einsetzen, dass die Zusagen, die es aus dem Bundesverkehrsministerium gab, umgesetzt werden.

Ich sehe bei diesen Themen große Allianzen; das finde ich sehr schön. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Berichtsantrag zum Umweltzustand der Schlei hat Flemming Meyer seinerzeit die Problematik bezüglich der dortigen Wasser- und Umweltqualität auf die landespolitische Agenda gesetzt. Letztendlich war aber schon länger bekannt, dass es nicht gut um die Schlei steht. Durch den Bericht wurde dies noch einmal bestätigt und verdeutlicht, und erstmals hatte auch die Landespolitik eine

Grundlage, die für eine umfassende Betrachtung der vielfältigen Probleme dienen konnte.

Bereits im Vorfeld hatte der Kreis Schleswig-Flensburg ein Integriertes Schleiprogramm erstellt, das heute die Grundlage für die Modellregion Schlei bildet. Es brauchte seinerzeit aber auch den politischen Anstoß und die Unterstützung von Landesseite. Aber ohne den Willen und den Einsatz der regionalen Ebene wären wir nicht dort, wo wir heute sind. Danke dafür.

Die Modellregion Schlei ist ein umfangreiches Umweltschutzprojekt, das seinesgleichen sucht. Die Zusammenarbeit und Förderung durch das Land, die Kreise Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde, die anliegenden Kommunen sowie der Einsatz der Akteure aus den Bereichen Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Fischerei, Tourismus und Naturschutz machen den Erfolg der Modellregion aus. Ihnen gilt unser Dank, denn ihr Engagement und ihr Einsatz machen das Projekt so erfolgreich.

(Beifall SSW)

Seit April 2020 steht das Projekt „Modellregion Schlei“, dessen Koordinierung beim Naturpark Schlei angesiedelt ist. Ausschlaggebend und bezeichnend für den Erfolg ist die ganzheitliche Herangehensweise, um mit der Landwirtschaft, dem Naturschutz und der Wasserwirtschaft gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und unter anderem dem Nährstoffproblem im Einzugsbereich der Schlei entgegenzuwirken.

Was seitdem dort auf die Beine gestellt wurde, ist beachtlich. Wir reden hier über ein Einzugsgebiet von rund 70.000 ha, das landwirtschaftlich geprägt ist. Wir reden hier über eine hochproduktive Region mit Schweinemast, Ackerbau, Maisanbau oder Biogas. Der Schlüssel zum Erfolg ist die Teilnahme der landwirtschaftlichen Betriebe. Um diese zu erreichen, bedarf es einer guten Netzwerkarbeit, aber insbesondere einer guten Aufklärungsarbeit. Ohne den Willen und die Teilnahme der Landwirtschaft funktioniert das Projekt nicht.

Seit Juni des letzten Jahres gibt es zudem ein Forschungsprojekt der CAU, dem sich 30 Betriebe angeschlossen haben. Das Projekt zielt darauf ab, als sogenannte Hybridlandwirtschaft die Aspekte Biodiversität und Klimaschutz in die verschiedenen Betriebe zu integrieren, auch unter Berücksichtigung einer ökonomisch erfolgreichen Landwirtschaft. Dieser Ansatz soll dazu dienen, Gemeinwohlleistungen in der Landwirtschaft als zentrales Element der Agrarförderung zu implementieren. Wir haben dort ein Forschungsvorhaben, das rich-

(Lars Harms)

tungweisend für die zukünftige Agrarförderung werden kann.

Neben der landwirtschaftlichen Beteiligung ist die Stärkung der regionalen Wertschöpfungskette ein weiteres Merkmal der Arbeit des Naturparks. Die Direktvermarktung der regionalen und saisonalen Produkte ist hier von besonderer Bedeutung. Die vielfältige Produktion in der Region, die kurzen Transportwege und eine nachhaltige Bewirtschaftung, das sind die Schlagworte, mit denen im regionalen Einkaufsführer geworben wird. Die Wertschöpfung in der Region durch Direktvermarktung zu stärken, ist sehr zu begrüßen und wird auch entsprechend gefördert. Jedoch ist der 50-prozentige Eigenanteil, den der Naturpark Schlei hierfür aufbringen muss, kaum zu stemmen.

Neben Umweltbildungsformaten für Schulen gibt es eine gute Zusammenarbeit mit dem Bildungshaus Treenelandschaft in Eggebek. Darüber hinaus ist vorgesehen, eine App bereitzustellen, mit der Interessierte entsprechende Informationen zur Region abrufen können. Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Punkt, um auf die unterschiedlichen Aktivitäten in der Region hinzuweisen und aufzuklären. Dieser Ansatz sollte weiterverfolgt und gestärkt werden. Der Umfang dessen, was in der Modellregion Schlei und von den Akteuren des Naturparks mittlerweile initiiert wurde, ist beachtlich und bemerkenswert. In der Modellregion Schlei wurde in der Kürze der Zeit vieles auf die Beine gestellt, was mittlerweile Vorbildcharakter für andere Regionen im Land und im Bund hat.

Das Projekt darf zum Ende des Jahres nicht auslaufen, wie es eigentlich automatisch der Fall wäre. Wir müssen die Arbeit und die Projekte verstetigen. Wir als SSW wollen uns auf jeden Fall dafür einsetzen und hoffen, dass wir da alle an einer Seite stehen.

Ich möchte mich auch für die Rede der Kollegin Pauls bedanken, insbesondere für die Passagen zum Kormoran.

(Lebhafter Beifall FDP)

Da haben wir wirklich eine große Herausforderung. Es gibt die Möglichkeit, sich die Lösungsmöglichkeiten in Dänemark oder in den Niederlanden anzusehen. Dort hat man ja eine ähnliche Problematik. Wir reden über dieses Thema schon seit mindestens 15 Jahren. Es ist uns noch nicht gelungen, hier etwas zu tun. Es ist eine ernsthafte Problematik. Nicht nur für die Fischer, sondern auch für den Naturhaushalt ist es notwendig zu sehen, ob man hier eine Bestandsregulierung hinbekommt. Das geht

gar nicht anders. Vor diesem Hintergrund danke ich Ihnen, dass Sie das noch einmal angesprochen haben. Da haben wir eine Herausforderung, die wir in der Schleiregion gemeinsam angehen können. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, Birte Pauls [SPD] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist gut und wichtig, dass wir heute mal wieder über die Schlei und über dieses besondere Modellprojekt reden. Ich möchte aus regionaler Sicht noch einmal unterstreichen, was der Minister, aber auch Heiner Rickers und andere Kollegen zur Wasserqualität gesagt haben. Das ist der Kern dieses Projektes, aber auch mir ist hier wichtig, dass wir nicht nur vorankommen und auch schon vorangekommen sind, sondern dass die Landwirte als die wesentlich betroffenen Mitakteure eng beteiligt werden.

Guckt man sich aber darüber hinaus neben diesem Schwerpunktthema die Entwicklung dessen an, was das Thema Modellregion in der Region verursacht, dann stellt man fest: Es ist ein Stück Identitätsstiftung gewesen. Wir können wieder mit Stolz an der Autobahn mit einem großen Schild auf den Naturpark Schlei hinweisen, weil wir wissen, dass wir etwas vorzuweisen haben. Wir haben eine echte Kooperation der Kreise und aller Akteure in dem großen Netzwerk, das hier schon richtigerweise beschrieben wurde.

Die Schleiregion ist eine anerkannte und zertifizierte nachhaltige Tourismusregion. Da ist alles, was mit der Modellregion zu tun hat, existenziell für die Werbung und Weiterentwicklung des wichtigen Standortfaktors Tourismus bei uns in der Region.

Das Thema Umweltbildung ist angesprochen worden, um es auch ganzheitlich zu betrachten. Was mit Gewässerqualität verbunden ist, muss auch an die nächste Generation weitergetragen werden, es muss Verantwortung geweckt werden. Es geht um den Gewässerforschungskoffer oder einen Gewässerlehrpfad, der von der Region demnächst in Angriff genommen wird.

Die Wertschöpfung, die auch die regionalen Anbieter in der Region haben - es wurde angesprochen -, sind jetzt noch einmal in einem regionalen Ein-

(Johannes Callsen)

kaufsführer zusammengestellt. Es sind über 60 Betriebe, das ist beeindruckend.

All das macht deutlich, dass es bei der Modellregion nicht nur ein hauptamtliches engagiertes Team gibt, sondern auch ein tolles, engagiertes Netzwerk. Ich glaube und bin fest überzeugt, dass das Modell, das wir angeschoben haben, Identität in der Region für die Zukunft schaffen kann, und bin auch deswegen dafür, dass wir es langfristig ausrichten.

Ein Wort noch zur Kollegin Pauls, weil ich noch 41 Sekunden habe: Ich will zum Thema Wikingeck daran erinnern, dass es die Koalitionsfraktionen waren, die in ihrem Antrag vor zwei Jahren schon ein klares Bekenntnis gemeinsam mit der Landesregierung abgelegt haben, dass sich das Land an der Sanierung beteiligt. Das muss man noch einmal festhalten. Dann kam erst der Bund, und - das ist richtig, Frau Kollegin Pauls - dann erwarte ich, dass die neue Bundesregierung auch zu dem gegebenen Wort steht und das erfüllt. - Herzlichen Dank.

(Wortmeldung Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage - -

(Beifall CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/3586 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Versorgung Kinder psychisch kranker Eltern

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3643

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! In der vergangenen Expertenanhörung im Sozialausschuss, die wirklich sehr interessant war, haben wir zur Kenntnis genommen, dass sich acht

von zehn Kindern durch Corona belastet fühlen. Es gibt eine nicht kleine Gruppe von Kindern, die sich auch schon vor Corona und den Folgen belastet gefühlt hat, die es nun mit Corona noch schlechter haben und denen es noch schlechter geht. Das sind häufig die Kinder von psychisch kranken Eltern.

Schätzungen zufolge gibt es 3,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland, die mit mindestens einem Elternteil aufwachsen, der psychisch erkrankt ist. Expertinnen und Experten vermuten, dass ungefähr 15 % der Kinder unter drei Jahren betroffen sind. Das sind nur Schätzungen, leider gibt es hierzu keine validen Zahlen. Psychisch erkrankte Menschen suchen professionelle Hilfe entweder zu spät oder überhaupt nicht auf. Es ist deshalb anzunehmen, dass die Dunkelziffer noch höher ist.

In betroffenen Familien gibt es oft Probleme wie zum Beispiel mangelnde Erziehungskompetenz, finanzielle Probleme, Suchtprobleme, schlechte Wohnverhältnisse, Armut, Gewalt und sexualisierte Gewalt, Missbrauch und Partnerschaftsprobleme. All diese aufgeführten Probleme können zu gravierenden Entwicklungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen führen. Kinder aus diesen Verhältnissen tragen ein achtfach größeres Risiko, im Laufe ihres Lebens selber psychische Störungen zu entwickeln.

Glücklicherweise trifft diese Entwicklung nicht alle Kinder. Wir als Gesellschaft müssen Vorkehrungen treffen, damit diese Kinder und Jugendlichen die Unterstützung und Hilfe bekommen, die sie benötigen, um diesen Risiken ihres Aufwachsens zu entgehen.

Wünschenswert wäre es, wenn es repräsentative Daten zu diesen betroffenen Kindern gäbe. Leider ist das nicht der Fall. Ebenso wäre es sehr sinnvoll und einfacher, wenn die bereits vorhandenen Angebote gebündelt und niedrigschwellig zugänglich wären. Es gibt hier einige, jedoch wissen wir nicht genau, wo überall Hilfsangebote für diese Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen angeboten werden. Es existiert hier unseres Wissens nach kein breites und flächendeckendes Versorgungs- und Angebotsnetz für Kinder psychisch kranker Eltern in Schleswig-Holstein. Die Koordinierung und Vernetzung interdisziplinärer Leistungen und Hilfen im Land, insbesondere die Schnittstellen zwischen Gesundheitssystem und Jugendhilfe scheinen zudem ebenfalls verbesserungswürdig zu sein.

Hier sehen wir Handlungsbedarf - dringend, wie bei der Schaffung von Angeboten und beim Ausbau der bestehenden Angebote im niedrigschwelligen Be-

(Katja Rathje-Hoffmann)

reich mit Bezugspersonen. Deswegen bitten wir die Landesregierung um eine Bestandsaufnahme und -erhebung zu dieser Versorgungssituation.

Gespräche mit Betroffenen, sowohl den Kindern und Jugendlichen als auch den Eltern und Anbietern solcher Therapiemaßnahmen, haben ergeben, dass hier mehr Unterstützung angebracht ist. Deswegen freut es uns ganz besonders, dass für dieses Jahr Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € eingeplant sind. Das ist sehr gut angelegtes Geld zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, zum Schutz einer schützenswerten vulnerablen Gruppe.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen diese Zielgruppe nicht vergessen. Unser Ziel bleibt die gesellschaftliche Teilhabe von allen Kindern und Jugendlichen. - Danke schön.

(Beifall CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig, dass wir zum Schluss der Legislatur noch einmal auf diejenigen unsere Aufmerksamkeit richten, die es besonders hart getroffen hat und die in der jetzigen Zeit mehr denn je betroffen sind. Ich möchte mich aber erst einmal bedanken bei allen Mitgliedern des Sozialausschusses für die hohe Disziplin, die in den letzten Wochen und Monaten in unserem Ausschuss vorgeherrscht hat, um all die Problemstellungen, die wir im Schatten der Corona-entwicklung erlebt haben, auf den richtigen Punkt zu bringen. Ich bedanke mich bei allen Kollegen, das ist sehr gut gelungen.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD], Birte Pauls [SPD], Werner Kalinka [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kinder psychisch kranker und oft suchtkranker Eltern, die es vielleicht gerade erst in der Pandemie geworden sind, verdienen gerade jetzt unsere besondere Aufmerksamkeit. Diese Kinder stehen oft einem komplexen Schadenskarussell gegenüber, das sie kaum bewältigen können. Familie, das weiß wohl jeder von uns und erfährt es an Leib und Seele, besteht zwar aus Individuen, aber die sind meist

sehr komplex miteinander verwoben. Kinder sind die schwachen und wehrlosen Opfer, die sich mit ihren verzweifelten Verantwortungsbemühungen in die Rolle von Ersatzerwachsenen bemühen. Sie sind heillos überfordert. Vor einer psychischen Erkrankung sind es die Elternteile selbst, deren psychische Erkrankung einer Opferrolle entspringen ist. Das ist ein Teufelskreis, eine grausame Familienspirale.

In den Familien und Beziehungen häufen sich Distanzierung, Ignorieren, Bagatellisierung und in der Folge Wut, Aggression, vielleicht sogar Hass, nicht selten Gewalt.

(Unruhe CDU)

- Nicht, Herr Gesundheitspolitiker von der CDU? - Das wollte ich Ihnen auch sagen. In der Überforderung der Kinder entwickeln sich Angstreaktionen, die nicht selten mit Bettnässen, Schaukelhospitalismus oder Kontaktstörungen einhergehen. Die kranken Eltern sind peinlich und werden in Phantasiegeschichten und Selbstisolation versteckt. Eine schwere psychische Erkrankung wie zum Beispiel eine Depression und vielleicht auch eine daraus erwachsene Suchterkrankung schaffen ein völliges Ungleichgewicht und können besonders bei Kindern Schäden für ein ganzes Leben anrichten. Es ist bekannt, dass diese Kinder ein stark erhöhtes Risiko haben, im Laufe ihres Lebens selbst eine psychische Störung zu entwickeln.

Daher brauchen die Kinder und diese Familien bedarfsgerechte Hilfen, die sich dem oft schwankenden Krankheitsverlauf anpassen und unterschiedliche Beeinträchtigungen berücksichtigen. Dies schließt Übergänge zwischen niederschwelligen und intensiveren Hilfen für die betroffenen Elternteile und deren Kinder ein. Für eine passgenaue Versorgung der Kinder sind daher breitgefächerte, individuell abgestimmte Angebote notwendig, die systematisch geplant sind und auch kurzfristig in Anspruch genommen werden können.

Die Zusammenarbeit verschiedener Fachkräfte und Einrichtungen insbesondere der Kinder- und Jugendhilfe und des Gesundheitswesens ist von zentraler Bedeutung. Im letzten Jahr habe ich mit meinen sozialpolitischen Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion die Brücke Lübeck besucht und das Projekt Pampilio kennengelernt. Dies ist ein wichtiges Angebot für Kinder, deren Familienangehörige von einer psychischen Erkrankung betroffen sind. Hier geht es darum, individuell die Kinder zu fördern und ihnen Freiraum für eine unbeschwerte Zeit zu geben.

(Bernd Heinemann)

Uns wurden aber auch die Schwierigkeiten und die Begrenzungen aufgezeigt. Teilweise sind Hilfen nur für eine begrenzte Zeit genehmigt, obwohl eine psychische Erkrankung oftmals ein Leben lang die Familien begleitet und chronisch daherkommt. Für eine viel längere Zeit brauchen diese Kinder Unterstützung von außen.

Uns wurde auch der Mangel an ambulanten und stationären Therapieplätzen geschildert. Genau jetzt ist es an der Zeit, dass wir uns die Versorgungssituation genauer ansehen und auch an dieser Stelle aus der Pandemie und ihren Folgen die richtigen Schlüsse ziehen. Wir wissen, dass die Wartezeiten gerade in der Psychotherapie oft endlos lang sind und dass selbst suizidale Risiken von Jugendlichen oft nur mit einem Notfallgespräch angegangen werden können.

Nun werden wir die Ergebnisse dieser Erhebung in dieser Zusammensetzung nicht mehr in politisches Handeln umsetzen können, aber es ist sehr klug, dem neuen Parlament dafür die Grundlagen zu liefern, und genau das zumindest können wir mit diesem Antrag tun. Deswegen ist er richtig. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass durch den Antrag auch die Auswirkungen des regionalen Psychiatricbudgets in den fünf Modellregionen im Land in Bezug auf die Effekte psychiatrischer Versorgung von Familien auf den Prüfstand gestellt werden. Die SPD-Fraktion wird diesem Antrag in diesem Sinne zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass wir heute gemeinsam diesen Antrag auf den Weg bringen können, denn eines ist ganz klar: Psychisch Kranke sind krank, und wenn ihre Kinder in einer anderen Situation sind, dann ist das nicht ihr Wille, sondern das liegt an ihrer Krankheit. Hier wird in unserer Gesellschaft noch viel zu viel stigmatisiert, und das muss dringend geändert werden.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Bernd Heinemann [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerade eben schon gehört, wie viele Kinder betroffen sind.

Ich muss sagen: Während der Anhörung im Sozialausschuss, die wir neulich hatten, konnten wir alle eine Stecknadel fallen hören, weil Frau Professorin Jauch-Chara deutlich gesagt hat, dass versucht wird, eine ganze Reihe von Kindern, die eigentlich jetzt im Moment schon so schwer belastet sind, dass sie stationär behandelt werden müssten, ambulant zu behandeln. Die geben wirklich ihr Bestes.

Das macht einmal wieder klar, wie groß der Aufholbedarf im Gesundheitsbereich ist. Die Strukturen haben vor der Coronapandemie schon nicht ausgereicht. Jetzt kommen die zusätzlichen Belastungen, und wir sehen, was für ein riesiger Aufholbedarf da ist. Deswegen schließe ich mich der Kollegin Katja Rathje-Hoffmann und dem Kollegen Bernd Heinemann an. Wer immer in den nächsten Monaten hier an dieser Stelle stehen wird und die Geschicke des Landes weiter leiten wird: Ich würde mich sehr freuen, wenn das Thema Kinder psychisch Erkrankter weiterbehandelt wird und die Strukturen verbessert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gucken wir uns einmal an, was wir im ersten Schritt im Land haben: Wir haben gute frühe Hilfen. Wir haben viele Menschen, die sich vor Ort engagieren, insbesondere in den Kommunen. Das ist immer der erste Schritt, zu wissen: Wo stehen wir? Wie ist die Situation? Bei all diesen Menschen, um die es geht, ist es wichtig, ohne Vorurteile an sie heranzugehen. Es ist immer noch so, dass über psychische Erkrankungen viel zu wenig gesprochen wird. Hören Sie sich einmal in Ihrem Umfeld um, wie viele Familien betroffen sind. Das ist immer noch ein Thema, über das viel zu wenig geredet wird. Auch das sollten wir ändern.

Das ist der erste Schritt. Das ist schon einmal ganz gut. In einem zweiten Schritt müssen wir gucken: Welche Strukturen können darauf aufbauen? Was müssen wir in Schleswig-Holstein besser machen, damit diese Kinder möglichst genauso glücklich und unbeschwert aufwachsen können wie die Kinder anderer Eltern? In einem dritten Schritt wollen wir das hier vor Ort umsetzen. Dazu brauchen wir die Kommunen, weil vor Ort die Entscheidungen getroffen werden.

Eines ist mir noch ganz wichtig, was die Eltern und die Behandlung der Eltern angeht: Psychische Erkrankungen sucht sich niemand aus. Sie binden Kraft, sie binden Energie, sie binden Zeit. Sie binden auch viel Lebensqualität. All dies würden psychisch Kranke gern an anderer Stelle einsetzen. Das können sie in ihrer Situation eben nicht.

(Dr. Marret Bohn)

Das können wir in den nächsten Monaten und Jahren alles ändern. Ich freue mich, dass wir heute gemeinsam diesen Antrag auf den Weg bringen. Ich bedanke mich jetzt schon bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, die uns dabei unterstützen. - Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir alle wissen, hat die Coronapandemie zu steigenden psychischen Belastungen innerhalb aller Gruppen und Schichten unserer Gesellschaft geführt. Dies betrifft die Erwachsenen genauso wie die Kinder und Jugendlichen. Pandemiebedingte Regelungen für Kurzarbeit, Impf- und Testregelungen, Kontaktbeschränkungen, die Schließung von Kitas, Spielplätzen, aber auch Bars und Diskotheken haben vielfach dazu geführt, dass sich Spannungen innerhalb des eigenen Sozialraums, speziell auch innerhalb der Familie und innerhalb der eigenen vier Wände, potenziert haben.

Eine steigende Zahl psychischer Auffälligkeiten im Kinder- und Jugendbereich, wie auch darüber hinaus, war und ist leider immer noch die Folge. Kinder, welche schon zuvor in schwierigen Familienverhältnissen lebten, speziell nur mit der Mama oder nur dem Papa, die oder der dann auch noch mit psychischen Auffälligkeiten, litten vielfach und stark unter diesen Pandemieregulungen.

Nun kam aber die Problemlage nicht erst im März 2020 neu hinzu. Schon vor Corona lebten etwa ein Viertel unserer Kinder und Jugendlichen mit mindestens einem psychisch erkrankten Elternteil zusammen. Deutschlandweit sind das rund 3,8 Millionen Kinder. 15 % dieser Kinder sind unter drei Jahre alt. Schon unter normalen, Nichtcoronaumständen, ist das allgemeine Risiko für Kinder, selbst später an einer psychischen Störung zu erkranken im Vergleich zu Kindern mit gesunden Eltern um bis zu 77 % erhöht. Das zeigt, dass es eine statistische Wahrscheinlichkeit gibt, später selbst psychisch zu erkranken, wenn das bei den Eltern schon der Fall war.

Ursachen für diese Erkrankungen gibt es viele: Überforderung, Dauerstress im beruflichen Kon-

text, Existenzängste, tragische Vorfälle im nahen Familienumfeld oder auch Suchterkrankungen, die eine starke Korrelation mit psychischen Erkrankungen haben. Die Landesstelle für Suchtberatung Schleswig-Holstein hat uns dazu im Vorwege dieser Debatte geschrieben.

Die Folgen dieser Ursachen sind aber in ihren Auswirkungen ähnlich: Familien werden sehr stark belastet, Kinder müssen früh erwachsen sein, um ihre Eltern zu unterstützen. Hieraus wiederum entstehen sehr belastende und stressige Situationen für die Kinder selbst. Dass sich hieraus dauerhafte Problemstellungen für die Kinder, aber auch für unser Sozialwesen und die Gesellschaft entwickeln können, liegt auf der Hand.

Aber wo stehen wir in Schleswig-Holstein? Wo können wir vielleicht noch besser werden und Problemstellungen gar nicht erst aufkommen lassen? Diese und weitere Fragen wollen wir durch eine breit angelegte Erhebung zur Versorgungssituation von Kindern psychisch erkrankter Eltern im Land in Auftrag geben. Die hierbei erarbeiteten Handlungsempfehlungen werden uns als Richtschnur dienen, dann in der nächsten Legislatur in diesem so wichtigen Sozialbereich besser zu werden.

Schon heute sind verschiedene Initiativen im Land aktiv. Exemplarisch gehe ich kurz auf zwei Angebote ein.

Im kreisweiten Präventionskonzept des Kreises Pinneberg existiert beispielsweise ein wöchentliches Gruppenangebot für Kinder zwischen 6 und 18 Jahren für Kinder von psychisch erkrankten Eltern. Bei Bedarf werden auch Einzelberatungen angeboten. Darüber hinaus gibt es regelmäßige Gespräche mit den Eltern, in deren Vordergrund immer das Wohl des Kindes und der Familie und nicht die Erkrankung der Eltern stehen. Das ist ein gutes Konzept im Kreis Pinneberg.

Darüber hinaus existiert das Netzwerk für psychisch kranke Eltern und ihre Kinder in Schleswig-Holstein, NEK. Dieses setzt sich aus acht Krankenhäusern und dem Kinderschutzbund Schleswig-Holstein zusammen und bildet die Grundlage für die bestmögliche medizinische Versorgung von psychisch kranken Eltern und ihren Kindern. Ziel dieses Netzwerkes ist es, Mütter und/oder Väter mit psychischen Erkrankungen und ihre Kinder schnellstmöglich kompetent und wohnortnah zu versorgen. Das wird es nämlich brauchen. Speziell in der Eltern-Kind-Einheit erfahren hier Mütter oder Väter gemeinsam mit ihren Kindern therapeu-

(Dennys Bornhöft)

tische Hilfe. Sie erfahren Hilfe, Ruhe und Stabilisierung in dieser Situation.

Die beiden genannten Initiativen im Land sind sehr begrüßenswert. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass bei der psychosozialen Beratung, Betreuung und Prävention noch viel optimiert werden kann. Um dies herauszufinden, ist es richtig und erforderlich, die im Antrag genannte Erhebung durchzuführen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende, Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum etwas ist wichtiger für Kinder als verlässliche Beziehungen zu anderen Menschen, allen voran natürlich zu ihren Eltern. Ob Kinder die Erfahrung von stabilen Bindungen zu ihrem Umfeld machen, ist oftmals entscheidend für ihren gesamten Lebensverlauf. Im Idealfall geben Eltern ihren Kindern Halt und Sicherheit durch verlässliche Strukturen, an denen sich die Heranwachsenden orientieren können. Hierzu zählen Alltagsroutinen und sinnvolle, nachvollziehbare Regeln für das Familienleben, aber auch das Aufzeigen von Grenzen.

Viele Kinder von psychisch kranken Eltern haben diesen verlässlichen Rahmen nicht, oder sie machen diese wichtigen Erfahrungen zumindest nur zeit- oder teilweise. Wir wissen, dass die Auswirkungen oder Belastungen, die daraus entstehen können, vielfältig sind. Nicht jedes Kind psychisch kranker Eltern wird selbst krank, und doch ist die Wahrscheinlichkeit hierfür so stark erhöht und die Zahl der Betroffenen so groß, dass wir unbedingt eine stärkere Unterstützung für diese Kinder benötigen.

Vor diesem Hintergrund ist für uns vom SSW völlig klar, dass wir den Antrag der Jamaika-Koalition mittragen - und zwar nicht zuletzt, weil die Belastungen und der Hilfebedarf vieler Familien im Zuge der Pandemie immer weiter zunehmen. Das gilt natürlich auch für Familien, in denen ein Elternteil an einer psychischen Erkrankung wie etwa einer Depression oder einer Suchterkrankung leidet. Auch sie standen in den vergangenen zwei Jahren unter einem erhöhten Druck. Wir befürchten daher, dass sich die Situation von Kindern psychisch kranker Eltern derzeit eher zuspitzt als entspannt. Wenn wir

ehrlich sind, ist deshalb sehr wahrscheinlich nicht nur die geforderte Erhebung der Versorgungssituation dieser Kinder wichtig, sondern auch eine verstärkte Prävention, verlässliche Familienhilfe und oftmals auch echte Krisenintervention für diese Familien - und das besser heute als morgen.

(Beifall SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Der vorliegende Antrag zeigt im Grunde bereits auf, wie groß die Herausforderung ist. Bundesweit wachsen 3,8 Millionen Kinder mit mindestens einem Elternteil auf, das zumindest zeitweise psychisch erkrankt ist. Dies und die Tatsache, dass Studien zufolge bis zu 77 % dieser Kinder selbst erkranken, ist aus meiner Sicht schockierend. Viele dieser Kinder und Jugendlichen leiden still und unerkannt. Längst nicht alle betroffenen Eltern lassen sich behandeln. Wir können also nur erahnen, wie groß der tatsächliche Hilfebedarf ist.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Aber wir fangen auch nicht bei null an. Zumindest an ausgewählten Orten bietet das Netzwerk für psychisch kranke Eltern und ihre Kinder seit einigen Jahren Hilfe an. Auch unser engagierter Kinderschutzbund hier in Schleswig-Holstein hat sich dieses wichtige Thema längst auf die Fahnen geschrieben. Das zeigt, dass diese Kinder nicht immer und überall allein sind. Auch wenn es deutlich ausbaufähig ist, bin ich dankbar dafür, dass es entsprechende Eltern-Kind-Behandlungsangebote gibt.

Durch die Pandemie wird das Leben vieler belasteter Familien zunehmend zur Black Box. Selbst die Familienhilfe weiß häufig nicht mehr, mit welchen Problemen Eltern und Kinder in ihrem Zuhause konfrontiert sind. Da macht es durchaus Sinn, sich auch einen genauen Überblick über die Versorgungssituation von Kindern psychisch kranker Eltern zu machen.

Wenn ich mir aber ganz allgemein den extrem gestiegenen Bedarf an Psychotherapie anschau, würde es mich sehr wundern, wenn nicht auch die Versorgung dieser Kinder gestärkt werden muss. Ich will der Erhebung, die sich die Koalition wünscht, nicht vorgreifen. Aber ich möchte gern an eins erinnern: Kinder psychisch kranker Eltern haben erwiesenermaßen ein erhöhtes Risiko, unter Gewalt, körperlicher Misshandlung und Vernachlässigung zu leiden. Wir sind zumindest mitverantwortlich, wenn es darum geht, diesen Kindern ein gewaltfreies Aufwachsen zu ermöglichen.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Natürlich wäre ich froh, wenn ich eines Besseren belehrt wür-

(Lars Harms)

de, aber wir dürfen an dieser Stelle nicht zu naiv sein. Auch in der Antragsbegründung wird darauf verwiesen, dass die betroffenen Kinder vielfältigen und häufig chronischen Belastungen ausgesetzt sind.

Für das erklärte Ziel einer perspektivisch guten und zielgruppenorientierten Versorgung sind entsprechend vielfältige und vor allem flächendeckende Angebote nötig, und zwar passgenau für Eltern wie Kinder gleichermaßen und unbedingt präventiv. Hier sehen wir heute schon deutlich Luft nach oben. Deshalb macht es jetzt schon Sinn, auch wenn wir die Evaluierung und Erhebung noch nicht haben, sich über Angebote Gedanken zu machen.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen für die Debatte bedanken. Es ist schon ganz viel gesagt worden. In Wahrheit wirkt diese Pandemie gerade in diesem Bereich wie ein Brennglas, durch das schon vor der Pandemie bestehende Probleme noch einmal sehr viel deutlicher zutage treten.

Die Folge der einschränkenden Maßnahmen in den letzten 23 Monaten haben insbesondere Kinder und Jugendliche zu spüren bekommen. Kitas und Schulen konnten nicht besucht werden - jedenfalls zeitweilig. Kinder und Jugendliche mussten zu Hause betreut werden. Für viele Kinder und Jugendliche war gerade diese räumliche Enge sehr belastend, denn sie waren in ihren Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Zudem konnten Schulen und Kitas gerade in dieser Zeit nicht ihrer wichtigen Schutzfunktion nachkommen. Die Sorgen und Nöte belasteter Kinder und Jugendlicher konnten so nicht wie in normalen Zeiten erkannt werden, um Unterstützung anzubieten und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Probleme im familiären Umfeld haben sich während der Pandemie somit noch tiefgreifender auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ausgewirkt. Zu diesen Problemen gehören auch psychische Erkrankungen einschließlich Suchterkrankungen von Erziehungsberechtigten. Von solchen Er-

krankungen sind nicht nur die erkrankten Erziehungsberechtigten selbst, sondern auch das soziale Umfeld wie die Angehörigen betroffen. Unter diesen Angehörigen sind Kinder und Jugendliche eine ganz besonders vulnerable und verletzbare Gruppe.

Geschätzt - das haben die Damen und Herren Abgeordneten schon gesagt - sind drei bis vier Millionen Kinder davon betroffen, dass eines ihrer Elternteile psychisch erkrankt ist. Diese Eltern sind in ihrem Erziehungsverhalten häufig beeinträchtigt, weil sie krank sind. Die Erkrankung führt dazu, dass das Verhältnis zu den Kindern gestört oder sogar die Versorgung der Kinder gefährdet sein kann. Für die Kinder entstehen dadurch Belastungen und Entwicklungsrisiken, Angst vor Ausgrenzung und Stigmatisierung sowie vor einem möglichen Entzug des Sorgerechts. Dies führt unter Umständen dazu, dass Hilfen seitens der Eltern gar nicht oder erst viel zu spät angenommen werden.

Kinder psychisch kranker oder suchterkrankter Eltern haben ein erhöhtes Risiko, selbst psychisch zu erkranken oder eine Suchterkrankung zu entwickeln. Das zeigen vielfach nationale wie internationale Studien. Deshalb bedarf es Maßnahmen der Prävention sowie der Gesundheitsförderung, um Schutzfaktoren für psychische Gesundheit gezielt zu adressieren.

Sind Eltern aber bereits von einer psychischen Erkrankung betroffen, so sind die Unterstützungsangebote als System für sie, ihre Kinder und die Familie insgesamt notwendig. Kooperationen zwischen den beteiligten Hilfeanbietern aus der Kinder- und Jugendhilfe, aus den Gesundheitsbereichen Psychiatrie und Sucht, aus dem öffentlichen Gesundheitsdienst sowie aus den Bereichen Eingliederungshilfe und Bildung sind daher wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen der Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung der nationalen Präventionsstrategie unternimmt das Land bereits vielfache Anstrengungen. So hat sich mein Haus im Strategieforum Prävention dafür eingesetzt, dass das Präventionsziel, psychische Belastungen zu verringern, mit dem Fokus auf Kinder psychisch kranker Eltern ausgerichtet wird. Auf Grundlage des vom GKV-Bündnis im Herbst 2021 aufgelegten Handlungsrahmens kann eine kommunale Gesamtstrategie zum Thema Kinder psychisch kranker Eltern entstehen. Hierbei steht die Entwicklung von Perspektiven für eine akteursübergreifende Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Zudem wirkt mein Haus am breit angelegten Netzwerk „Kinder psychisch kranker Eltern“ unter dem Dach der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit bei der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Schleswig-Holstein mit.

Darüber hinaus bildet die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen einen ganz zentralen Ansatzpunkt. Mein Haus hat dabei unter anderem den Fachtag zu diesem Thema im vergangenen Jahr gefördert. Zusätzlich fördern wir ein Projekt in der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in Schleswig-Holstein, das auf die Etablierung eines Stigma-Bewältigungstrainings abzielt.

Unser Ziel ist es, auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Pandemie ein bedarfsgerechtes Angebot zur Unterstützung und Vernetzung von Eltern mit psychischen Erkrankungen und für betroffene Kinder zu etablieren. Das Netzwerk Kinder psychisch kranker Eltern hat bereits 2019 mit einer Erhebung der Angebotssituation begonnen. Darauf wollen wir aufbauen und eine detaillierte Bestandsaufnahme über bereits bestehende Angebote in Auftrag geben.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Die Bestandsaufnahme soll verdeutlichen, in welchen Regionen die Versorgung weiter ausgebaut werden muss, damit betroffene Kinder und Familien besser erreicht werden können.

(Beifall FDP, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In einem weiteren zweiten Schritt sollen Handlungsempfehlungen entwickelt werden. Wir werden dafür die einmalig im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 100.000 € verwenden. Ich glaube, sie sind in der Tat ausgezeichnet investiertes Geld. Im Vordergrund steht, den beteiligten Hilfeanbietern einen Überblick mit Empfehlungen zur Verfügung stellen zu können. Mit diesem Instrument möchte mein Haus einen grundlegenden Beitrag zur Verbesserung der Versorgung von Kindern psychisch erkrankter Eltern leisten. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3643, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Landesstrategie Künstliche Intelligenz

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3645

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Künstliche Intelligenz hat für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins überragende Bedeutung. Wollen wir auch in Zukunft eine wettbewerbsfähige Wirtschaft; wollen wir künftig zeitgemäße Bildung und exzellente Forschung; wollen wir weiterhin erstklassige Medizin, eine moderne Verwaltung, die Energiewende erfolgreich gestalten und noch vieles mehr, dann führt kein Weg an künstlicher Intelligenz vorbei. Davon ist die Landesregierung fest überzeugt, und dementsprechend handeln wir.

Seit 2019 haben wir darum als erstes Bundesland eine eigene Landesstrategie für KI aufgelegt, um die Entwicklung der technologie- und KI-bezogenen Anwendungen gezielt zu fördern. Dass wir diese Strategie bereits vergangenes Jahr fortgeschrieben haben, zeigt: Wir sind bei der Umsetzung gut vorangekommen. KI hat in Schleswig-Holstein inzwischen deutlich Fuß gefasst.

Sehr gern gebe ich Ihnen deshalb heute einen Zwischenstand zu den KI-Aktivitäten im Land und einen Ausblick auf unsere weiteren Vorhaben.

Meine Damen und Herren, einen echten Booster für KI haben wir kürzlich gezündet: In Schleswig-Holstein richten wir zwölf neue KI-Professuren ein, verteilt auf die Städte Flensburg, Heide, Kiel und

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Lübeck. Noch nie gab es in unserem Land eine vergleichbare Investition zu nur einem Forschungsgegenstand. Das ist ein einmaliger Schritt, und das unterstreicht unsere Ambitionen. Es unterstreicht gleichzeitig die Vielfalt der Möglichkeiten, die sich hinter diesem Kürzel verbergen.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind überzeugt: Diese neuen Lehrstühle werden uns nachhaltig dabei helfen, das Potenzial von KI in Schleswig-Holstein auszuschöpfen. Insbesondere in unseren herausragenden Schwerpunktbranchen Gesundheitswirtschaft und maritime Wirtschaft erwarten wir starke Impulse für Forschung und Entwicklung. Rote KI in der Medizin, im maritimen Bereich blaue KI - das sollen Markenzeichen für Schleswig-Holstein werden.

Auch für die Bildung, Energiewende und die KI-Forschung im Land erwarten wir mit den neuen Professuren erhebliche Fortschritte. Sehr wichtig ist: Diese Impulse wirken dauerhaft. Die Stellen sind unbefristet, und nach fünf Jahren übernehmen die Hochschulen die Finanzierung.

Wir stärken also langfristig die KI-Forschung und damit auch das gesamte KI-Ökosystem im Land, denn unser Ziel ist, dass die neuen Professuren eng in das bestehende KI-Netzwerk eingebunden sind.

Die Idee des Netzwerks ist, Kooperation und Austausch unter den Akteuren im Land zu fördern und damit effektivere und passgenauere KI-Lösungen zu entwickeln. Dieser Gedanke spiegelt sich auch in der Konzeption der neuen Lehrstühle wider.

Bei der Erforschung und der Entwicklung von KI-Anwendungen können wir in Schleswig-Holstein dabei inzwischen auf eigenes Know-how und Erfahrungen im Umgang mit der Technik aufbauen. Bereits 2019 haben wir die ersten KI-Projekte im Land gefördert. Inzwischen sind 60 Projekte bewilligt oder im Bewilligungsverfahren. Rund 47 Millionen € stellen wir dafür unter anderem aus dem Sondervermögen KI zur Verfügung. Für ein Land wie Schleswig-Holstein ist das eine richtig ordentliche Summe.

Wir haben dank dieser Förderung mittlerweile einige beachtliche Erfolge erzielt. Lassen Sie mich Beispiele nennen, die belegen, wie wir die Ziele der Landesregierung wie nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Klimaschutz, innovative Forschungslandschaft und bürgerfreundliche Verwaltung mithilfe von KI erreichen können.

Das Projekt RASMUS zur Optimierung von Schiffsrouten. Hier werden Informationen selbst von kleinen Meeresströmungen in die Bordcomputer übermittelt. Wenn diese Technologie auf allen Handelsschiffen eingesetzt wird, sparen wir weltweit so viel Treibstoff und CO₂, wie es dem gesamten Ausstoß von Schleswig-Holstein entspricht.

Mit den Chatbots, die wir für unsere Verwaltung entwickeln, machen wir unsere Verwaltung für unsere Bürgerinnen und Bürger rund um die Uhr sieben Tage erreichbar, beispielsweise im Integrationsamt. Das erhöht nicht nur den Service, sondern spart auch Wege und damit CO₂ - ein echter Klimaschutzbeitrag.

Mithilfe von Bilderkennungssoftware kann dafür gesorgt werden, dass Unkraut ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vernichtet wird. Das schont nicht nur die Böden, sondern spart dauerhaft auch Geld. Ein echter Nachhaltigkeitsbeitrag.

Der Einsatz und die Anwendung von KI-Technologien zur Optimierung unserer Stromnetze, weil Angebot und Nachfrage besser aufeinander abgestimmt werden können, trägt zum Gelingen der Energiewende bei.

Der Aufbau einer Außenstelle des Deutschen Forschungszentrums für KI in Lübeck und die Wahl Lübecks als Knotenpunkt für das Großprojekt KI-Space für intelligente Gesundheitssysteme. Hier entwickelt sich Schleswig-Holstein als Kraftzentrum für künstliche Intelligenz in der Medizin, das international ganz vorn dabei ist. Unsere KI-Medizinaktivitäten leisten einen aktiven Beitrag, Behandlungsmethoden zu verbessern, Krankheiten schneller zu erkennen und Therapien individueller zu gestalten.

Mit dem von uns geschaffenen KI-Transfer-Hub bringen wir das Wissen über künstliche Intelligenz in die kleinen und mittleren Unternehmen. Mit all diesen Projekten sind Innovationen an der Schnittstelle zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung und unseren KMU verbunden.

Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung leistet einen Beitrag zur Stärkung des Innovationsstandortes Schleswig-Holstein.

Schon diese Projekte machen deutlich: Wir sind bei der KI in Schleswig-Holstein in kurzer Zeit zu „den“ KI-Experten aufgestiegen - auch im internationalen Vergleich.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Den beschrittenen Weg werden wir weitergehen, denn für uns ist klar: Künstliche Intelligenz ist der Schlüssel für unsere Wettbewerbsfähigkeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Herr Ministerpräsident hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute erweitert. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zur Verfügung.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihren Bericht. Ihr Bericht zeigt: Jamaika wirkt und ist Innovationstreiber mit KI für unser Land. Das lässt sich definitiv zeigen. KI beziehungsweise lernende Systeme leben vor allem von großen Datenmengen und deren Verknüpfung. Dafür bedarf es erheblicher Rechenleistung. Damit einher geht ein ebenso erheblicher Energiebedarf.

Was will ich damit sagen? Schleswig-Holstein als Energieland Nummer eins ist der beste Standort für KI, denn unser Strom ist aus erneuerbaren Quellen und damit genauso zukunftsgewandt wie die KI selbst.

Dabei wird in absehbarer Zeit fast jeder Lebensbereich durch KI beeinflusst, sei es die Medizin, die Bildung, die Mobilität oder die Wirtschaft. Das Schöne ist, dass diese Zukunft bereits heute in Schleswig-Holstein gelebt wird - insbesondere dank einer innovativen Jamaika-Koalition, die 2019 zu Recht auf dieses Thema gesetzt hat. Ein großer Dank gilt daher unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther, aber auch dem Chef der Staatskanzlei Dirk Schrödter. Sie haben dieses Thema in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein massiv vorangetrieben und in den letzten drei Jahren zu einer echten Erfolgsstory für Schleswig-Holstein entwickelt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Klarer Beweis dafür ist die Einrichtung der eben genannten zwölf neuen KI-Professuren an den Hochschulstandorten in Lübeck, Kiel, Flensburg und Heide. Damit wird die Zukunftsfähigkeit von Wissenschaft und Wirtschaft in Schleswig-Holstein

weiter gestärkt. Das Land stellt dafür insgesamt über 9 Millionen € dafür bereit. Damit wird das Thema stark vorangetrieben. Man kann der Landesregierung dazu nur gratulieren.

Bei den Professuren geht es unter anderem darum, künstliche Intelligenz mit Software Engineering zu verbinden, Lehren und Lernen in der digitalen Welt mit Schwerpunkt auf Learning Analytics und KI-basierte Risikoerkennung, digitale Behandlungsunterstützung in der Medizin und vieles mehr.

Wir in Schleswig-Holstein haben den Anspruch, eine Führungsrolle im Bereich KI zu übernehmen.

Insbesondere im Bereich Gesundheit sind wir stark unterwegs. Gemeinsam mit unseren Hochschulen und dem Universitätsklinikum können erste anwenderbasierte Projekte umgesetzt werden. Als Segeberger freue ich mich natürlich auch, dass das Forschungszentrum Borstel in diesem Bereich eingebunden ist.

Mit KI lassen sich zum Beispiel große Mengen medizinischer oder klinischer Daten zusammenführen, um so eine ganzheitliche Sicht auf den Patienten zu gewinnen. Dies unterstützt bei der Diagnose, optimiert den Behandlungsbedarf und spart langfristig sogar Kosten für unser Gesundheitssystem.

KI bietet auch für die Wirtschaft ein enormes Potential. Da wir, wie der Ministerpräsident eben gesagt hat, vor allem durch KMU, also kleinen mittelständischen Unternehmen, geprägt sind, wird sich kaum ein Unternehmen eine eigene KI-Abteilung im eigenen Unternehmen leisten können. Da setzt unser KI-Transfer-HUB mit Forschung, mit Schulung, mit Workshops et cetera an. So hat zum Beispiel aus diesem Netzwerk ein Start-up aus Henstedt-Ulzburg davon profitiert, indem es einen Fahrzeugschein-Scanner entwickelt hat, bei dem KI eine Rolle spielt.

Es gibt im gesamten Land ganz viele tolle Beispiele, bei denen KI zu Erfolg geführt hat. Diese Erfolgsstory in Schleswig-Holstein kann sich sehen lassen. In diesem Sinne: Lassen Sie uns weitermachen! - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Jamaika-Fraktionen haben Sie aufgefordert, über den aktuellen Stand der Umsetzung des KI-Handlungsrahmens und seiner Fortschreibung zu berichten. Sie sollen dabei insbesondere auch auf den - ich betone - konkreten Einsatz von KI in Projekten der öffentlichen Verwaltung eingehen.

Ich bedanke mich für den Bericht, möchte aber doch meine Skepsis äußern. Wir haben vorhin gerade gehört, dass selbst einfachste und einfache Verwaltungsabläufe noch nicht digital umgesetzt wurden beziehungsweise werden konnten, kann ich mir bei KI nicht wirklich vorstellen, dass dies gelingen soll und kann.

(Beate Raudies [SPD]: Genau! - Vereinzelter Beifall SPD)

Nach meiner Kenntnis reden wir zurzeit sowieso nur über Forschungsprojekte und nicht über konkretes Verwaltungshandeln beziehungsweise den konkreten Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung.

(Zuruf: Genau!)

Kommen wir zur Bilanz der Landesregierung zur Landesstrategie KI. Das stelle ich mir als ein durchaus schwieriges Unterfangen vor, denn - wie hier schon mehrfach ausgeführt: Wo keine klare Strategie, wo keine klaren Ziele sind, da ist auch eine Bilanz schwierig. Davon abgesehen wäre dieser TOP, diese Bilanz, eigentlich gar nicht nötig, denn wir sind des Lesens kundig und haben natürlich die Pressemitteilungen, Statements insbesondere bei der Überbringung von Förderbescheiden von Ihnen und dem CSD Herrn Schrödter beständig zur Kenntnis genommen.

(Zuruf FDP: Wir wollten auf Nummer sicher gehen! - Christopher Vogt [FDP]: Cds! CSD ist etwas anderes! - Heiterkeit)

Schließlich hat der Staatssekretär im Dezember letzten Jahres schon eine Zwischenbilanz gezogen. Wozu also heute noch einmal die Bilanz? Vielleicht, weil Sie am Ende der Legislatur für sich noch einmal in diesem Forum Werbung machen wollen, zumal das Echo zu Ihrer Pressekonferenz zu den KI-Professuren vor ziemlich genau zwei Wochen doch mehr als verhalten war. Es ist für uns unstrittig, dass KI eine Schlüssel- und Zukunftstechnologie ist. Auch wir sehen die vielen beeindruckenden Projekte im ganzen Land, allen voran

an den Hochschulen. Aber seien wir ehrlich: Das ist kein Verdienst der Landesregierung, sondern das Verdienst des Engagements vieler Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

(Beifall SPD und SSW)

Sehen wir uns die Bilanz noch einmal genauer an. Ich habe ja schon vor gut zwei Jahren formuliert und wiederhole es heute noch einmal: Eine Strategie ist nach wie vor nicht zu erkennen, wenn man unter Strategie klare Schwerpunkte mit klaren Zielen und klar definierten Mitteln und Wegen versteht. Da es eine solche Strategie nicht gibt, kann es natürlich auch keine Fortschreibung geben, da eine Fortschreibung eben diese Strategie voraussetzt. Ich will Ihnen auch gern verdeutlichen, was ich meine. Auf der Liste der KI-Projekte finden wir KI-Forschungs-Projekte in der Medizin, zu Plagiaten, Chatbots für die Verwaltung, KI für den öffentlichen Dienst, für die Energieforschung, die Arbeitsvermittlung, 5 G, Lesen lernen, Navigation, Jäteroboter und so weiter. Jedes dieser Projekte ist sicherlich beeindruckend und basiert auf dem besonderen Engagement vieler Menschen, aber eine Strategie, eine strategische Schwerpunktsetzung ist da wirklich nicht zu erkennen.

(Beifall SPD)

Hinzu kommt, auch das haben wir schon kritisiert, dass nicht erkennbar ist, nach welchen Kriterien diese Projekte gefördert werden. Ich will nicht nerven, aber auch das hat etwas mit mangelnder Strategie zu tun. Schließlich haben Sie angekündigt, dass für die KI-Projekte, jetzt mittlerweile 47 Millionen € bereitgestellt werden. Auch hier bleibt im Unklaren, wofür diese Mittel schließlich verausgabt werden. In der gesamten Legislatur konnte uns kein Zahlenwerk vorgelegt werden, das schlüssig und nachvollziehbar diese Mittel dokumentiert oder anders formuliert, ausweist, wie viel und wofür genau die Landesregierung Geld für KI ausgibt.

Wie zu erwarten, haben Sie die zwölf Professuren an unseren Hochschulen angesprochen. Als hochschulpolitischer Sprecher begrüße ich natürlich jede zusätzliche Professur an unseren Hochschulen. Aber es muss auch betont werden, dass diese nur für fünf Jahre finanziert sind und dann ab dem Jahr 2027 aus dem Budget der Hochschulen übernommen werden müssen. Wenn dieses dann nicht substantiell in den nächsten Ziel- und Leistungsvereinbarungen unter anderem um diesen Betrag erhöht wird, dann haben wir das berühmte Danaergeschick.

(Dr. Heiner Dunckel)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, diese zwölf Professuren sind gut und richtig, auch wenn einmal mehr, vielleicht mit Ausnahme der Professuren an der Universität Lübeck, eine klare Schwerpunktsetzung nicht erkennbar ist. Mit diesen Professuren ist Schleswig-Holstein nicht - wie Sie es in der Pressekonferenz vor zwei Wochen formuliert haben und eben auch noch einmal sagten - herausragend, und es ist auch kein Quantensprung, abgesehen davon, dass dieser in der Physik die kleinstmögliche Zustandsänderung beschreibt.

(Beifall SPD)

Schließlich sind diese Professuren erst einmal nur eine Ankündigung. Bis zur Besetzung dieser Professuren und sichtbaren Forschungsergebnissen ist noch ein weiter Weg.

Kehren wir noch einmal zu ihrem Strategiepapier von 2019 und den dort formulierten Zielen, an die ich hier in aller Kürze erinnern darf, zurück. Sie wollten in ausgewählten Forschungsgebieten weltweit sichtbar sein und bundesweit einen Spitzenplatz beim Einsatz von KI in kleinen und mittleren Unternehmen einnehmen. Diese Ziele haben Sie nicht erreicht, und die vor gut einem Jahr beanspruchte Vorreiterschaft in fast allen Handlungsfeldern ist nach wie vor nicht erkennbar. Einmal mehr empfehle ich Ihnen zum Vergleich die Lektüre der Konzepte und Vorhaben anderer Bundesländer, ganz zu schweigen von einem Blick über den nationalen Tellerrand hinaus.

Welche KI-Landkarten Sie auch immer nehmen: Schleswig-Holstein kann zu meinem großen Bedauern hier nicht mithalten. Das liegt meines Erachtens auch daran, dass Sie keine klare Strategie mit klaren Schwerpunkten haben.

Ich will heute mit einem grundsätzlichen Punkt schließen, den ich auch schon vor zwei Jahren formuliert habe. Wir können nur an die nationalen und internationalen Entwicklungen anschließen, wenn wir unsere Mittel für F&E, Forschung und Entwicklung, und damit auch die Mittel für unsere Hochschulen deutlich verbessern. Zu geringe Mittel für F&E bedeuten eben auch zu geringe Mittel für die dringend erforderliche F&E von KI. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, es tut sich etwas in der globalen digitalen Welt und das in immenser raptider Geschwindigkeit. Es entwickeln sich neue algorithmische Systeme, die in enormer Geschwindigkeit und Rechenleistung, wie wir uns das lange nicht vorstellen konnten, Daten verarbeiten, neue Ergebnisse und Handlungsempfehlungen ableiten oder sogar Handlungen zum Teil selber im System vornehmen können. Das hat eine Auswirkung auf uns, auf die Welt, in der wir leben, und auf das ganze Wirtschaftssystem, das digitale System, in dem wir unterwegs sind.

Selbstverständlich muss es als Land unser Anspruch sein, da nicht nur Schritt zu halten, sondern womöglich vor der Welle zu sein, möglichst Spitzenreiter bei der Entwicklung neuer Techniken und Anwendungen zu sein. Dafür haben wir als Land den richtigen Rahmen gesetzt. Wir haben nicht nur formal mit dem Sondervermögen für die künstliche Intelligenz den haushalterischen Rahmen gesetzt, Finanzmittel für die Entwicklung und Umsetzung wichtiger Projekte und Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, sondern wir haben auch den strategischen Rahmen für die Erfordernisse unserer Zeit gesetzt.

Ich möchte es noch einmal deutlich machen. Man kann sich auf der Internetseite der Staatskanzlei die Strategie zur künstlichen Intelligenz ansehen und sie als PDF-Datei herunterladen. Da sind unter anderem auf Seite 11 die strategischen Ziele benannt und auf Seite 12 ff. die strategischen Handlungsfelder aufgeführt, die sehr genau beschreiben, was der strategische Handlungsrahmen dieser Landesregierung ist, und das ist sehr gut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ja, um uns herum sind Länder, sind Unternehmen, die mit unheimlichen, mit für uns zum Teil unvorstellbaren Geldmengen in den Bereich der künstlichen Intelligenz und der Entwicklung neuer Systeme investieren können. Ja, wir haben vielleicht nicht Google oder Microsoft in Schleswig-Holstein, aber wir haben ebenfalls sehr fortschrittliche Vorreiterunternehmen hier bei uns in Schleswig-Holstein, die Plattformen entwickeln und in die Anwendung bringen, die am Weltmarkt Relevanz haben und beachtet werden. Das liegt auch daran, dass wir seit Jahren strategisch und zielgerichtet diese Unternehmen fördern. Das ist ehrlicherweise etwas, was mich auch als wirtschaftspolitischer Sprecher

(Joschka Knuth)

freut, dass wir eben nicht sagen, wir gehen mit der Gießkanne durchs Land, sondern schauen, wo die Erfordernisse sind und wo wir als Land zielgerichtet unseren Beitrag leisten können, damit sich etwas entwickelt, beispielsweise in den Sektoren der Gesundheitswirtschaft oder im Bereich der maritimen Wirtschaft.

Ich möchte da nur kurz ein Beispiel nennen, wo sich der Anspruch von 2019 erfüllt hat und unsere Geldmittel tatsächlich auch als Hebel für weitere Mittel fungiert haben. Das ist im Bereich der maritimen Wirtschaft so, wo das Unternehmen north.io ursprünglich aus dem KI-Sondervermögen des Landes gefördert worden ist und eine Plattform für das Thema „Munition im Meer“ entwickelt hat.

Aus den Ansätzen, die hier bei uns in Schleswig-Holstein, hier in Kiel entstanden sind, ist mittlerweile ein großes Verbundvorhaben aus verschiedenen Universitäten und Unternehmen geworden, das eine 15-Millionen-€Förderung der Bundesregierung bekommen hat. Das alles wäre nicht möglich gewesen, wären wir nicht initiativ auch als Land mit unserem Sondervermögen mit darangegangen und hätten es überhaupt ermöglicht, dass sich dieses Unternehmen entwickeln kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das Schöne ist, dass dieses Projekt weltweite Beachtung findet, weil wir in Schleswig-Holstein Vorreiter sind bei der Entwicklung von Systemen und Plattformen zur Identifizierung, Feststellung, zum Monitoring und zur Bergung von Munitionen im Meer - und das weltweit. Auf UN-Konferenzen und anderen werden diese Systeme, diese Projekte, hochbeachtet, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich freue mich sehr, dass wir als Land das machen, was wir können, und damit auch zielgerichtet unsere Rolle im Markt und im Wettbewerb bessern und stärken. Ja, da geht natürlich immer mehr, aber das, was wir machen, sind richtige Schritte, sind gute Schritte, sind große Schritte.

Es ist richtig, dass wir in einem nächsten Schritt schauen, wie wir die Netzwerkstrukturen bei uns in Schleswig-Holstein stärken können. Ich sagte es: Wir sind nicht diejenigen, die mit der Gießkanne herumlaufen können. Aber dass wir 13 beziehungsweise 12 Professuren schaffen, wobei zwei halbe Stellen dabei sind, ist richtig stark. Diese Professuren, die unterschiedliche Fachbereiche haben, müs-

sen wir in einem nächsten Schritt miteinander vernetzen. Das muss unser Anspruch sein, weil wir das Land der kurzen Wege sind, wo wir Netzwerke haben, die nicht in Silos funktionieren, sondern die miteinander funktionieren. Ich denke, dass in der Spezialisierung enormes Potenzial liegt, aber auch in der Übertragung der Erkenntnisse aus den einzelnen Sektoren in den kommenden Jahren. Dafür schaffen wir die Strukturen.

Weil ich noch ein bisschen Zeit habe, möchte ich das noch einmal erwähnen: Wir haben bereits sehr konkrete Projekte zum Einsatz von künstlicher Intelligenz und ihrer Anwendung in der Verwaltung, übrigens schon seit einigen Jahren, unter anderem mit dem Chatbot Ina im Integrationsamt des Sozialministeriums.

Auch in Coronazeiten hat uns künstliche Intelligenz massiv geholfen, weil wir mit dem Chatbot Cabo tatsächlich auch kurzfristig Antworten auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger geben konnten. Da gab es einen unheimlichen Kommunikations- und Informationsbedarf, dem wir gar nicht mit Telefonhotlines und E-Mails hätten begegnen können. Aber mit dem Chatbot war es möglich, kurzfristig Informationen über die Regelung des Landes, aktuelle Zahlen et cetera zu bekommen.

Das heißt: Alles in allem sind wir auf einem sehr guten Weg. Ich denke, wir werden und sollten diesen Weg unbedingt weitergehen. Denn wir haben uns ein starkes Ökosystem geschaffen, eine starke Struktur, von der wir als Land, unsere Unternehmen und unser Verwaltung im Wettbewerb profitieren. Darauf dürfen wir stolz sein. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Zuerst einmal Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihren Mitarbeitern ganz herzlichen Dank, für diesen ausführlichen Bericht zum Stand der KI in Schleswig-Holstein.

Der Kollege Joschka Knuth hat gerade ganz eindrücklich eine ganze Reihe von sehr praktischen Projekten, von sehr praktischen Auswirkungen von der Anwendung künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein dargestellt. Dafür auch meinen Dank.

(Stephan Holowaty)

KI ist - darüber sollten wir intensiv nachdenken - zunächst einmal - ich weiß nicht, ob da zum Teil ein Missverständnis existiert - eine Sammlung ganz unterschiedlicher Techniken und Vorgehensweisen, mit denen komplexe und im Allgemeinen auf Daten basierende Systeme gemeint sind. Das macht auch so deutlich, warum möglicherweise das eine oder andere Missverständnis im Bereich der Definition und bei den Möglichkeiten, die KI hat, existiert.

Nur damit wir uns richtig verstehen - es ist heute noch nicht angesprochen worden - und weil wir einige Bedenken auch zerstreuen wollen: Die starke KI, die sich morgens selbst überlegt, was sie möchte, gibt es schlicht nicht. Eine KI arbeitet, wie jedes Computerprogramm, immer im Rahmen ihrer Aufgabe.

Eine KI kann mit hoher Sicherheit erkennen, was auf einem Bild zu sehen ist. Sie kann Sprach- oder Textmuster erkennen, Stichwort Chatbots. Sie kann Antworten geben. Sie kann Auffälligkeiten in Massendaten erkennen. Sie kann beispielsweise mit einer Kamera - ich beziehe mich auf den Bereich des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums - Brücken scannen; die KI erkennt anhand dieser Bilder gefährliche Risse, die Sie sich möglicherweise etwas genauer ansehen möchten.

Sie können - wir haben es gerade eben als Beispiel erwähnt - mit einem Chatbot Antworten geben auf Fragen, die viele Bürger haben. Damit können sie deutlich schneller die Information bekommen, die sie brauchen.

Sie können zum Beispiel auch Beihilfeanträge schneller bearbeiten und genau die Punkte herausfiltern, wo Rückfragen nötig sind. Alles andere können Sie sehr zügig abarbeiten.

Oder Sie könnten - lassen Sie uns ruhig einmal kreativ sein - mit einer Kamera einen Straßenabschnitt vor einer Schule, vor einer Kita beobachten, und sobald Kinder bemerkt werden, könnte eine Geschwindigkeitsbegrenzung aktiviert werden. Das ist KI, weil sie selbstständig in der Lage ist, mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erkennen: Was passiert denn da gerade?

In der Medizin haben wir KI-Systeme, bei der Auswertung von medizinischen Bildern und Ähnlichem in der Anwendung; das ist gang und gäbe.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Chancen sind vielfältig. Es ist nicht sehr einfach, KI nur an einem einzigen Thema, in eine einzige Funktion zu packen. Dafür ist KI zu vielseitig.

Es gibt - das ist das, was für uns in Schleswig-Holstein auch als Ergänzung zu der formulierten Strategie so fundamental wichtig ist - fünf Voraussetzungen, die es uns ermöglichen, eine KI-Infrastruktur zu schaffen, in der KI nachhaltig und dauerhaft wachsen kann.

Das betrifft zunächst - das ist keine wertende Reihenfolge - die gesetzliche Grundlage. Die haben wir mit dem Digitalisierungsgesetz, mit dem KIEinsatzgesetz eindeutig geschaffen, auch für die öffentlichen Verwaltungen, sodass sie dort groß und intensiv weitergehen können.

Der zweite Punkt betrifft die Technik und die klaren fachlichen Aufgaben- und Fragestellungen. Da kommen die neuen KI-Professuren ins Spiel, weil sie genau diese Themen angehen und sich darum kümmern: Was können wir einsetzen? Wie können wir es entsprechend in die Praxis umsetzen? Wir wissen natürlich alle: Wenn Sie feststellen wollen, wo in einem Hafen - zum Beispiel dem Lübecker Hafen - KI Prozesse beeinflussen kann, dann müssen Sie wissen - da ist die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis so wichtig -, wie ein Hafenbetrieb funktioniert. Dann kann man entsprechend Lösungen schaffen.

Der dritte Punkt, den Sie brauchen, sind Daten. Auch dort haben wir mit dem Offene-Daten-Gesetz heute eine weitere wichtige Voraussetzung geschaffen, nämlich die Voraussetzung, dass Daten zur Verfügung stehen, darunter kreativen Entwicklern, die daraus dann ihre Anwendungen oder ihre KI-basierenden Anwendungen entsprechend trainieren können und damit in der Lage sind, neue, interessante Lösungen zu schaffen. Die Open-Data-Strategie, um das einmal klarzustellen, läuft Hand in Hand mit der KI-Strategie. Wenn wir keine Open-Data-Strategie haben, werden wir langfristig mit KI in ein Problem hineinlaufen. Das geht Hand in Hand. Die gesetzlichen Vorgaben, die KI-Strategie und die Open-Data-Strategie sind drei Komponenten, die aus einer Hand kommen.

Viertens brauchen Sie den Mut, zum Experimentieren, den Mut, Neues auszuprobieren. In der Medizin sind wir in vielen Bereichen bereits sehr weit. Aber bei anderen - Stichwort Verkehrsbeeinflussung - sind wir sicherlich noch in einem Bereich mit ganz viel Potenzial.

Der Mut, hinzugehen - Joschka Knuth hat es erwähnt - und zu fragen: „Was können wir mit Bildauswertungen im Bereich des Munitionsfindens und -bewertens machen?“, der hat sich auch sehr gelohnt.

(Stephan Holowaty)

(Unruhe)

Fünftens brauchen Sie - -

(Beate Raudies [SPD]: Hörgeräte!)

- Nein, Frau Kollegin Raudies, kein Hörgerät. Ich möchte kein Hörgerät haben, das Sie herausfiltert. Dann würden Sie mir den Vorwurf machen, dass ich Ihnen nicht zuhöre. Es wäre vielleicht besser, wenn Sie sich nicht mehr auf die Gespräche mit Ihren Kollegen fokussierten, sodass wir Ihre Stimme hier vorne vielleicht nicht hören.

Wie dem auch sei, Sie brauchen noch - fünftens -, um das Salz in der Suppe zu haben, eine digitale Infrastruktur im Land. Sie müssen Daten in großen Mengen schnell, zügig, vor Ort verarbeiten können. KI findet nicht zwingend irgendwo in einem Rechenzentrum statt und nur dort, sondern KI findet an ganz vielen Stellen vor Ort statt.

Beim Glasfaserausbau - damit kommen wir zu den großen Infrastrukturlösungen - kommt das Land auch sehr zügig voran. Auch ist es eine sehr gute Nachricht, dass wir den letzten Baustein von KI, nämlich eine top Infrastruktur vor Ort, Internet mit Gigabit-Geschwindigkeit, möglichst flächendeckend mit einer klaren Perspektive haben. Auch das fördert KI.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Stephan Holowaty [FDP]:

Mit diesen fünf Elementen, meine Damen und Herren - ich komme zum letzten Satz, Frau Präsidentin; vielen Dank - stellt sich KI-Forschung und KI-Anwendung gerade in Schleswig-Holstein richtig gut auf, und zwar gerade für Unternehmen, die die KI-Anwendung als ihre Zukunft sehen, die kreativ sind, die Ideen haben. Gerade diese Unternehmen finden in der Tat beste Voraussetzungen in Schleswig-Holstein für ihr Engagement, für die Entwicklung von KI-Lösungen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat ihr Vorsitzender Lars Harms

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere letzte Debatte zum

KI-Handlungsrahmen haben wir vor fast genau einem Jahr geführt. Damals war die Präsentation der Landesstrategie insgesamt noch ziemlich vage. Seitdem hat sich aber immerhin einiges in diesem Bereich getan. Neben dem mündlichen Bericht gibt es inzwischen ja auch eine 40 Seiten umfassende Fortschreibung des KI-Handlungsrahmens. Darin werden einige wirklich beeindruckende Projekte vorgestellt, die unterstreichen, weshalb künstliche Intelligenz eine der bedeutendsten Technologien dieses Jahrhunderts ist.

KI ist längst keine Science-Fiction mehr. KI kann uns ganz konkret in unserem Alltag unterstützen. Diese Entwicklung gilt es weiterhin in den richtigen Bahnen zu fördern und transparent zu kommunizieren. Nur über einen intensiven gesellschaftlichen Dialog kann es breite Akzeptanz für und Neugierde auf KI geben.

Wenn wir uns die von der Landesregierung definierten acht Handlungsfelder nun also einmal genauer anschauen, dann stellen wir fest, dass sich dort inzwischen einige konkretere Projekte und Zielsetzungen finden, die wir vom SSW begrüßen und unterstützen.

So hat sich der KI-Transfer-Hub bewährt. Wir lernen von- und miteinander, und in einem großen Netzwerk lassen sich gemeinsam die besten Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft erarbeiten und Wissenstransfer umsetzen. Dazu gehört auch, dass unsere KMU weiterhin gefördert werden und ihre KI-Anwendungen noch weiter optimieren können müssen. Hier kann sicherlich auch das Regionale Zukunftszentrum Nord passgenaue Unterstützung leisten.

Der Hauptteil der Fördergelder wird ja weiterhin in den Bildungs-, Lehr- und Forschungsbereich investiert. Dabei einen besonderen Fokus auf den Gesundheitsbereich zu legen, ist sicherlich nicht nur angesichts der aktuellen Pandemielage absolut sinnvoll. Gerade hier müssen tagtäglich riesige Datenmengen analysiert werden, von der Forschung und Prävention über die Diagnostik und Therapie bis hin zur Versorgungslogistik. Da gerade der SSW das Thema Demenz und den Demenzplan regelmäßig auf die Agenda bringt, finde ich persönlich natürlich auch den „Demenzwegweiser-SH“ sehr spannend und hoffe, dass diese KI-basierte Datenbank in der Praxis einen echten Mehrwert bietet.

Darüber hinaus hat Schleswig-Holstein ja gerade auch in der universitären Forschung und Lehre von KI richtige Leuchttürme zu bieten, wenn wir uns

(Lars Harms)

beispielsweise die Universität Lübeck mit ihren Schwerpunkten Robotik und E-Health angucken.

Auch die angekündigten weiteren zwölf KI-Professuren an den Hochschulen in Flensburg, Kiel, Heide und Lübeck begrüßen wir sehr. Diese werden zum weiteren Ausbau eines starken KI-Kompetenz-Netzwerks beitragen, das Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft zusammenbringt.

Verwaltung ist ein weiteres gutes Stichwort: Der SSW verweist seit Jahren immer wieder auf den umfangreichen digitalen Verwaltungsservice, den Dänemark seinen Bürgerinnen und Bürgern bietet und der uns als Vorbild dienen sollte. Dazu bedarf es weiterer Digitalisierungsmaßnahmen im gesamten Bürokratie-Apparat. KI-basierte Bots können das menschliche Fachpersonal vor Ort entlasten, indem sie selbstständig allgemeine Routineaufgaben übernehmen.

Auch in den eng miteinander verknüpften Bereichen Energie, Umwelt- und Klimaschutz und Mobilität können KI-Lösungen einen großen Beitrag leisten, was ja gerade für uns in Schleswig-Holstein wahrlich wertvoll ist.

Ganz besonders spannend finde ich das Waldmonitoring sowie das Forschungsvorhaben RASMUS zur smarten Optimierung von Schifffahrtsrouten. Auch im Bereich der biologischen Landwirtschaft werden ein paar spannende Projekte genannt, die hoffentlich zur nachhaltigen Entwicklung Schleswig-Holsteins beitragen können.

Insgesamt ist es richtig, dass wir uns in Hinblick auf KI ambitionierte Ziele setzen. Ob Schleswig-Holstein hier eine bundesweit, gar weltweit führende Rolle übernehmen kann, bleibt angesichts der insgesamt eingeplanten Fördergelder ein doch sehr ambitionierter Anspruch, wenn man sich die Konkurrenz anschaut. Dennoch lohnt es sich natürlich, hier dranzubleiben.

Allerdings habe auch ich die Begriffe „hoffentlich“ und „sicherlich“ häufig verwendet. Wir müssen schauen, dass sich die hohen Hoffnungen und Erwartungen auch erfüllen mögen. KI ist eine Schlüsseltechnologie, wenn wir es richtig angehen und die richtigen Voraussetzungen schaffen.

Abschließend sei angemerkt, dass die Landesregierung schon nächste Woche, am 3. März 2022, zur nächsten großen KI-Konferenz nach Lübeck einlädt. Darauf sind wir sehr gespannt. Wir wünschen allen Beteiligten eine erfolgreiche Veranstaltung und hoffentlich viele weitere wegweisende Ideen

und Impulse, die unser Land zwischen den Meeren weiter voranbringen mögen.

Denn eines ist klar: KI birgt riesige Chancen, und wir sollten offen sein, KI weiterzuentwickeln. In diesen Bereich dürfen wir gern Geld investieren; wir stehen voll und ganz dahinter. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag, Drucksache 19/3645, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:04 Uhr